februar

2/77 - DM 3,50

C4143 E

konkret

Linke Ohnmacht im Bundestag:

Wer regiert die SPD?

Wallraff: Die Stasi von Köln

Exklusiv: Interview mit den Häftlingen von Stammheim

Alice Schwarzer
Martin Walser
Walter Jens
Heinrich Albertz

Simmel an seine Kritiker: „Leckt mich doch am Arsch!"

Jimmy Carter: Ein Jesus für die Multis?

Italien Lire 1400
Holland hfl 4.25
Schweiz sfr 3.80
Österreich S 28,–

Wolf Biermann

«Das geht sein' sozialistischen Gang»

Am 13. November'76 sein Konzert in der Kölner Sporthalle vor 7000 begeisterten Zuhörern.

CBS 88224 DOPPELALBUM/DOPPELMUSICASSETTE

Im Februar'77 ein Doppelalbum, das Wolf Biermann aus dem Mitschnitt des Kölner Konzerts selbst zusammengestellt hat.

CBS The Family Of Music

konkret

Monatszeitschrift für Politik und Kultur · Hamburg, 27. Januar 1977 · Heft 2/77

KONKRET-Autoren: Wolfgang Abendroth · Günter Amendt · Wolf Biermann · Norbert Blüm · Walter Boehlich · Heinrich Böll · Martin Buchholz · Peter O. Chotjewitz · Franz Josef Degenhardt · F. C. Delius · Rudi Dutschke · Bernt Engelmann · Hans Magnus Enzensberger · Hubert Fichte · Erich Fried · Gerd Fuchs · Max von der Grün · Peter Hamm · Karl Heinz Hansen · Günter Herburger · Alexander von Hoffmann · Jörg Huffschmid · Walter Jens · Yaak Karsunke · Franz Xaver Kroetz · Hans Matthöfer · Günter Nenning · Peggy Parnass Hermann P. Piwitt · Peter Schneider · Alice Schwarzer · Klaus Staeck · Horst Tomayer · Henning Venske · Günter Wallraff · Martin Walser · Peter Paul Zahl

Inhalt

KONKRET-Intern 4

Leserbriefe 4

Ein Jesus für die Multis 8
Hermann L. Gremliza fragt: Gehen die USA ihren sozialdemokratischen Gang?

Die Stasi von Köln 12
Günter Wallraff beschreibt seine Erlebnisse mit politischer Polizei und Verfassungsschutz

Die zornigen alten Männer 16
KONKRET-Interview mit Pastor Heinrich Albertz

„Absurd und infam" 35
Walter Jens antwortet auf einen Anti-„FAZ"-Artikel in KONKRET

Die betroffene Bourgeoisie 36
Eine Kritik der Kritik an „1900" von Karl Pawek

Vor Charly hatten sie Angst 38
Ein Kapitel aus Günter Herburgers neuem Roman „Flug ins Herz"

Ich habe gelesen 40
KONKRET-Buchkolumne von Ludwig Fels und ein Buchtip von Gerhard Zwerenz

Martin Walser: Der Grund zur Freude 40
V. Teil der Sprüche zur Erbauung des Bewußtseins

Wer eine Neurose hat, ist ganz normal 41
von Ernest Bornemann

Ein Däniken des Feminismus 42
Marielouise Janssen-Jurreit antwortet Ernest Bornemann

Auge um Auge? 43
Peggy Parnass über die Entlassung des NS-Mörders Rosenbaum

KONKRET-Forum 48
Urs Jaeggi und Kurt Hirsch zur Frage „Was machen wir jetzt, Genossen?"

KONKRET ex-press 50

Eine ehrenwerte Familie 51
Winfried Thomsen entdröselt den atomaren Stammbaum

An der Grenze der Selbstachtung 11
Der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen greift den „hirnlosen Übermut" seiner Kollegen Kanalarbeiter an und erwägt für die Fraktionslinke Gehorsamsverweigerung gegenüber der Regierung. Sein Maßstab: das Godesberger Postulat der SPD, „Partei der Freiheit des Geistes zu sein".

Der Schauprozeß 18
Die Gefangenen von Stammheim, deren Prozeß sich mit der Affäre Mayer/Kremp zu einem immer größeren Justizskandal auswächst, gaben – auf Fragen französischer Journalisten – eine Darstellung ihrer Haftbedingungen, des „Baader-Meinhof-Prozesses" und der Todesursache von Ulrike Meinhof. KONKRET dokumentiert diesen Text. Warum, wird auf Seite 19 erklärt.

KONKRET-Magazin 23
Das KONKRET-Magazin wird künftig um mehrere Seiten erweitert: In einem besonderen Teil werden kürzere Reportagen und Hintergrund-Berichte erscheinen. Zu Beginn schreiben u.a. Günter Amendt über die Frankfurter Jugendpolizei und Sergio Tabaré über die Aktivitäten der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ecuador.

Es muß nicht immer die Bibel sein 32
Ein rares Interview gab J.M. Simmel KONKRET. Hella Schlumberger fragte den Millionen-Autor nach seinem Verhältnis zur Kritik, zu Brokdorf und zur DDR. Simmel, der früher der Meinung war, daß nur die Bibel und das „Kapital" die Welt verändert haben, sieht politische Wirkung jetzt auch in seinen Büchern.

Was Emma will 45
Alice Schwarzer erklärt in einem KONKRET-Interview mit Lottemi Doormann die Redaktionspolitik von „Emma", der ersten feministischen Publikumszeitschrift der Bundesrepublik. Nach dem Vorbild der amerikanischen „Ms." dürfen nur Frauen für Alices Wunderblatt schreiben.

Neuer Konkret Verlag GmbH,
Rentzelstraße 7, 2000 Hamburg 13, Telefon (040) 44 32 53–54

Herausgeber und Chefredakteur (verantwortlich für den Inhalt):
Hermann L. Gremliza

Redaktion: Hartmut Schulze (Politik), Ingrid Krüger (Kultur), Uwe Herzog
Verlagsleiter: Manfred Schachtschneider
Anzeigenleitung (Verantwortlich für den Inhalt der Anzeigen): Ulrich Alberti

Jahresabonnemt DM 42,– frei Haus incl. Mehrwertsteuer, im Ausland zusätzlich Porto, Abonnement-Bestellung bitte an: Deutscher Presse Vertrieb, Wendenstraße 27–29, Postfach 10 16 06, 2000 Hamburg 1 · Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 21 vom 1. 1. 1977 · Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg, Konto-Nr. 11 806 256 · Postscheckkonto Hamburg, Konto-Nr. 3840 30-202 · Druck: Druckerei Erwin Jungfer, Herzberg am Harz · Satz: Studio für Textverarbeitung, Neumann-Reichardt-Str. 27–33, Haus 14, 2000 Hamburg 70 · Vertrieb: IPV Inland Presse Vertrieb GmbH, Wendenstr. 27–29, 2000 Hamburg 1

konkret intern

Unsere Verlags- und Redaktionsräume im Afrika-Haus in Hamburgs Großer Reichenstraße sind zu klein geworden. Wo beim Neubeginn im Herbst 1974 ein Redakteur, ein Verlagsmensch und eine Sekretärin saßen, mußten zuletzt in der letzten Produktionswoche außerdem zwei Redakteure, ein Layouter, ein Anzeigenmann und ein Volontär Platz finden. Das „Seid nett übereinander" hat seit dem 17. Januar ein Ende. KONKRET wohnt jetzt

Rentzelstraße 7
2000 Hamburg 13
Telefon: (040) 44 32 53-54

In diesem Heft beginnt Günter Wallraff mit der Aufzeichnung seiner Erlebnisse mit unserer Stasi, mit Verfassungsschützern, Staatsanwälten und Polizisten in Köln. Daß er noch Gelegenheit dazu hat, verdankt er seiner Wachsamkeit und der Schusseligkeit dieser Spitzel und ihrer portugiesischen Kollegen. Als im Dezember auf einer Pressekonferenz in Lissabon die portugiesische Ausgabe von Wallraffs „Aufdeckung einer Verschwörung", der Enthüllung der Putschpläne Spinolas (KONKRET 5/76), vorgestellt wurde, erschienen – versehen mit Informationen des Lissaboner BND-Beauftragten Oberacker – 16 Sicherheitsbeamte, um den Autor zu verhaften. Festgenommen wurde ein Portugiese, der Wallraff zum Verwechseln ähnlich sieht. Wallraff selbst blieb zu Hause.

KONKRET ist eine Autoren-Zeitschrift, die ihre Mitarbeiter nicht zensieren will. Das heißt auch, daß KONKRET zwar eine prinzipielle Richtung, aber kein bis in Einzelfragen gehendes Programm haben kann. Was wiederum dazu führt, daß KONKRET-Autoren häufig den Wunsch haben, anderen KONKRET-Autoren zu widersprechen. Wer mehr von seiner Zeitschrift will, als Denk- und Handlungsanweisungen empfangen, wer kritischen Widerspruch und aktivierende Auseinandersetzungen sucht, die dennoch die gemeinsame Basis nicht zerstören, wird begrüßen, in diesem Heft lesen zu können: Eine Antwort von Walter Jens auf eine KONKRET-Kolumne gegen die Literaturbeilage der FAZ und deren Redakteur Reich Ranicki. Eine Kritik Karl W. Paweks an der Bertolucci-Rezension von Peter Hamm. Und eine Entgegnung von Marielouise Janssen-Jurreit auf Ernest Bornemans Kritik an ihrem Buch „Sexismus".

KONKRET hat mittlerweile 5500 Abonnenten. Viele Abonnenten sind die beste Gewähr für die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit einer Zeitschrift. Wer sich oder andere fragt, was man denn als Linker in der Bundesrepublik praktisch tun kann, dem antworten wir (in aller revolutionärer Bescheidenheit): Stärkt **die** linke Zeitschrift, die Ihr habt, kämpft für das Stück demokratische Öffentlichkeit, das KONKRET herstellt. Füllt den Coupon aus und schickt ihn ein!

Coupon

Zustelladresse (Bitte in Blockschrift ausfüllen)
Herr/Frau/Firma
Vor- und Zuname: _____

Straße: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Rechnungsadresse (wenn nicht identisch mit der Zustelladresse) Herr/Frau/Firma

Vor- und Zuname: _____

Straße: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Das Jahresabonnement KONKRET gibt es für 42,– DM incl.

Datum _____ Unterschrift _____

briefe an konkret

Arbeiterfilm aus Hollywood?

Peter Hamm verriß Bertoluccis Jahrhundertfilm „1900" (12/76)

Kann man mit der „reaktionären Hollywood-Sprache progressive Filme" machen?! Was haben wir von diesem sogenannten „Jahrhundertwerk" erwarten können, mal ehrlich?! Da steht das große Geld dahinter, wie sonst nur, wenn weiße Haie auftauchen oder Katastrophen durch neue Sound-Systeme über uns hereinbrechen. Die Produzenten mit den „Goldfingern" wollten den „letzten Tango" sehr gerne noch mal tanzen. Was kann man mit so einer weitschweifigen Familien-Story auch Böses anrichten?! Im Ernst, Bertolucci begab sich auf das Glatteis, daß aus einem engagierten Film leicht nur ein Spektakel wird. Aber das war wohl das wirklich Neue bei diesem Film, dieses Opfer an die Popularität, diese Zweigleisigkeit zwischen „Hollywood" und „Arbeiterfilm", dieses bißchen vielleicht wirklich „historischer Kompromiß" – eine gewagte Hypothese!

Thomas Meyer
Rotenberg

Elender Patriarch

Protest gegen Ernest Bornemans Kritik an Marielouise Janssen-Jurreits „Sexismus"-Buch (1/77)

Beim Lesen dieses pseudo-progressiven Artikels von Ernest Borneman über Marielouise Janssen-Jurreits „Sexismus", war ich einige Male derart angewidert, daß ich mit dem Lesen aufhören und meiner Wut Luft machen mußte. Was bildet sich denn dieser elende Patriarch eigentlich ein?! Anscheinend fühlte er sich bemüßigt uns Feministinnen zur Räson zu rufen und uns gleichzeitig Verhaltensregeln zu liefern. Wie falsch Ernest Bornemans Thesen vom „richtigen Kampf für die Befreiung der Frau" jedoch sind, kann wahrscheinlich nur eine Frau empfinden, die jahrelang in der sogenannten Linken politisch aktiv war und endgültig die Nase voll, vom Chauvinismus und Narzismus der „lieben Genossen" hat. Wir Frauen lassen uns keine Vorschriften mehr von solchen Pseudos a la Borneman machen!

Manuela Kasper
Berlin

Abmahnung

Eine berechtigte Forderung KONKRET-lesender Arbeiter

Wir fordern in KONKRET Berichte, die sich mit der Lage der Arbeiter kritisch auseinandersetzen, sowie über Arbeitskämpfe. Die Kollegen von Siemens in Bruchsal z.B. wehren sich seit einigen Monaten gegen die Praktiken der Unternehmensleitung und haben auch Teilerfolge errungen; ebenso kämpften die Kollegen von VFW in Speyer, von Audi NSU (es gibt noch genügend weitere Beispiele) um die Erhaltung der Arbeitsplätze, während anderenorts stillschweigend Tausende von Arbeitsplätzen nach Belieben vernichtet werden.

Erika Zoller
Speyer
und 11 Unterzeichner

In die Hosen?

Günter Herburger schrieb einen offenen Brief an den DDR-Autor Reiner Kunze (12/76)

Kunze hat beschrieben, wie beschissen das Leben in der DDR sein kann. Dazu hätte man etwas sagen müssen. Warum antwortet Herburger mit BRD-Zuständen? Seit wann kann man die Unterdrükkung in einem Land mit dem Hinweis auf die Unterdrückung in einem anderen Land rechtfertigen oder auch nur erklären? „Weder du noch wir geben klein bei". Das ich nicht lache. Wer so aufrechnet, hat schon längst klein beigegeben. Herburger würde vor Schreck in die Hosen machen, wenn jemand daher käme und die Unterdrückung in der BRD mit der Unterdrückung in der DDR rechtfertigen würde.

Karl Hoche
München

Ans Bein

Günter Amendt schrieb über die Rosenbauer-Riefenstahl-Show (12/76)

Jetzt wird bei Euch also auch schon so eine vermaledeite Scheiße geschrieben. Günter Amendt, der für diese zuständig ist, scheint noch nie eine meiner Platten gehört zu haben. Viele meiner Lieder haben nämlich politischen Inhalt. Wenn ich in der Talk-Show gesagt habe, ein Künstler solle sich nicht parteipolitisch engagieren, sonst nähme er sich viel Glaubwürdigkeit, so habe ich PARTEI und nicht politisch gemeint. Wäre ich z.B. ein

Juso, würden viele Leute sagen, wenn sie eines meiner Lieder mit politischem Inhalt hören: „Aha, jetzt will der uns also hintenrum zum Parteibeitritt bewegen", oder, wie ich es schon über viele DKP-Sänger gehört habe: „Der vertritt ja nur die Meinung seiner Partei." Da meine Lieder aber kein Stoff für linke Onanistenclubs sein sollen, werde ich nie in eine Partei eintreten (ich wüßte auch gar nicht, in welche). Wenn ich „Frau Riefenstahl nichts entgegenzuhalten hatte, als die Bestätigung der künstlerischen Bruderschaft", dann möchte ich wissen, warum ich so unzählige Briefe auf diese Sendung bekommen habe, in denen ich als „Sozialistenschwein" und „Kommunistensau" beschimpft wurde. Nun macht es mich besonders glücklich, auch noch von Euch, sozusagen aus den eigenen Reihen, ans Bein gepißt zu werden.

Knut Kiesewetter
Hamburg

Frei & undogmatisch?

Schriftsteller und DKP-Vorstandsmitglied Peter Schütt antwortete auf die Frage „Was machen wir jetzt, Genossen?" (12/76)

Peter Schütt möchte, daß ich die DKP stärken soll, weil eine starke DKP auch der ganzen Linken zugute käme. Er fordert also von den undogmatischen Linken (ich zähle mich dazu) Zugeständnisse an eine dogmatische Partei. Eine lebendige Diskussion mit Konsequenzen für beide käme jedoch nur dann zustande, wenn die DKP auch ihrerseits bereit wäre, ideologische Positionen zu räumen, vor allem die bornierte Liebe zur DDR und UdSSR. Eine kommunistische Partei, die nicht öffentlich die Unterbindung einer freien öffentlichen Diskussion in der DDR verurteilt,ist für mich nie und nimmer akzeptabel. Sie verachtet die Menschen (genau wie der Kapitalismus). Sie erzieht zur Angst und zum Opportunismus. Dieses Lernziel scheint sie bei dem Herrn Schriftsteller Peter Schütt erreicht zu haben, der brav seinen Protest gegen Biermanns Ausbürgerung zurückgezogen hat.

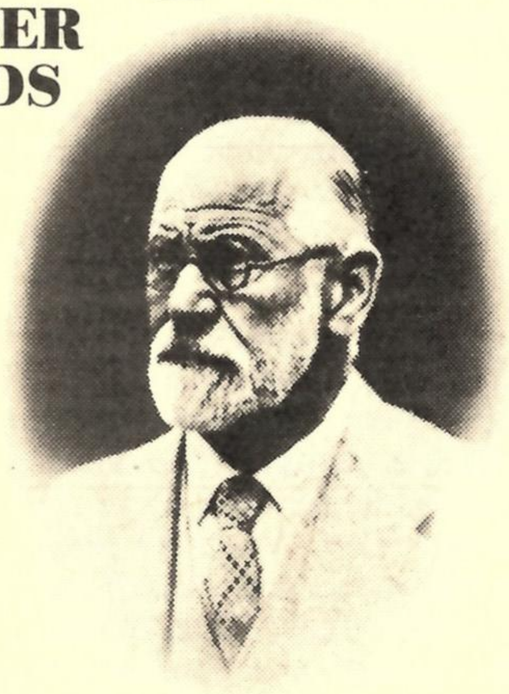
Josef Müller
Heidelberg

Peter Schütt schrieb, „daß dort, wo die DKP an Einfluß gewinnt, alle Linkskräfte profitieren". Der Nachweis liege auf der Hand: „In Marburg, Bottrop und anderswo, wo Kommunisten im Stadtrat präsent sind, wurden drohende Gaspreiserhöhungen abgewendet, arbeitslosen Jugendlichen der Nulltarif zugestanden und kostenloser Nachmittagsunterricht für alle Schulkinder eingeführt auf Initiative der DKP, mit Unterstüzung der SPD". Was den Nulltarif für arbeitslose Jugendliche in Marburg betrifft, schreibt Peter Schütt schlicht die Unwahrheit. Dies wurde von 2000 Schülern und Lehrlingen bei einer Podiumsdiskussion des Marburger Stadtschülerrates, mit Vertretern von Parteien und Magistrat, durchgesetzt. Es war auch *nicht* das Stadtparlament, das – schon gar nicht auf Initiative der DKP – diese Forderung der Schüler beschloß, sondern der Magistrat verkündete drei Tage nach der Schülerversammlung in der Presse den Nulltarif für arbeitslose Jugendliche.

Berthold Happel
Ebsdorfergrund

Für den wichtigsten der drei Beiträge halte ich den des Genossen Peter Schütt – Pardon, als SPD-Mitglied ist es mir doch untersagt, Schütt einen Genossen zu nennen; ich tue es dennoch. Schütt schreibt: „... eines sollte davon unberührt bleiben: die Einsicht, daß es der ganzen fortschrittlichen Bewegung unseres Landes zugutekommt, wenn in ihr die DKP an Kraft, Sympathie und Genossen gewinnt..." Nichts dagegen; nur müßte die DKP erst einmal selbst ein paar Fragen klären: Kann das DKP-Mitglied frei und undogmatisch seine Meinung sagen? Hat das Mitglied das Recht zur Kritik – gemeint ist: zu konstruktiver, nicht antisozialistischer Kritik – auch an der DDR-Führung, auch an der SU-Führung, auch an der DKP-Führung?
Ist es dem DKP-Mitglied erlaubt nach der Ost-Berliner Konferenz nun den Einmarsch der fünf · Warschauer Pakt-Staaten in die CSSR von 1968 zu verurteilen?
Hat die Minderheitsmeinung in der DKP die Chance, Mehrheitsmeinung zu werden und damit Teil des Programms? ▶

FREUD
HERMANN GLASER
SIGMUND FREUDS ZWANZIGSTES JAHRHUNDERT SEELENBILDER EINER EPOCHE
HANSER VERLAG



512 Seiten. Leinen DM 39.80

»Das Buch ist ein Versuch, Freud und sein Denken vor jenen zu retten, die aus der Psychoanalyse ein anpassungsförderndes Sedativum machen wollen...
›Seelenbilder einer Epoche‹ will Glaser in kühnen Strichen zeichnen, und hierin hat er zweifellos glänzend reüssiert.« Frankfurter Rundschau

briefe an konkret

Wenn der Genosse Schütt glaubhaft machen könnte: all das trifft für die DKP zu, dann würde ich ihm antworten: Gut. Ich will Mitglied werden. Solange das nicht so ist, bleibt man als demokratischer Sozialist/Kommunist lieber in der SPD, auch wenn man sich dabei jeden Tag sehr beschissen fühlt.

Erik Storsberg
SPD-Funktionär
Neustadt/Weinstr.

Lächerliches Ei

Empörung unter Pazifisten über Hermann L. Gremlizas Appell: „Unterwandert die Bundeswehr!" (12/76)

OH herMANN, jetzt hast du auch 'nen Schaden, aber 'nen Dachschaden! Wie kannst du von jungen Leuten (ich fühl' mich angesprochen, bin 20 Jahre) verlangen, sie sollen als Freiwillige zum Barras, und dann noch als Offizier oder so was? Wie soll ich das mit der „linken Berührungsangst zum Militär" verstehen? Man muß nichts überwinden, was nicht vorhanden ist, finde ich. Wie soll ich das mit der „Einbeziehung von Rekruten in kritische Diskussionen" verstehen? Die Jungs sagen doch nur: „Okay, is' ja scheiße, aber aufmucken kannste da nicht!" Hast du überhaupt schon mal mit politischen, frustierten Rekruten gesprochen? Weiter: Glaubst du etwa im entferntesten Sinne daran, daß in einer faschistoiden Armee wie der Bundeswehr auch nur ein Sozialist, geschweige denn Kommunist es höher als bis zum Leutnant bringt? Und wenn es so wäre, daß einige Genossen nach oben kämen: Es wäre doch nur ein Alibi für diesen angeblich feindbildlosen Scheißverein. Und diese Leute würden schnell zu Genoskes werden. Da kann ich nur sagen: Unterwandert dem Greml, damit er endlich schreibt: Verweigert den Kriegsdienst!

Wolfgang Nitschke
Bocholt

Wie erreichen linke Unteroffiziers- oder Offiziersanwärter in der gegenwärtigen Lage der Bundeswehr tatsächlich die entsprechenden Dienstgrade und damit Einfluß? Dies scheint mir erst nach tiefgreifenden Veränderungen im Verteidigungsministerium und der Militärpolitik möglich. Also müssen wir als Voraussetzung „militärpolitische Öffentlichkeit" herstellen. Mit dem Akt der Kriegsdienstverweigerung kommt – in vielen Fällen subjektiv, im ganzen objektiv – die Ablehnung des braunen Ungeistes in der Bundeswehr und der Militärpolitik der BRD überhaupt zum Ausdruck. Es ist selbstverständlich unsere Aufgabe, demokratische politische Arbeit in der Bundeswehr nach Kräften zu unterstützen. Mindestens genauso wichtig ist die Zusammenarbeit aller Demokraten und Antimilitaristen im zivilen politischen Bereich, um die Demokratisierung der Bundeswehr und die Änderung der BRD-Militärpolitik durchzusetzen.

Ralf Krüger
Leverkusen

Bei der jetzigen gründlichen Arbeit von Verfassungsschutz und MAD glauben wir nicht, daß es einem Linken, insbesondere einem Spartakisten, gelingen wird, unerkannt in Führungsgremien der Bundeswehr zu gelangen. In dieser Beziehung haben wir vollstes Vertrauen zu Verfassungsschutz und MAD.

Wolfgang Langer
Leverkusen

Lieber Genosse Gremliza, gegen Ende Deines Artikels „Unterwandert die Bundeswehr" schreibst Du etwas sehr richtiges: man sollte die linke Berührungsangst zum Militär überwinden und wissenschaftlich über die Bundeswehr arbeiten!
Anscheinend hast Du aber Deine eigene Aufforderung zur wissenschaftlichen Arbeit nicht sehr beherzigt, sonst wüßtest Du wahrscheinlich, daß zum Abbau der Bundeswehr (= Buwe) schon etwas mehr gehört, als nur ein paar linke Unterwanderer hineinzuschikken.
Denn neben der „inneren" Funktion (potentielle Ordnungsmacht) hat die Rüstungsindustrie und damit die Buwe (als ihr sicherer Abnehmer im Inland) eine nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Stützungsfunktion (z. B. Krisenausgleichsfunktion) für unser kapitalistisches System.

Bernd Siegler
Nürnberg

Am besten, der Verteidigungsminister tritt zugunsten Rudels zurück, die Bundeswehr wird auf der Grundlage von Blut und Boden neu formiert und dem Oberbefehl Rudels unterstellt. Endlich wird die Bonner Harthöhe zum Ort der geschichtlichen Vernunft. Deutsche Soldaten siegen immer. Jetzt werden sie innenpolitisch dynamisch. Braucht nur einer zu rufen: „Wollt Ihr den totalen Sieg?" und das Rudel-Rudel Bundeswehr marschiert zwecks Rettung des wilden Westens nach Stalingrad.

Andreas Leitolf
Bonn

Der Biermann ist wirklich zu bedauern. Nicht wegen der Ausbürgerung – ob die nun „glücklich" war, sei dahingestellt. Aber das Interview war schon das „Größte". Biermann meint, nur weil er ein Chile-, Vietnam- oder Dutschke-Lied geschrieben hat, könne ihn die Reaktion nicht mehr an die Brust nehmen. Eine süßliche Naivität, die bei einem Kinde rührend wäre. Nur weil die bürgerlichen Medien Biermann nicht *offen* loben, brauchen sie ihn noch lange nicht *nicht* ausschlachten. Die Methoden des (BRD)-Imperialismus werden eben auch raffinierter mit der Entwicklung desselben – hat mal Lenin so ähnlich gesagt!

Robert Weißenberger
Klettgau-Rechberg

Endlich weiß ich, was ein Biermann noch bringen kann, außer Gebrautem: die Nachricht, daß in der DDR eben doch alles so ist, wie vom Herrn Lehrer, Herrn Pfarrer, Herrn Abteilungsleiter und Herrn Boenisch beschrieben: Bonzen regieren, Volk geknechtet, wolln so sein wie wir, wer anderer Meinung ist, der wird rausgeschmissen. Endlich einmal die BILD-Berichte auch für die BILD-Gegner, noch dazu von BILD-Gegnern gemacht.

Bert Weidner
München

In dem Artikel „Biermann und die Kommunisten" vermisse ich einen Hinweis auf die möglichen Motive der SED-Führung, die zur Ausbürgerung führten. Der Verdacht liegt nämlich nahe, daß es sich nur um einen Nebenkriegsschauplatz handelt, auf dem gegenwärtig um eine andere innenpolitische Linie gerungen wird (SD-Chef Verner contra Honecker?). Diese spekulative Überlegung ist für die Überwindung der Biermann-Psychose hierzulande gewiß ohne Bedeutung, gleichwohl zeigt sie aber, welche Auswirkungen gesamtdeutsche Beschlüsse der SED auf den ohnehin desolaten Zustand der bundesdeutschen Linken haben. Damit soll aber nicht in den Klageruf von bestimmter linkssozialistischer Seite eingestimmt werden, der kennzeichnend für die Einäugigkeit gewisser Gruppen ist. Als Beispiel sei nur der vom „Sozialistischen Büro" formulierte offene Brief an die SED-Führung genannt. Im Falle des Gesinnungsurteils gegen den Schriftsteller Zahl steht eine vergleichbare publizistische Aktivität des SB noch aus. Noch ein Wort zum Kölner Konzert: Als Biermann sich eine deutsche KP wünschte, „wie sie unter Italiens Sonne reift", brach spontaner Jubel aus. Was würden diese Genossen wohl sagen, wenn die DKP dem CDU-Wirtschaftsrat und Graf Lambsdorff die Hand zum historischen Kompromiß reichte?

Edwin Vetter
Wiesbaden

Mit diesem Aufruf an die „Linken", der Bundeswehr als Freiwilliger beizutreten, haben Sie sich (leider!) in die Reihe der Militaristen eingereiht, die sich in ihren Zielen durch nichts unterscheiden (egal ob links oder rechts): nämlich die Demokratie zu zerstören oder zumindest zu behindern!

Gerhard Pitz
Alpirsbach

Was uns Gremliza da nun wieder empfiehlt, ist letztlich genau so lächerlich, wie all die vielen Eier, die vorher und wohl auch noch nachher von ihm gelegt wurden und werden: wir sollen die Bundeswehr unterwandern! dabei muß doch auch Genosse Gremliza wissen, daß die schöne Romantik des langen Marsches durch die Institutionen eigentlich schon lange ausgeträumt ist.

Franz Stratmann
Recklinghausen

Lenin oder so

Noch einmal: Wolf Biermann (1/77)

Da hieß es, Biermann habe sich an den Klassenfeind verkauft. Er sei sozusagen beauftragt, den Sozialismus von innen her zu zersetzen. Kurz: Die Rolle, die er spielte, war ein besonders geschicktes Manöver der Bourgeoisie.
Ganz falsch! Umgekehrt isses! Biermanns Ausbürgerung ist ein besonders geschicktes Manöver der Arbeiterklasse in Form der SED; denn nur so konnte ein „Kommunist" in der BRD einigermaßen hoffähig werden.

Eberhard Ahr
Bremen

Zweitausendeins No 2. „Das Erstaunliche an diesem Unternehmen ist der Preis."

Das sagt der Hessische Rundfunk zu den 20 kompletten Jahrgängen von Akzente, der 11.900 Seiten starken Literatursammlung zum in der Tat erstaunlichen Preis von ganzen 49.90 DM.

Verlagsleute haben uns gefragt, ob uns bei diesem Preis irrtümlich das Komma verrutscht ist. Ein Autor hat vermutet, wir hätten eine geheime Druckmaschine mit neuartiger Technik im Keller.

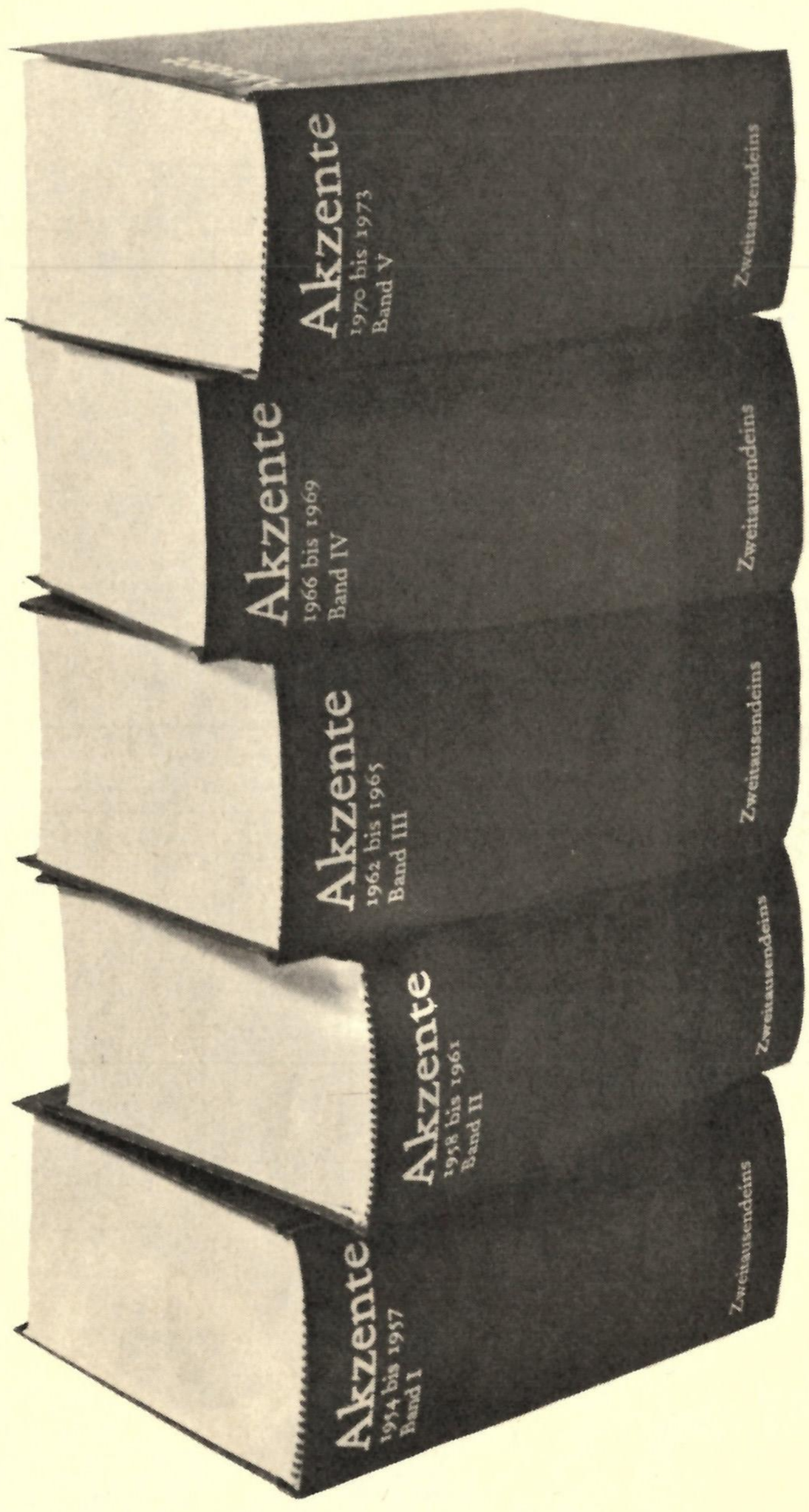
Die Deutsche Welle: „Verlegerisches Wunderwerk."

Wir haben schlicht dem Hanser Verlag die Nachdruckrechte für die kompletten 20 Jahre Akzente (1954 bis 1973) abgehandelt. Und damit die Rechte an der bedeutendsten und größten Literatursammlung der Nachkriegsgeschichte. Spezialisiert auf Erstdrucke, gegründet und herausgegeben von Walter Höllerer und Hans Bender. Unser Exklusiv-Nachdruck birgt eine eindrucksvolle Anthologie deutscher und internationaler Literatur.

Einige der Akzente-Autoren:
Max Frisch, Alfred Döblin, Jean Genet, Heinrich Böll, Karin Struck, Arno Schmidt, Hermann Hesse, Hans Arp, Bert Brecht, Günter Grass, Martin Heidegger, Günter Wallraff, Theodor W. Adorno, Ingeborg Bachmann, Gottfried Benn, H. C. Artmann, Ernst Jünger, Johannes Bobrowski, Thomas Mann, Martin Walser, Ernst Kreuder, Friedrich Dürrenmatt, Uwe Johnson, Robert Musil, Ilse Aichinger, Hermann Kesten, Wolf Wondratschek, Samuel Beckett, Paul Celan, Nelly Sachs, Peter Weiss, Franz Kafka, Alain Robbe-Grillet, Walter Jens, Karl Krolow, Alfred Jarry, Helmut Heissenbüttel, Günter Eich, Italo Calvino, Dieser Kühn, Ina Seidel, G. B. Fuchs, Walter Kempowski, Hans Magnus Enzensberger, Wolfgang Hildesheimer, Peter O. Chotjewitz, Hans Erich Nossack, William S. Burroughs, Peter Suhrkamp, Karl Krolow, Alfred Andersch, Gerhard Rühm, Friedrich Sieburg, Ionesco, Wolf Biermann, Peter Handke, Günter Wallraff, Helga Novak, Günter Kunert, LeRoi Jones, V. O. Stomps, Hans Henny Jahnn, Cesare Pavese, Peter Rühmkorf, Gerd Gaiser, Erich Fried, Paul Klee, Peter Huchel, Marie Luise Kaschnitz, Alexander Kluge, Reinhard Lettau und viele andere.

„Kaum eine literarische Entwicklung, die von den Akzenten nicht eingeläutet worden wäre, kaum ein wichtiger Name, der in ihnen nicht auftauchte. Die fast schon legendäre Gruppe 47 hatte in den Akzenten ihren entschiedensten Wegbereiter." Südwest Presse.

Die Deutsche Welle zog das Resümee: „Am besten, man blättert in den ganzen 20 Akzente Jahrgängen, wenn man verfolgen und nachprüfen will, daß und wie (Akzente) der Entwicklung der deutschen Nachkriegsliteratur die Wegmarken setzte – nicht zuletzt in der Vermittlung internationaler literarischer Tendenzen."



Die 20 kompletten Jahrgänge von Akzente, der 11.900 Seiten starken Literatursammlung zum Preis von 49.90 DM.

Der Unterschied zwischen 1.400 Mark und 49.90.

Vergriffene Jahrgänge von Akzente wurden einst speziell für amerikanische Universitäten nachgedruckt (Library of Congress Card Number 56–41517) und später pro Jahrgang bis zu 70 Mark gehandelt. Macht für zwanzig Jahrgänge erschreckende 1.400 DM.

Bibliotheken wie Bibliophilen bleibt jetzt einiges erspart: Unser ungekürzter Nachdruck der Original-Vorlagen, gedruckt auf 11.900 Dünndruckseiten, gebunden in 5 dicke Leinen-Bände von den Ausmaßen 15 x 10 x 6 cm kostet dagegen ganze 49.90 DM.

„Erstaunlich billig." Sagt der Stern.

Der ungekürzte Nachdruck birgt auch jene Sonderausgaben, Symposien und Aufsätze wie „Schreiben für die Arbeitswelt", „Literatur vor Gericht (Pornografie)", „Der deutsche Schlager", „Trivialliteratur" etc.

Bestellen Sie schnell mit dem folgenden Coupon. Denn der Vorrat ist begrenzt. Und ausgeliefert wird streng in der Reihenfolge des Bestelleingangs.

Zweitausendeins No. 2: 20 Jahre Akzente nur bei uns und nur für 49.90 DM.

Hiermit wird bestellt:
Bitte ausschneiden und einsenden an
Zweitausendeins Versand,
Hahnstraße 54–56, Postfach 710 507
6000 Frankfurt/M. 71.

Ich bestelle ___ Exemplar(e) der kompletten 20 Jahre Akzente mit 11.900 Seiten, 5 Leinenbände, Format 15 x 10 x 6 cm, für nur 49.90 DM, incl. Mehrwertsteuer.

Lieferung solange der Vorrat reicht.

Zahlungsweise:
☐ Ich füge 1 Post/Bankscheck bei über _____ DM plus 2.50 Versand.

☐ Schicken Sie die Akzente bitte per Nachnahme. Die Nachnahme- und Versandkosten will ich tragen.

Keine Lieferung ins Ausland.

Ihr gratis Merkheft bekomme ich bereits regelmäßig: ☐ ja ☐ nein

_____
Name, Vorname

_____
Straße, Nummer

_____
Postleitzahl, Ort

_____
Meine Unterschrift, Datum

AK 2

Hermann L. Gremliza

Jimmy Carter: Ein Jesus für die Multis

Gehen die USA ihren sozialdemokratischen Gang?

Amerika, du hast es immer schlechter: „Die Weltpolitik richtet sich stärker an der Gleichheit als an der Freiheit aus, mit Forderungen stärker aktivierter Massen, die sich mehr auf materielle Gleichheit konzentrieren. Darüber hinaus beginnt die Verteilung der Macht politische Systeme zu begünstigen, die in philosophischer, kultureller, ethnischer und rassischer Hinsicht ihren amerikanischen Vorläufern fernstehen. Das erklärt, warum Kuba oder China heute für viele solche Anziehungskraft besitzen. Heute ist den traditionellen amerikanischen Werten Individualismus, freies Unternehmertum, Arbeitsethik und Tüchtigkeit Konkurrenz erwachsen durch Etatismus, Betonung des Kollektivs, der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit. Kapitalismus in einem Lande ist potentiell die dem amerikanischen Entwicklungsmuster innewohnende Tendenz. Das könnte in Amerika eine Mentalität des Belagerungszustands hervorrufen."

Dieses Zitat kann nicht von Gerald Ford oder Henry Kissinger stammen. Es stammt zwar auch nicht von Jimmy Carter. Sein Autor aber ist Carters neuer außenpolitischer Berater, der Chef des nationalen Sicherheitsrats, Zbiginiew Brzezinski. Es ist enthalten in einer Studie, die unter dem Titel „Amerika in einer feindlichen Welt" erschien,und deutet an, daß man im Umkreis des neuen Präsidenten Politik unter einiger maßen realistischen Prämissen machen will.

Jimmy Carter tritt die Präsidentschaft in einer Zeit an, da, die kapitalistische und imperiale Entwicklung der USA ihren Höhepunkt überschritten hat und in die Defensive geraten ist. Das klingt zu ideologisch? Dann soll's Brzezinski sagen: „Die Ansicht ist weit verbreitet, daß die äußere Expansion des amerikanischen Business vor allem unter dem Deckmantel multinationaler Konzerne zu einer neuen Form des politischen und wirtschaftlichen Imperialismus geführt habe. Als ein Ergebnis hat die nationale Wirtschaftsplanung in einer Reihe von Ländern – vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, in Lateinamerika und Afrika – eine klar antiamerikanische und antikapitalistische Tendenz bekommen."

Dies gefährdet erstens die Rohstoffquellen und zweitens die Märkte, die bis in die sechziger Jahre widerstandslos ausgebeutet werden konnten. Dabei würde eine kontinuierliche Entwicklung der US-Wirtschaft, die schon 1970 zirka 25 Prozent der verarbeiteten Rohstoffe einführen mußte, bis zum Jahr 2000 eine Steigerung der Rohstoff-Importe auf 60 bis 70 Prozent erfordern. Kurzum – oder mit Brzezinski: „Die Verwundbarkeit der USA gegenüber der Knappheit der Ressourcen wurde deutlich."

Freiwillig jedenfalls werden die zu Selbstbewußtsein erwachten Rohstoffländer sich ihre Ware nicht mehr unter Preis abnehmen lassen. Sie werden – wie die Ölstaaten das schon angefangen haben – die Gesetze von Angebot und Nachfrage für sich nutzen. Und die USA werden mit jeder Preiserhöhung zu spüren bekommen, daß ihre gesellschaftliche Ordnung in den Zeiten unvergleichlicher Anhäufung von Macht und Kapital alles andere als gesichert wurde.

Schon heute – bevor es richtig losgeht – sind 7,5 Prozent der Weißen und 13,7 Prozent der Farbigen arbeitslos, bei farbigen Jugendlichen sind es 33,8 Prozent. 40 Millionen Amerikaner genießen im Falle eines Krankenhausaufenthalts keinen Versicherungsschutz. Weniger als 30 Prozent der Arbeitslosen können ihre Krankenversicherung bezahlen. In der internationalen Vergleichsskala liegt „Gottes eigenes Land" bei der Kindersterblichkeit auf dem 18., bei der Lebenserwartung der Männer auf dem 21. Rang. Die Altersrenten betragen im Durchschnitt monatlich 400 Mark. Alljährlich gibt es sechs Millionen Arbeitsunfälle in der Industrie – mit 14 000 Toten.

„Die Produktivität der amerikanischen Wirtschaft ist höher als die der deutschen Unternehmen. Das hat die Ursache in dem höheren Leistungsdruck, in weniger Urlaub und weniger Feiertagen. Die Sozialkosten sind in Amerika weitaus niedriger als in der Bundesrepublik." Schreibt die „Frankfurter Allgemeine". So kommt es, daß in dem Land mit „einzigartigem Wohlstand" (Brzezinski) 40 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben.

Das ist die Basis, auf der US-Präsidenten heute Politik machen müssen. Der

L 76

Politische und literarische Beiträge

Demokratie und Sozialismus

Herausgeber:
Heinrich Böll, Günter Grass, Carola Stern
Redaktion: Heinrich Vormweg

HEFT 1 September 1976

Inhalt:
Günter Grass, Als das Radieschen umbenannt werden sollte · *Dieter Lattmann*, Freiheit in der Bundesrepublik · *Walter Adler*, Preisrede · *Arthur Miller*, Das Jahr, in dem alles zerbrach · *Wolf Biermann*, Ballade vom Aale-Räuchern · *Carola Stern*, Den Verfolgten helfen · *Peter Bender*, Notizen zur Entspannung · *Nicolas Born*, Drei neue Gedichte · *Iring Fetscher*, Ohne Diktatur des Proletariats · *Wlodzimierz Brus*, Sozialismus für das Jahr 2000 · *Heinrich Böll/Heinrich Vormweg*, Solchenizyn und der Westen

HEFT 2 November 1976

Inhalt:
Günter Grass, Einige Denkzettel nach der Wahl · *Zdenek Mlynar*, Zur Begründung sozialistischer Demokratie · *Heinz Timmermann*, Protokoll zum KP-Gipfel. *Enrique Tierno Galvan*, Spanien, der Marxismus und die Gesellschaft der Zukunft · *Raimon*, Lieder des Widerstands aus Spanien · *Gustav Adolf Himmel*, Portugiesische Zeitzeichen · *Burckhard Garbe*, Drei Gedichte · *Heinrich Böll*, Bis daß der Tod euch scheidet · *Ursula Krechel*, Drei Gedichte · *Helen von Ssachno*, Sowjetliteratur heute · *Hans-Jürgen Schmitt*, Neue Tendenzen in der Literatur der DDR · *Carola Stern*, Woher sie kamen, woher wir kommen · *Burckhard Garbe*, Ballade vom Hamburger Staatsexamen · *Hans-Peter Riese*, Eine neue Art Raubdruck · *Carl Amery*, Die Freiheit wird vertagt · *Juan Sintierra/Eduard Galeano*, CRISIS oder Die authentische Kultur Lateinamerikas

HEFT 3 Februar 1977

Es schreiben:
Gert E. Hoffmann, über Computer als Instrumente der Macht · *Alexander Kaempfe*, über die Schwierigkeiten im Westen, Vorgänge in der Sowjetunion zu verstehen · *Michael Scharang*, über Kommunismus in der DDR und in Italien · *Heinrich Vormweg*, über Brecht in Ostberlin · *Eduardo Galeano*, über die Situation lateinamerikanischer Schriftsteller heute · *Willy Brandt*, über Erinnerungen an den spanischen Bürgerkrieg.
Ferner erscheinen die bereits für L 76/2 angekündigten Beiträge von:
Walter Haubrich, über die Sozialisten in Spanien · *Peter Bender*, über die Bedeutung von Ideologie in Osteuropa
Vorgesehen sind außerdem Beiträge von Günter Herburger, Heinrich Böll, Günter Wallraff, Carola Stern, Curt Meyer-Clason u.a.

L 76 erscheint 4 x jährlich und kostet im Abonnement 12,50 DM, im Einzelbezug 15,– DM je Heft, zuzüglich Versandkosten.

Bob Woodward, Carl Bernstein
Pulitzerpreisträger

Amerikanischer Alptraum

Das unrühmliche Ende der Ära Nixon
462 Seiten, kart., 35,– DM
ISBN 3434002278

EVA
Europäische Verlagsanstalt
Postfach 210140, 5000 Köln 21

Spielraum ist eng, ist begrenzt durch zwei mögliche Prinzipien: Eine Politik der Stärke oder eine Politik der Vernunft.

Die Politik der Stärke setzt auf die ökonomischen Druckmittel und den größten und schlagkräftigsten Militärapparat der Welt. Sie verteidigt jede Handbreit jeder Interessenzone und ist bereit, zur Sicherung einer Rohstoffquelle jedes Mittel anzuwenden. Sie stürzt Regierungen und etabliert faschistische Regimes, um – wie in Chile – den Kupferbedarf zu selbstgemachten Preisen zu sichern. Sie droht – wie Kissinger den Arabern – mit militärischer Intervention, um Preiserhöhungen abzuwehren.

Die Regierungen Nixon und Ford neigten zu dieser Politik, ohne sie konsequent betreiben zu können: Fast überall – Ausnahme: Südamerika – liefen sie Gefahr, den lokalen Konflikt zur weltkriegerischen Auseinandersetzung auszuweiten. Weil sie dieses Risiko nicht laufen konnten, blieb die Bilanz ihrer Politik negativ.

Und auch ökonomisch wurde die Politik der Stärke schließlich teuer. Das Mißtrauen, das die USA in Dutzenden Rohstoffländern durch ihre Chile-Aktion geerntet haben, konnte der billigere Zugang zum Kupfer nicht ausgleichen.

Eine solche Politik dürfte auch nicht, wie die der Stärke, jeden Kritiker des Kapitals an die Seite Moskaus stellen, sondern müßte alle Differenzierungen im sozialistischen Lager mit Sympathie verfolgen. Nicht den Italienern für den Fall einer Regierungsbeteiligung der KPI Sanktionen androhen, sondern die sozialdemokratische Komponente des neueren italienischen Kommunismus fördern. Natürlich auch den Druck in Richtung höherer Lebensstandard, unter den Ideologie wie Massen die Sowjetführung setzen, wahrnehmen und alle denkbaren Vereinbarungen über Abrüstung treffen. Was nicht nur den Emanzipationsprozeß der Dritten Welt mangels Waffenlieferung dämpfen, sondern auch Mittel zur Anpassung der US-Gesellschaft an die kommenden mageren Jahre freimachen würde. Parole: Politik nicht mit der 7. US-Flotte, sondern mit dem 3. Handelsattaché.

Jimmy Carter, das deutet der Wechsel von Kissinger zu Brzezinski an, scheint zu einer solchen Politik der Vernunft zu tendieren. Und Teile des US-Finanzkapitals, das mehr als das Industriekapital in langen Fristen – Erbpacht und Zinseszins – denkt, scheinen dem zu folgen. Nicht zufällig ist Brzezinski der Protégé des Bankiers David Rockefeller.

Zitieren wir nochmal Brzezinski: „Stärke kann nur angewandt werden, wenn die amerikanische Außenpolitik in verständnisvoller Weise offen ist für die bedeutsame Veränderung in der weltweiten Betonung eines Wertes, der in der amerikanischen Erfahrung keine zentrale Stellung hatte. Dies muß nicht zur Folge haben, daß eine Übernahme des Gleichheitsstrebens durch Amerika zur höchsten Tugend erhoben oder daß es künstlich auf die amerikanische Gesellschaft angewandt wird. Es impliziert jedoch eine Politik, die den weltweiten Druck zugunsten einer Reform der geltenden internationalen Vereinbarungen nicht ignoriert und auch nicht mit doktrinärer Feindseligkeit vergilt. Nichts könnte destruktiver sein, als wenn sich die USA als letzten Schild für die Überbleibsel weißer Vorherrschaft in Afrika präsentieren würden. Das würde das gesamte Afrika und einen Teil Afro-Asiens gegen uns mobilisieren. In ähnlicher Weise würde man den längerfristigen Interessen Amerikas Abbruch tun, wollte man die Gleichgültigkeit gegenüber dem zunehmenden Wunsch in Mittelamerika nach größerer sozialer Gerechtigkeit und nationaler Würde fortsetzen… Schließlich würde Amerika seinen eigenen ursprünglichen Werten untreu werden, wollte es einen zynischen Standpunkt im Hinblick auf die sowjetischen Beziehungen zu denjenigen Ländern Osteuropas einnehmen, die ihre nationale Unabhängigkeit zu vergrößern suchen…“

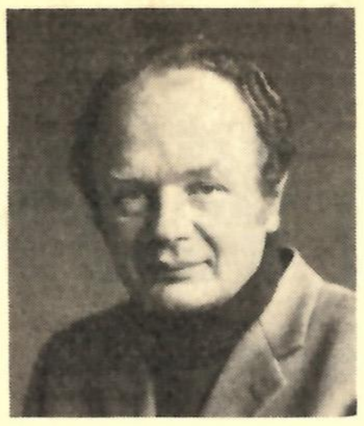
Wenn das kein Programm ist! Da haben gerade Chile und Angola für Klarheit in den Köpfen der Welt – Teile Europas und insbesondere die Bundesrepublik ausgenommen – gesorgt, die Trennungslinie zwischen sozialistischem Fortschritt und imperialistischer Reaktion deutlich gezogen, schon droht eine neue Politik der USA vieles wieder zu verwischen?

Gemach: Was Brzezinski da idealtypisch aufgemalt hat, kann Carter kaum annäherungsweise betreiben. Mehr soziale Gerechtigkeit – ok. Doch was den Hungernden gegeben, vielmehr: nicht mehr genommen wird, darauf müssen andere verzichten. Die Andern, das sind die, die gerade noch nicht zu den zehn Millionen arbeitsloser US-Bürger gehören. Das amerikanische Proletariat aber ist auf nichts weniger vorbereitet denn auf eine Rolle als revolutionäre Klasse. Jede weitere Minderung des Lebensstandards wird dort nicht dem Scheitern einer grandiosen Politik der weltweiten Ausbeutung zugeschrieben, sondern „als Konfiszierung der Früchte ihrer Arbeit“ (Brzezinski) durch die miesen Kommunisten in aller Welt empfunden.

Jimmy Carter wird eine Politik der Vernunft nur mit kleinen Schrittchen gehen können – gerade so schnell, wie er eine Umverteilung der Kosten dieser Politik in der US-Gesellschaft durchsetzen kann. Und wir werden hoffen, daß er damit Erfolg hat, weil wir lieber mit der einigermaßen kalkulierbaren Politik des US-Kapitals leben als mit den Chaoten des Belagerungsstands, die ein radikalisierter Mob an die Spitze schwemmen könnte: Typen wie den ehemaligen UNO-Botschafter der USA, Moynihan, der so redete: „In den Vereinten Nationen sind noch rund zwei Dutzend Demokratien übriggeblieben. Totalitäre kommunistische Regime und passend assortierte alte und neue Despotismen bilden den gesamten Rest…“

Ein bißchen Rentenerhöhung, ein bißchen öffentliches Investitionsprogramm, etwas Kranken- und Arbeitslosenversicherung, ein wenig soziales Netz, all die sozialdemokratischen Fortschrittchen, die wir uns zu verspotten gewöhnt haben, könnten, wenn Jimmy Carter sie durchsetzt, anderen Nationen viel Blut und Tränen ersparen. Daß dies auch die Lebenserwartung der US-Multis erhöht, müssen wir in Kauf nehmen. Es erhöht unser aller Lebenserwartung.

Damit die einer freien Presse obliegende Informationspflicht auch in KONKRET nicht ganz vernachlässigt wird, sollte noch hinzugefügt werden, daß Jimmy Carter Erdnußfarmer war, 16mal am Tag betet und mit einer Rosalynn verheiratet ist. ■



Karl-Heinz Hansen, SPD-MdB

An der Grenze der Selbstachtung

Wenn mit sich selbst verstrickte Rechte die SPD verlassen, um eine neue sogenannte Partei zu erfinden, darf die Linke nicht im Gemurre ähnlich scheinender Verhaltensneigung verharren. Die Frage „Was tun?" ist wieder aktuell. Für eine angemessene Antwort sind Folgerungen aus den Versäumnissen und Fehlern der Vergangenheit zu ziehen.

Die um einer „Geschlossenheit" nach außen willen ständig betriebene Solidaritätsanspannung der Linken in Partei und Bundtagsfraktion ist von der Mehrheit der Rechten und ihren Mitläufern nicht nur nie gelohnt, sondern von Lenkern und Leitern in Partei- und Fraktionshierarchie stets als selbstverständlich ins taktische Kalkül einbezogen worden. Der hinter geschlossenen Fraktionstüren artikulierte Protest rührte niemanden. Die regierende Mehrheit in der Fraktion, in der viele ihren „Wählerauftrag" als Anweisung zur bedingungslosen Unterstützung der nicht immer weisen Ratschlüsse einer Koalitionsregierung auffassen (oder, wie mein aus Verdruß ausgeschiedener Kollege Frank Haenschke meint, „ihre Perspektiven nur noch aus dem Glase gewinnen"), bestrafte die aufmüpfigen Linken dafür mit demütigender Mißachtung bei der Wahl oder „Designation" für Funktionen in der Fraktionsführung, in Arbeitskreisen und -gruppen. Der gleiche hirnlose Übermut glaubt, die SPD könne es sich leisten, einen Mann wie Horst Ehmke nicht einmal als fünften Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden zu dulden.

Noch folgenreicher für den politischen Alltag ist ein anderer Tatbestand: In der Gesamtpartei wird zumindest versucht, den hohen Anspruch, „Partei der Freiheit des Geistes" zu sein für „Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen" (Godesberger Programm), dadurch gerecht zu werden, daß die Position der linken Minderheit im allgemeinen Konsensus der Parteitagsbeschlüsse (in Teilen des Orientierungsrahmens '85) und in Wahlen zum Parteivorstand erkennbar aufgehoben ist. In der Praxis der Bundestagsfraktion wird der oft mühsam errungene Kompromiß zwischen links und rechts wieder auf die konservative Substanz reduziert. Bei solchem Umgang mit Mehrheitsbeschlüssen der Partei ist ein „Anstoß zum perspektivischen Handeln" an die Regierung von der Bundestagsfraktion wohl kaum zu erwarten. Die Exekutive kann sich deshalb darauf verlassen, daß sie den politischen Auftrag von Partei-Mitgliedern und Partei-Wählern (beide grundgesetzlich legitimiert) nach ihrem kleinstaatlichen Zweckmäßigkeits- und Sachzwangsdenken ausfüllen kann und dabei noch die Gewißheit haben darf, vom Parlament – nur gelegentlich durch kokettes Zaudern hingehalten – den notariellen Stempel auf das von ihr Zusammengekochte zu erhalten.

Die Selbstkastration des Parlaments scheint für jene Mitglieder noch mit Lustgewinn verbunden zu sein, die vorwiegend an ihre Bequemlichkeit, finanzielle Absicherung und nächste Wiederwahl denken. Was dabei herauskommen kann, haben wir erlebt, von den Sicherheitsgesetzen bis zur Radikalenhatz, vom Paragraphen 130 a bis zum Abwassergesetz. Die Fähigkeit der Regierung, zu lernen, konnte dabei nicht einmal als Veranlagung entstehen. Sie müßte heute durch einen Intensivkurs erst entwickelt werden.

Wenn in der Bundestagsdebatte zu der in Geist wie Inhalt mit der von 1969 mehr als kontrastierenden Regierungserklärung des jetzigen Bundeskanzlers sogar der jetzige Parteivorsitzende versichert, die Regierung könne sich auf die Partei verlassen, so legt das nahe, über schleichenden Bewußtseinswandel in der Regierungsverantwortung nachzudenken: ein radikales Demokratieverständnis will, daß Partei und Wähler sich auf die von ihnen eingesetzte Regierung verlassen können, ihrem Willen praktikable Gesetzesform zu geben und auf Bürger-Kritik an Fehlentscheidungen nicht mit rechthaberischer Apologie zu reagieren.

Wenn die Linke in der SPD nicht will, daß glistrupistisch oder poujadistisch inspirierte Gruppierungen unserer Gesellschaft ihre unaufgeklärten Interessen an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer vorbei durchsetzen, dann muß sie wieder lernen, deren unmittelbare Nöte zu erkennen, sie verständlich auszusprechen und die von der SPD geführten Regierungen dazu bringen, das konkret Notwendige zu tun. Sonst wird es zu Recht mehr und durch noch so brutalen Polizeieinsatz nicht einzugrenzende Bürgerinitiativen geben.

Auch die Linken in der Bundestagsfraktion wissen, was von ihnen in den kommenden Jahren verlangt wird, wenn sie nicht die Grenzen des Mindestmaßes an Selbstachtung unterschreiten wollen:

Ungeachtet der Unbelehrbaren müssen sie der Fraktion dabei helfen, in der zugegebenen Mühsal der parlamentarischen Praxis Politik neu zu denken, als Anwalt von Basis-Interessen die Regierung zu konsequenter Arbeitnehmerpolitik zu drängen. Als Mittler zwischen Partei und Kabinett hat die Fraktion die Regierung nicht nur an Parteiprogramm und Parteitagsbeschlüsse zu „erinnern" (Willy Brandt im Fernsehen, 28. 10. 76), sondern zu deren Beachtung zu zwingen. Gegensätze zwischen Parteiwollen und Regierungsmöglichkeit dürfen nicht verschleiert, sondern müssen im Gegenteil völlig durchsichtig für alle gemacht werden. Die Solidarität mit der Regierung kann nur eine kritische sein. Eine Schwerpunktverlagerung aus dem Parlament in die Partei ist dabei abzusehen. Wie die erste Lektion im Intensivkurs „Lernfähigkeit" der Regierung, die Auseinandersetzung um die Rentenerhöhung, gezeigt hat, wird auch das Mittel der Gehorsamsverweigerung gegenüber Fraktion und Regierung bei politisch schwerwiegenden Entscheidungen im Sinne des „demokratischen Sozialismus" nicht auszuschließen sein.

Schon jetzt läßt sich für einige Bereiche konkreter sagen, wo das Maß an Zumutbarkeit für Linke, die sich nicht selbst davonlaufen wollen, endet, wo sie deutlich nein sagen müssen:

- Nein zu jeder weiteren Vermögensumverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer.
- Nein zu jedem weiteren Abbau demokratischer Freiheitsrechte, die Gesinnungsschnüffelei aufgrund des „Extremistenerlasses" und seiner Folgen sind endlich abzustellen.
- Nein zu jeder Abart von Tendenzen in SPD und FDP, mit der „Mitte" der CDU zu kollaborieren.
- Nein zu allen Bestrebungen, die Bundesrepublik durch abgestandenen Anti-Kommunismus Ewig-Gestriger von der politisch-geistigen Entwicklung in Westeuropa auf provinzielle Art zu isolieren. Wir müssen uns endlich frei machen von dem stets erneuerten Zwang der Faschisten und ihrer Lakaien, unseren Sozialismus immer wieder tautologisch als „demokratisch" begründen zu müssen.
- Nein zu allen Schritten, die angetan sind, den Neokolonialismus und die Ausbeutung der dritten Welt fortzusetzen und zu unterstützen.

Unser Nein ist ein Ja zu mehr Freiheit und Gleichheit, zum Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus in Europa und der Welt.

Merke: „Nicht geschehene Taten lösen oft einen katastrophalen Mangel an Folgen aus" (Lec).

Verlag Neue Kritik

132 Seiten, DM 8,80

Dieser Band enthält nicht nur umfangreiches Material über das Zustandekommen von Verfassungsschutz-Dossiers, sondern untersucht vor allem auch die soziopsychischen Reaktionsmuster der potentiell Betroffenen.

Verlag Neue Kritik, 6000 Frankfurt
Myliusstrasse 58, (0611) 72 75 76

Aus unserem Programm:

PDI-Konkret 6:
Bernt Engelmann:
Schwarzbuch:
Strauß, Kohl & Co
Organisationsausgabe.
144 Seiten, Broschur .. DM 5,90

PDI-Konkret 7:
Günter Wallraff/Hella Schlumberger:
Die Aufdeckung einer Verschwörung
– Figuren der Zeitgeschichte –
Das aktuelle Buch zu Portugal.
Organisationsausgabe.
176 Seiten, Broschur .. DM 5,90

Datum

Unterschrift

Name/Organisation

Straße

PLZ/Ort

Pressedienst Demokratische Initiative
Münzstr. 3, 8000 München 2, Tel.: 22 39 32

PDI

Günter Wallraff:

Die Stasi von Köln

Der folgende Bericht ist weder Satire noch Fiktion. Die satirischen Elemente sind authentische Wiedergaben staatlicher Überwachungsmaßnahmen. Wenn der Eindruck entsteht, daß die Realität die Satire in den Schatten stellt und der Phantasie des Schriftstellers weit voraus ist, so ist das weder mein Verdienst noch fällt es in meine Zuständigkeit. Die Autoren dieses Berichts sind Staatsanwälte, Polizeikommissare und ihre Spitzel. Ich nehme die Gelegenheit wahr, ihre geheimen Akten als gefundene Literatur zu zitieren und erlaube mir als unmittelbar Betroffener einige notwendige Anmerkungen und Ergänzungen.

Köln, 3. 12. 76. „Gegen den leitenden Oberstaatsanwalt in Köln, Dr. Günter Bähr, sowie gegen den Chef des Politischen Dezernats, Staatsanwalt Dr. Josef Bellingshausen und gegen Staatsanwalt Wilhelm Kurth hat Generalstaatsanwalt Werner Pfromm ein Verfahren wegen Urkundenfälschung im Fall Wallraff eingeleitet. Dr. Bellinghausen (‚Ich bin ein geradliniger konservativer Demokrat') wurde ins Jugenddezernat strafversetzt. Das Verfahren gegen den Schriftsteller Günter Wallraff wegen ‚Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung' wurde wegen fehlenden Tatverdachts eingestellt." (dpa)

Erst durch diese Meldung erfuhr ich, daß seit 1½ Jahren ein Verfahren gegen mich lief und mein Telefon drei Monate lang abgehört wurde. Ich bin nie darüber informiert, noch gehört, noch vorgeladen, noch vernommen worden.

Am 3. Juni 1975 setzte der Polizeipräsident von Köln ein Ermittlungsverfahren gegen mich in Gang. Strafanzeige erstattet hatte der politische Polizeibeamte Beisemann, der bei Hausdurchsuchungen im Raume Köln einer der emsigsten ist. Als „Geschädigter" wurde in dem Formblatt der Strafanzeige schlicht die „Allgemeinheit" angegeben.

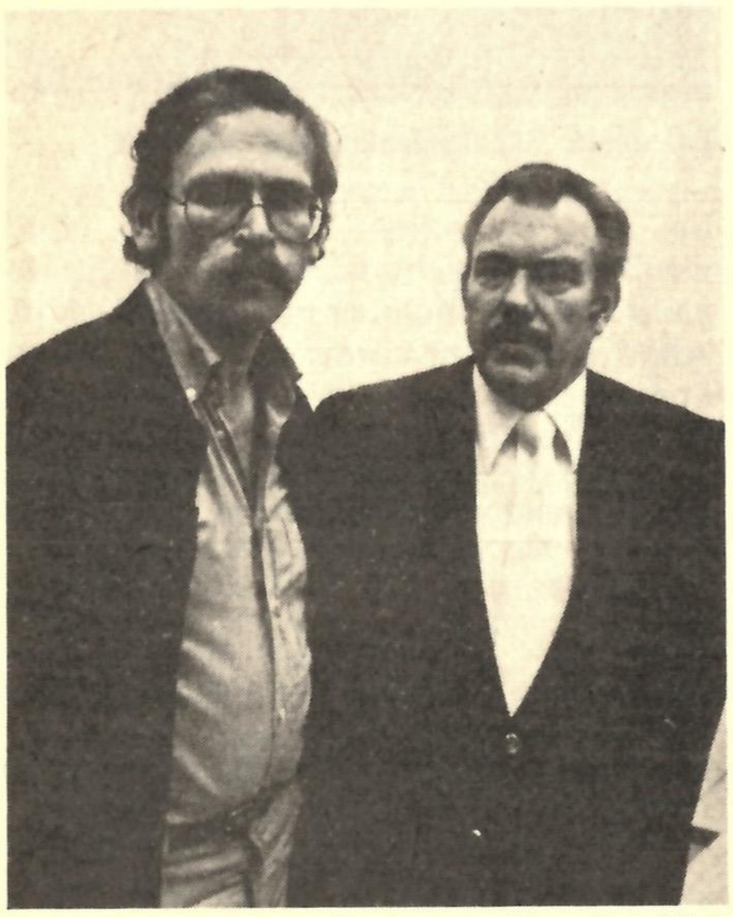
Begründung: „Der tatverdächtige Wallraff ist u.a. weit bekannt geworden durch seine zahlreichen illegalen Aktionen. Eine Aufzählung an dieser Stelle dürfte sich erübrigen. Sie kann erforderlichenfalls nachgeholt werden. Den in mir aufgekommenen Tatverdacht begründe ich jedoch wie folgt. Wallraff verfügt über besondere Beziehungen nach Schweden, einem Land, von dem es bereits nach der Lorenz-Entführung hieß, daß sich zahlreiche BMB-Mitglieder dort aufhalten würden, darunter auch die Entführer. Diese Verbindung nach Schweden wurde durch folgenden Umstand zuerst auffällig: Beim Sprengstoffanschlag auf das Gebäude des Bundesverbandes der Deutschen Industrie wurde die Druckerei beschädigt, in der kurz zuvor die Industrie-Warnschrift ‚Dichtung als Waffe im Klassenkampf am Beispiel Günter Wallraff' gedruckt worden war. Weil nicht ausgeschlossen werden konnte, daß die Druckerei wegen dieser Veröffentlichung eigentliches Ziel des Anschlages war, erfolgte eine Überprüfung in dieser Richtung. Hierbei wurde zu dieser Zeit der Pkw der schwedischen Journalistin L. vor dem Hause Wallraff festgestellt, die zuvor von hier bereits einmal bei BMB-Ermittlungen für das LKA oder BKA überprüft worden war. Wegen des negativen Ermittlungsergebnisses wurden hier die Personalien dieser Journalistin nicht festgehalten. Ihr Pkw parkte direkt vor dem Hause Wallraff..."

Die schwedische Journalistin L. war Redakteurin des schwedischen Programms beim Deutschlandfunk. Als Mitarbeiterin sozialdemokratischer Zeitungen hatte sie berufliche Kontakte zu bekannten Politikern, so z.B. zum damaligen Bundeskanzler Willy Brandt und zu Justizminister Vogel. Sie war mehrmaliger Gast in Höfers Frühschoppen und ordnungsgemäß an ihrem Kölner Wohnsitz angemeldet.

„Weitere Hinweise auf Verbindungen nach Schweden ergaben Presse-Veröffentlichungen über das Wallraff-Buch ‚Ihr da oben – wir da unten'. Dort hieß es, daß Wallraff als unter falschem Namen tätiger Direktionsbote unbefugt ein schwedisches Fernsehteam an einem Wochenende im Gebäude der Hauptverwaltung des Gerling-Konzerns filmen ließ."

Weiteres Verdachtsmoment: „Die geheime Telefon-Nr. Wallraffs 51 05 84 wurde auf einem Notizzettel des Ralph Aurand gefunden. Auf dem gleichen Zettel standen

Bespitzelung von Demokraten in der Bundesrepublik — hier bei einer Anti-Franco-Demonstration in Dortmund 1975



Wallraff (mit seinem Rechtsanwalt): „Angeblich spanische Terroristen mit Sprengstoff versorgt"

Namen inhaftierter BMB-Mitglieder und die Tel.-Nrn. von deren Linksanwälten. Aurand ist führender Funktionär einer der ‚Knasthilfe-Organisationen', die über das Bundesgebiet verstreut politischen Straftätern Hilfe anbieten."

Ich kenne Ralph Aurand nicht, meine damalige „geheime" Telefon-Nummer war allerdings schon recht weit verbreitet.

„Vertraulich wurde ferner um den 20. 5. 1975 bekannt, daß sich seit ca. 14 Tagen eine männliche und eine weibliche Person dort aufhalten sollen. Die unbekannte Frau soll ca. 30 Jahre alt sein und Zigarren rauchen, was darauf hindeutet, daß es sich um eine Skandinavierin handelt."

„Für die Richtigkeit der Tatsache der Verbindung zur RAF spricht, daß seinerzeit vor dem Hause Thebäerstr. 20 das langgesuchte BMB-Mitglied Marianne Herzog festgenommen werden konnte, als es aus dem Hause kam. Es besteht kaum eine andere Möglichkeit, daß sie in der Wohnung Wallraff war."

„Seinerzeit" war im Jahr 1971. Marianne Herzog wurde nicht in meiner Straße verhaftet, sondern in einer Nebenstraße und ich war zu der betreffenden Zeit auch nicht in meiner Wohnung.

Bereits vor dieser Anzeige, am 21. 5. 75 hatte der Polizeipräsident von Köln ein Amtshilfeersuchen an den Bundesnachrichtendienst nach Pullach gerichtet. Der von Strauß' Mannen durchsetzte Geheimdienst tickert am 30. Mai, um 14.30 Uhr Erwünschtes ins Kölner Polizeipräsidium:

„Betr. anarchistische Gewalttäter. Hans Günter Wallraff, geb. am 1. 10. 42 in Burscheid, ist hier als linksorientierter Journalist und Schriftsteller bekannt. Einer unbestätigten Information vom Jahre 1969 zufolge soll W. Verbindungen zu spanischen Terroristen, die anarchistischen und trotzkistischen Gruppen angehören, haben. Angeblich versorgt er diese Gruppen mit Waffen und Sprengstoff. BND München roem. 4d 6 (1) d tgbnr. 05094/76 – az.: 54–75+"

Aus den „unbestätigten Vermutungen" werden bei der Staatsanwaltschaft Köln am 4. 6. 75 bereits „Erkenntnisse". Ans Amtsgericht Köln wird der Antrag gestellt, „die Überwachung und Aufnahme des Fernmeldeverkehrs auf Tonträger betr. den Telefonanschluß des Beschuldigten Günter Wallraff hinsichtlich aller dort geführten Gespräche während des Tages und der Nacht anzuordnen, und zwar für die Dauer von drei Monaten. Es besteht der begründete Verdacht, daß der Beschuldigte Wallraff Vereinigungen unterstützt, deren Zwecke und Tätigkeiten darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen. Hinsichtlich der Tatsache, auf die sich dieser Verdacht gründet, nehme ich Bezug auf die in der Strafanzeige vom 3. 6. 75 enthaltenen Ausführungen, **insbesondere** aber auf die vom BND München mitgeteilten **Erkenntnisse** über den Beschuldigten Wallraff."

Am gleichen Tag noch gibt das Amtsgericht Köln mit gleichen Wortlaut diesem Antrag statt.

Ich habe jetzt Anzeige gegen den BND und gegen die Kölner Staatsanwaltschaft (wegen Amtsmißbrauch) gestellt, denn ich habe noch nie in meinem Leben jemanden mit Waffen und Sprengstoff unterstützt und habe es auch nicht vor.

Eineinhalb Jahre läßt Beisemann in meinen privaten und politischen Verhältnissen schnüffeln und wühlen. Zu Tag- und Nachtzeit klingelt bei mir das Telefon, und wenn ich mich melde, wird wieder aufgelegt. In den Akten taucht dann der Vermerk auf: „Aufenthaltshinweis. W. hält sich zur Zeit in Köln auf. Die Ermittlungen werden fortgesetzt." Einmal spielt die

Technik einen Streich, ein andermal die verletzte Ehre eines Lauschers vom Dienst. Bei einer Fehlschaltung hörte ich wie ein Echo noch einmal die letzten Worte meines beendeten Gesprächs am Telefon. Und als ich meinen Mitlauscher als „alten Nazi" beschimpfte, konnte der nicht an sich halten und seine nörglerische Beamtenstimme quäkte: „Das verbitte ich mir aber."

Beisemann, den Rücken gestärkt vom Ressortleiter der politischen Staatsanwaltschaft Dr. Bellinghausen und aufgeputscht durch die allgemeine Baader-Meinhof-Hysterie, ermittelt wie besessen. Da wird jeder, der einmal meine Wohnung betritt oder den ich zu nächtlicher Stunde privat besuche, in die Ermittlungen einbezogen und zum verdächtigten Mitverschwörer und Gewalttäter.

„Häufige Besucherin der Wohnung Thebäerstraße 20 soll ferner die Benutzerin des Pkw BN-KY 156 sein, die als ca. 20 Jahre alt und brünett beschrieben wurde und sich ‚Jutta' nennen soll. Halter des Pkw ist Oberregierungsrat Dr. V., wohnhaft Bonn-Bad Godesberg. Er ist verheiratet, lebt aber von seiner Ehefrau getrennt. Das 14. K. Bonn teilte mit, daß über die Eheleute V. dort keinerlei Erkenntnisse vorliegen, von einer ‚Jutta' aber nichts bekannt sei."

Ein dilletantisches, stümperhaftes Observationsergebnis: die „ca. 20 Jahre alte Jutta" war meine damalige über 30 Jahre alte Freundin Anja, aktives SPD-Mitglied und Systemanalytikerin im Bundespresseamt. In den Zeiten, wo wir uns nicht sahen, führten wir oft stundenlange Telefongespräche, die alle aufgezeichnet wurden. Die 22jährige Jutta wiederum war meine damalige Sekretärin, deren Ehemann Paul mir in den Ermittlungsakten als „Sekretär" untergeschoben wird, vielleicht weil seine Personalien „Paul Woods, geb. in Amsterdam, britischer Staatsangehöriger" vielversprechender erschienen.

Später scheint Beisemann seinen Irrtum erkannt zu haben, denn aller Wahrscheinlichkeit nach setzt er oder seine Dienststelle jetzt auf Anja den ersten „Agent provocateur" an: Rolf Mauer, wie man inzwischen weiß neben Ruhland der wichtigste Spitzel und Belastungszeuge in der Baader-Meinhof-Szene. Als Jugendlicher wegen Mordes zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, wird er vorzeitig freigelassen und in der Baader-Meinhof-Gruppe zum Provokateur aufgebaut. Ich erlebe ihn, wie er sich unter einem Vorwand zu Anjas Wohnung Zugang verschafft hat und auf die Mitleidstour versucht, bei ihr zu landen. Er scheint auch über mich genauestens instruiert worden zu sein, denn er wartet sogleich mit Detailkenntnissen und Fangfragen auf. Er versucht mich zu ködern, indem er mir vorschlägt, eine Art Lebensbeichte bei mir abzulegen, die ich veröffentlichen soll. Ich lehne ab. Damals lebt er bereits auf Kosten der Sicherungsgruppe in einem kleinen Hotel bei Bad Godesberg. Jeden zweiten Tag wird ihm von einem Beamten der Sicherungsgruppe ein Handgeld ausgezahlt, sein Sold, für den er manchmal tagelang in einem präparierten Lieferwagen vor irgendeine Haustür gesetzt wird, um Ein- und Ausgehende zu identifizieren. Er bekannte mir gegenüber damals offen: „Ich bin von Beruf Belastungszeuge. Ich sage ihnen alles, was sie von mir hören wollen, das ist weniger anstrengend für mich, denn sonst biegen sie meine Aussagen in ihren Protokollen doch immer in die Richtung, die ihnen am günstigsten erscheint." Nur bei Margit Schiller, sagte er, hätte er Gewissensbisse, er hätte mit ihr zusammengelebt und liebe sie immer noch.

Lauscher bei der Arbeit (oben), Auftraggeber (unten)

Dr. Günther Bähr, leit. Oberstaatsanwalt in Köln

Dr. Josef Bellinghausen, Polit. Dezernat

„23. 6. 1975: Bei den Ermittlungen wurde vertraulich bekannt, daß Wallraff u. a. mit einer Dame verkehrt, die vermutlich im Hause Unter Taschenmacher 6 in Köln wohnt. Um welche Person es sich handelt, konnte noch nicht geklärt werden... Ein Schild auf der Klingelleiste trägt den Namen R., klein daneben ist der Name K. R. und K. sind nicht für das Haus gemeldet. Amtlich festgestellt wurde, daß für das Haus für einen Dr. K. ein Telefonanschluß besteht."

Beisemann recherchierte im folgenden über diesen K. Er recherchierte über einen Toten. K. war zu diesem Zeitpunkt bereits über zwei Jahre tot.

Wie ich inzwischen ermittelt habe, bedeutet die Tatsache, daß ich einige Male in diesem Haus zu Besuch war, für den afrikanischen Studenten R., den ich zuvor nicht gekannt habe, auch nach der Einstellung dieses Verfahrens und nach der Strafversetzung des politischen Staatsanwaltes nach wie vor Observation. Wenn er frühmorgens um vier zu seiner Arbeitsstelle, einer Großbäckerei geht, folgen ihm häufig Beamte in Zivil. Wenn er mit einem Sack frischer Brötchen vormittags nach Hause kommt, ist er bereits mehrere Male von einer Polizeistreife kontrolliert worden.

„24. 6. 1975. Vertraulich wurde hier folgende weitere Kontaktperson des Wallraff bekannt, die vorsorglich festgehalten wird: F., Dagmar, geb. 7. 5. 19 in Köln (richtig ist 7. 5. 1949, G. W.), 5 Köln 1, Sedanstr. 2, Bei E., Tel.: 72 97 07. Die F. ist am 19. 3. 74 von der Blumenthalstr. 56 zur Sedanstr. 2 zur Ummeldung gekommen. Bisher keine Erkenntnisse. Die Art der Verbindung konnte noch nicht in Erfahrung gebracht werden."

Eins von Dutzenden willkürlicher Observationsergebnissen. Dagmar F. suchte mich – wie viele Informanten – einmal auf und war etwa eine halbe Stunde in meiner Wohnung. Ich habe sie vorher nie gesehen und sie auch nachher nie wiedergetroffen. Soweit ich mich erinnere, war es eine PH-Studentin. Ich kann nur hoffen, daß sie als meine „Kontaktperson" bei ihrer Verbeamtung nicht unter den Radikalen-Erlaß fällt.

„22. 8. 1975. Nach hier eingegangener vertraulicher Mitteilung war Wallraff in der Zeit vom 20. 7. 75 bis 20. 8. 1975 verreist.

(Aufenthaltsort unbekannt.) Das unter der gleichen Anschrift befindliche Büro war von einer Dame besetzt, die einen grünen Pkw Citroen-Entlein benutzt. Das Kennzeichen wurde nicht genannt."

Wir machten Familienurlaub in Portugal.

Am 18. 11. 1975 notiert Beisemann:
„Nach vertraulicher Mitteilung ist Wallraff vermutlich verreist."
Am 21. November:
„Wallraff ist nicht verreist."
Und am 10. Dezember:
„Neue Erkenntnisse sind über G. Wallraff nicht angefallen. Die Ermittlungen werden fortgesetzt."

Heiße Spur am 18. 11. 1975:
„Vertraulich wurde hier bekannt, daß eine Funkstreifenbesatzung der Schutzpolizei am 8. 10. 1975 in Wallraffs Haus eingeschritten ist, und zwar nach 23 Uhr. Einer der Streifenwagen-Beamten teilte heute auf Telefonanfrage folgendes über den Einsatz mit. Hilfeersuchender sei der Onkel des Wallraff, der im Nachbarhaus wohnende Herr P. gewesen, der mit Wallraff in Streitigkeiten lebe. Herr P. habe erklärt, daß jemand auf dem Dach des Hauses herumklettern würde. Die Beamten haben festgestellt, daß es sich bei dem Kletterer um Wallraff handelte. Wallraff habe den Sachverhalt wie folgt zugegeben. Er habe sich zusammen mit einer Dame, deren Name nicht von der Polizei festgehalten wurde, aus dem im 3. Stock des Hauses gelegenen Teil der Wohnung auf das Dach des Hauses begeben, um von dort den Abendhimmel zu betrachten. Die Dame habe sich auf die Dachrinne gesetzt. Er selbst sei aus einer Laune heraus auf dem Dach herumgelaufen. Maßnahmen wären nicht erforderlich gewesen, gab der Kollege abschließend an."

In Wirklichkeit war folgendes geschehen. Meine noch junge Katze war vom Dachfenster aus aufs Dach gestiegen und saß dort verzweifelt miauend auf dem Kamin. Ich war ihr nachgeklettert, um sie vorm Absturz zu bewahren.

„11. 9. 1975: Wallraff ist zur Zeit in Köln. Heute soll er in seiner Wohnung eine Anzahl von weiblichen und männlichen Personen empfangen haben, die mit einem schwedischen Kleinbus angereist sind".

Bei den mutmaßlichen Terroristen handelte es sich um die schwedische Kollegin Gunilla Ambjörnsson, die mit einer Theatergruppe angereist war, um sich in meinem Archiv für ein geplantes Theaterstück über die Krupp-Werke umzusehen.

Die schwedische Kollegin Vivica Granten, die mich für den schwedischen Rundfunk und einige Zeitungen interviewte, mußte wegen des Besuchs bei mir einen halben Tag länger in der Bundesrepublik bleiben. Sie war von Köln aus weiter nach Hannover gereist, deponierte ihr Gepäck im Schließfach und besuchte Freunde. Als sie zurückkam, war ihr Schließfach leer, auf einem Zettel wurde sie aufgefordert, sich bei der Polizei zu melden. Die eröffnete ihr, in ihrem Schließfach sei aufgrund eines Hinweises eine Bombe vermutet worden. Deshalb habe man ihr Gepäck sichergestellt.

„18. 11. 1975: Vertraulich wurde mir heute mitgeteilt, daß Wallraff inzwischen wieder in seine Wohnung zurückgekehrt sei, und zwar mit seinem Pkw. Er wurde am 17. 11. 1975 gegen 19.30 Uhr wiedergesehen. Gegen 0.30 Uhr verließ er das Haus wieder, war aber am Morgen des heutigen Tages wieder zurück. Dies wurde daraus geschlossen, daß heute vormittag sein Pkw wieder in der Nähe des Hauses parkte. Sein Äußeres soll W. in letzter Zeit nicht mehr verändert haben."

Am 12. 12. 1975 schneidet Beisemann einen Zeitungsartikel aus; einen Bericht über meinen Gerling-Prozeß vor dem Kölner Amtsgericht.
„Auf dem Lichtbild des vorgehefteten Zeitungsartikels ist neben Wallraff der Rechtsanwalt Heinrich Hannover aus Bremen zu sehen. RA Hannover – Schwager von Dr. Drück, früher Referent des WDR-Intendanten Klaus von Bismarck, Dr. Drück ehemals Führungsfunktionär des Republikanischen Clubs in Köln – ist mir persönlich als erster Verteidiger von Ulrike Meinhof nach ihrer Festnahme in Hannover-Langenhagen bekannt."

Beisemann scheint seinen eigenen Spitzeln nicht mehr so recht zu trauen, lauter lückenlose Indizien, aber immer noch nicht der ganz große Fang. Also macht sich Beisemann selber auf die Socken, – noch ein Indiz:

„22. 6. 1976: Wallraff wurde heute um 17.55 Uhr von mir gesehen, als er das Haus des Kabaretts ‚Die Machtwächter' in der Apostelnstraße in Köln verließ und den auf dem Parkplatz Gertrudenstraße abgestellten Pkw Audi (gelb) K-LZ 694 bestieg, der für ihn seit dem 17. 12. 1975 zugelassen ist."

Die Spitzel vor meiner Haustür waren mir langsam vertraut geworden. Sie saßen oft stundenlang in ihren Mittelklassewagen direkt vor meiner Haustür. Wenn es kalt war, stellten sie ihren Motor an, so daß es mich bei der Arbeit störte; einem Älteren bot ich – auch aus Mitleid – einmal an, doch in die Wohnung zu kommen und sich bei mir aufzuwärmen, er bekäme dann auch viel mehr aus erster Quelle mit. Er schien das nicht als menschliche Geste, sondern als Beleidigung zu empfinden, denn anstatt sich wenigstens zu bedanken, hielt er sich wortlos eine zerlesene Zeitung vom Vortag vors Gesicht.

Die nichtmotorisierten Spitzel vor der Haustür erkennt man leicht an ihrer unsteten schlendernden Gangart. In unserer hektischen Zeit fällt ihr zielloses Gehen direkt auf. Wenn sie stehen, stehen sie nicht wie jemand, der auf jemanden wartet und damit eine gewisse Spannung und Konzentration zum Ausdruck bringt. Sie stehen nicht richtig, gehen aber auch nicht richtig, ihr Gehen hat keine Richtung und ihr Stehen keinen Standort. Sie sind unübersehbar. Einmal ertappte ich einen, als er mit seinen Fingern in meinem Hausbriefkasten herumfischte und mehrere Briefe bereits halb herausgezogen hatte.

Ich nehme nicht an, daß das Klauen von Briefen und die damit verbundene Verletzung des Postgeheimnisses mit zu seinem Auftrag gehörte, aber so ein Spitzel, der nie richtig fündig wird, entwickelt natürlich auch seinen Ehrgeiz und unternimmt dann vor lauter Verzweiflung und Frustration mal was auf eigene Faust. Ich kann das gut verstehen, denn wenn er mich als gemeingefährlichen Terroristen dargestellt bekommen hat, ist bei so einem das Klauen von Briefen kaum ein Delikt, vielmehr das gewissenhafte Sammeln weiterer Spuren, denn es ist davon auszugehen, daß sich Berufsterroristen in ihrer Korrespondenz zumindest verschlüsselt über geplante Sprengstoffattentate verständigen. ■

Im nächsten Heft beschreibt Wallraff, wie an seinem Pkw ein Rad-Splint entfernt wurde, wie Schneidewind in seine Wohnung eindrang, wie er überredet werden sollte, den Gerling-Konzern in die Luft zu sprengen und wie Kommissar Klein das mit dem Vollmond erklärte...

162. Geschichten von Arbeitern und Jugendlichen aus der DDR. „Nichts trifft sie mehr, als wenn wir beginnen, über unsere Erfahrungen zu reden."
112 Seiten. DM 8

152: Ursachen und Vorwände für den Ausbau des „Staatsschutzes". Mit ausgewerteten Gerichtsurteilen, Gesetzen, Protokollen, Polizeizeitschriften – und den Ängsten der Minister.
160 Seiten. DM 8 (Abo: 7)

145: Ein Buch, das die Diskussion über die Möglichkeiten der Linken in der BRD wieder auf die Füße stellt. Grundlage für eine materialistische Selbstkritik.
272 Seiten. DM 12 (Abo: 11)

161: Über das Ausweichen vor dem Klassenkampf und die Tradition des Wohlverhaltens der SPD in Fragen des Streiks und der parlamentarischen Taktik.
128 Seiten. DM 7 (Abo: 6)

Rotbücher

Verlag Association GmbH

H. Strohm
Friedlich in die Katastrophe
Eine Dokumentation über Kernkraftwerke

Seit der 1. Auflage 1973 inzwischen zum *Handbuch* der Gegner der Kernenergie geworden, erscheint das Buch nun in der 4. Auflage im 21. Tausend. Wir konnten deshalb den Preis herabsetzen.
500 Seiten, statt DM 16,– **nur noch DM 13,–**

REIHE POLITISCHE ÖKOLOGIE

Heft Nr 6
Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe
BROKDORF – Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden!
Erfahrungsbericht über den Kampf gegen das KKW Brokdorf, bis hin zum (vorläufigen) Höhepunkt in dem spektakulären Marsch der 40 000 im November 76. Mit zahlreichen Fotos und Dokumenten, insbesondere über den brutalen Polizeieinsatz gegen die Demonstranten.
ca. 160 S., ca. DM 8,–

Heft Nr 7
H. Strohm, Hrsg.
Schnelle Brüter und Wiederaufbereitungsanlagen
Mit Beiträgen von international anerkannten Wissenschaftlern, u. a. Gofman, Tamplin, Thurkauf, Wold ...
ca. 150 S., ca. DM 10,–

Heft Nr. 8
G. Dreyer/H. Vinke
Absolute Sicherheit oder verbrannte Erde
Der Kampf gegen die Atommülldeponie im Emsland
ca. 160 S., ca. DM 10,–

Verlagsprospekt anfordern!

2 Hamburg 13 Postfach 13 22 51

Die zornigen alten Männer

Es gibt sie noch, die Männer, denen die antifaschistische Erfahrung in den Knochen steckt. Denen das Wirtschaftswunder kein Loch in den Kopf gefressen hat. Sie haben sich nicht wie die meisten Politiker, die 1974 noch ganz anders wollten, angepaßt oder abgefunden. Während Westdeutschland seine Nachbarn schon wieder das Fürchten lehrt, vergleichen sie beharrlich das damals Gewollte mit dem heute Gemachten.
Hermann Vinke befragte zum Start der KONKRET-Serie „Die zornigen alten Männer" im November den Theologen Helmut Gollwitzer. Jetzt antwortet der ehemalige Westberliner Bürgermeister, Pastor Heinrich Albertz

KONKRET: Herr Albertz, Sie sind ein politischer Pastor und Sie haben als Pastor Politik gemacht. Es sind jetzt neun Jahre her, seit Sie das Amt des Regierenden Bürgermeisters aufgegeben haben. Ist seither Ihre Distanz zur gesellschaftlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik eher größer als kleiner geworden? Könnten Sie heute, falls Sie es wollten, noch ein Staatsamt übernehmen? Oder müßten Sie damit rechnen, als ein Radikaler abgelehnt zu werden?

Albertz: Das ist ja eine ganz irreale Frage, aber ich fürchtete schon, daß es schwierig würde, weil sich inzwischen herumgesprochen hat, daß ich nicht mehr ganz überzeugt bin, daß wir mit den Strukturen, in denen wir einmal mit großer Hoffnung begonnen haben, die Bundesrepublik Deutschland aufzubauen, wie heißt das heute so schön: die Zukunft meistern können. Und weil ich mich ja auch in schlechte Gesellschaft begeben habe und das auch ganz bewußt tue und diese idiotische Abgrenzung überspringe. Ich gebe allerdings zu, daß ich es mir auch leisten kann. Ich weiß, daß es andere viel schwerer haben als ich.

KONKRET: Sie haben nach dem Tod von Ulrike Meinhof gesagt, es sei ein objektiver Tatbestand, daß die Bundesrepublik sich zu einem Polizeistaat formiere.

Albertz: Ja, das hat man mir sehr übel genommen. Vielleicht ist das auch, wie bei einer solchen Äußerung immer, ein bißchen verkürzt gesagt. Was ich sagen wollte, ist, daß wir in den letzten Jahren – und das haben eben auch die mit erreicht, die uns die Sorgen machen in der Terroristen-Szene oder anderswo –, in eine Entwicklung hineinbegeben, in der Sicherheit vor Freiheit steht und Festhalten an Altem vor dem Versuch, auch mal etwas Neues zu wagen, und Angst und Mißtrauen anstelle von Selbstvertrauen zur demokratischen Entwicklung. Und dann habe ich natürlich auch gemeint – eine Sache, die ja gar nicht bösartig verstanden werden kann –, daß einfach schon die technische Entwicklung, in der wir drin sind, also alles, was im Sicherheitssektor unter Datenverarbeitung und elektronischen Möglichkeiten neu auf uns zugekommen ist, eben die schlimme Zukunftsvision von „1984", dem berühmten Buch, sehr, sehr handfest erscheinen läßt. Wenn ich mir vorstelle, daß jetzt bei einer Überprüfung einer Fahrt von mir oder anderen in einem Auto innerhalb von wenigen Minuten festgestellt werden kann, wer da drin sitzt und woher das Auto kommt, dann ist das schon beunruhigend.

KONKRET: Sie haben mal gesagt, wir werden soviel Staat erleben, daß uns die Augen übergehen. Ist das schon der Zustand von heute?

Albertz: Naja, wir sind in dieser Entwicklung mitten drin, finde ich.

KONKRET: Hat sie an Tempo gewonnen?

Albertz: Sie hat rapide an Tempo gewonnen. Man braucht ja bloß die Zahlen zu sehen, die etwa im Gebiet der inneren Sicherheit an Personal und an finanzieller Ausstattung und an technischer Ausstattung in den letzten Jahren auf uns zugekommen sind. Es gibt Leute, die nach immer mehr solchen Möglichkeiten rufen. Und das beunruhigt mich.

KONKRET: Wer ist dafür verantwortlich?

Albertz: Also, die Anarchisten natürlich. Und dann die, die Anarchisten benutzen. Es ist doch nach meiner Einsicht ein Zusammenspiel. Aber vielleicht ist es auch schon gefährlich zu sagen, daß hier in einer fast perfekten Weise extreme Leute, die meinen, mit Gewalt die Ordnung ändern zu können, und Reaktionäre sich gegenseitig in die Hand arbeiten.

KONKRET: Wo sind die Reaktionäre angesiedelt?

Albertz: Überall da, wo Machtstrukturen im wesentlichen ökonomischer, wirtschaftlicher Art die Szene der Bundesrepublik Deutschland fest in der Hand halten wollen und die also in dem ganzen weiten Feld z. B. der, wie ich meine, überholten Vorstellung von der freien Verfügung über Eigentum im breitesten Sinne des Wortes aufrechterhalten wollen, die die Freiheit der Ellenbo-

gen, des Stärkeren ist. Nicht eine Freiheit, die sich den Interessen der Gesamtheit und der Schwächeren verpflichtet. Das klingt sehr theoretisch, aber das ist ja doch ganz praktisch. Wir erleben es auf allen Gebieten. Ob das also Umweltverschmutzungs- oder Berufsbildungsfragen sind oder Mitbestimmungsfragen; das hängt ja doch alles miteinander zusammen.

KONKRET: Sie haben fünf Anarchisten damals nach Aden begleitet.

Albertz: Einer ist wieder eingefangen.

KONKRET: Werden Sie diesen einen besuchen?

Albertz: Das weiß ich nicht. Wenn er mich darum bitten würde, ganz bestimmt. Aber worauf ich mich zubewegt habe, das waren ja nicht die Anarchisten. Das war die breite Front der linken Gruppen, die entweder tief kritisch oder schon in einer fast ausweglosen Resignation in der Gefahr waren, völlig abzudriften. Das waren die Gruppen, mit denen ich in den letzten Jahren im wesentlichen zu tun hatte und auch noch weiter zu tun habe. Dazu gehören auch Leute, die in Vereinigungen oder Gruppen sind, die zwar nicht verboten sind, aber die auf den schwarzen Listen stehen, die solche Leute zusammengestellt haben, die glauben darüber befinden zu können, was verfassungsfeindlich ist.

KONKRET: Möchten Sie denn von sich aus mit Pohle sprechen?

Albertz: Ich würde ihn gerne wiedersehen, ja.

KONKRET: Warum?

Albertz: Weil ich ihn in diesen ganz schwierigen Stunden in Frankfurt und im Flugzeug und dann auf dem Platz in Aden als einen Menschen kennengelernt habe, mit dem es sich lohnt, zu sprechen. Das kann man ja heute eigentlich gar nicht mehr öffentlich sagen.

KONKRET: Kann man über dieses Thema überhaupt noch reden?

Albertz: Sehr schwer. Es ist ja so von, wie ich zugebe, verständlichen Emotionen überlagert, und es ist durch die Ereignisse, die wir nun gerade hinter uns haben, so hektisch und so giftig geworden, daß man zunächst mal überhaupt nichts dazu sagen kann, ohne an den Anfang die Selbstverständlichkeit zu stellen, daß man gegen Terror ist. Dies sage ich hier, obwohl es mich langsam ankotzt, das immer wieder zu sagen, und es als eine Unverschämtheit empfinde, daß das in Frage gestellt wird. Daß einem dann so Sachen passieren, wie jetzt gerade nach der Flucht der Terroristinnen in Berlin, daß dann eine Zeitung einem ins „Stammbuch" schreibt, die jungen Frauen wären wohl erstmal zu einem Anstandsbesuch bei mir erschienen. So vergiftet ist das ja. Also dieses vorweg gesagt, sage ich immer weiter und der öffentlichen Meinung von mir aus ins Angesicht, daß diese Terroristen, Anarchisten oder wie immer man sie nennen will, diese Leute, die bewußt Verbrechen begehen, nicht vom Himmel gefallen sind.

KONKRET: Was heißt das?

Albertz: Das heißt, daß wir eine Mitverantwortung dafür haben, daß es diese jungen Leute gibt. Daß es, um auf Pohle zurückzukommen, überhaupt möglich war, daß der Sohn eines ordentlichen Professors für Strafrecht in München mit einer humanistischen Ausbildung, ein intelligenter, höflicher und liebenswerter Mensch, auf einen solchen Weg geriet. Daß wir es nicht geschafft haben, solche Leute festzuhalten oder ihnen so nachzugehen, daß sie eben nun nicht in neue Gewalttaten hineinmarschieren. Wobei mir völlig klar war, daß die fünf Leute, mit denen ich es da zu tun hatte, schon nicht mehr zurückzuholen waren. Aber daß es sich dabei um Menschen handelt, die zu der Gesellschaft gehören, in der wir leben, auch wenn sie sie umzubringen wünschen. ■

Die KONKRET-Serie beruht auf Interviews, die Hermann Vinke zuerst für den NDR führte.

Heinrich Albertz

geboren 1915 in Breslau, schloß sich schon vor 1933 der SPD an. Als Vikar und Pfarrer der Bekennenden Kirche wurde er von den Nationalsozialisten mehrfach verhaftet und schließlich 1941 an die Front geschickt. 1943 wurde er wegen eines Fürbitte-Gottesdienstes für den NS-Gegner Martin Niemöller zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt. Nach 1945 ging er wieder zur SPD – als Funktionär und Politiker: Er wurde Flüchtlingsminister in Niedersachsen, später Sozialminister, Senatsdirektor in Westberlin, Innensenator unter Willy Brandt und schließlich, nach Brandts Eintritt in Bonns Große Koalition, Regierender Bürgermeister. In seine Amtszeit fiel die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg. Als Albertz die Westberliner SPD zu mehr Verständnis gegenüber den Forderungen der Apo drängte, bereitete die Partei-Recht seinen Sturz vor. Im September 1967 trat Albertz zurück, im Herbst 1970 verließ er die Berliner SPD.

Erklärung der Häftlinge von Stammheim

Der Schauprozeß

Dieser authentische Text, verfaßt von den Angeklagten im Stammheimer Prozeß, entstand auf Fragen eines freien Mitarbeiters von „Le Monde Diplomatique" und anderer französischer Zeitungen. Der politische Teil wurde den Anwälten von den Gefangenen beantwortet, weil die Veröffentlichung von Texten der Gefangenen in der BRD praktisch nicht möglich ist. KONKRET veröffentlicht ihn als Dokument der Zeitgeschichte.

I. Mord an Ulrike?

In den Akten ist die Geschichte des Mordes an Ulrike dokumentiert. Die Regierung versucht seit sechs Jahren über den Generalbundesanwalt die Gefangenen aus der RAF und wesentlich Ulrike und Andreas als ein Beispiel und eine Funktion des Widerstands gegen die institutionelle Strategie des neuen Faschismus unter Einsatz aller Mittel politisch und moralisch ;„auszutilgen", wie Schmidt programmatisch in einer Regierungserklärung formulierte.

Das Konzept zu Ulrike war, seit es die RAF gibt, erst Personalisierung und dann Pathologisierung revolutionärer Politik. Sie sollte deshalb nach ihrer Verhaftung im toten Trakt gebrochen und vor dem Prozeß psychiatrisiert werden. Nach ihrer Verhaftung wurde sie auf Weisung der Bundesanwaltschaft vom 16. 6. 1972 bis zum 9. 2. 1973 – das sind 237 Tage – in einem toten Trakt, also totaler akustischer Isolation, gefangengehalten. Das war in dem Gefängnis, in dem der Staatsschutz Gefangene in der Phase des Verhörs und der „Vorbereitung der Prozesse" unterbringt. Es ist Folter äußersten Grades. Kein Mensch kann längere Zeit ein akustisches und soziales Vakuum ertragen. Das Zeitgefühl und der Gleichgewichtssinn werden zerstört. Zum System der weißen Folter gehört, daß die Qual des Gefangenen mit der Dauer der Folter nicht abnimmt, sondern sich potenziert. Das Ergebnis ist schließlich eine irreversible Gehirnwäsche, die zuerst die Kontrolle des Gefolterten über das, was er redet, auflöst. Seine Fähigkeit, auch nur einen einzigen Gedanken zu fassen, wird zerstört. Übrig bleibt ein unverletzter Körper, den man vorführen kann.

Das Programm stand während der ganzen Zeit unter der Kontrolle der Bundesanwaltschaft und des Staatsschutzpsychiaters Götte. Aber Ulrike hat diese 237 Tage überstanden, weil sie gekämpft hat. Jeder von uns konnte feststellen, daß ihr Bewußtsein und ihr Wille ungebrochen waren.

Eine andere Gefangene aus der RAF, Astrid, die vorher drei Monate im Trakt war, hat sich davon – auch nach ihrer Entlassung – das war vor drei Jahren – nicht mehr erholt. Sie ist bis heute schwer krank.

Die Bundesanwaltschaft ging davon aus, daß Ulrike im Trakt zusammenbrechen würde. Am 4. 1. 73 schreibt Buback, der Generalbundesanwalt, daß Ulrike „zur Vorbereitung eines Gutachtens über ihren Geisteszustand in eine öffentliche Heil- oder Pflegeanstalt" eingewiesen werden soll. Die Öffentlichkeit, die die Verteidiger mobilisieren konnten, hat das damals gerade noch verhindert. Aber die Bundesanwaltschaft hat ihr Ziel, Ulrike für geisteskrank zu erklären, trotzdem zäh weiter verfolgt:

Andreas Baader

Jan Carl Raspe

Gudrun Enßlin

Buback beauftragt den Justizpsychiater Witter am 18. 4. 1973 mit einem Gutachten über die Zurechnungsfähigkeit von Ulrike. In diesem Brief heißt es: „Nach dem bisherigen Verhalten von Frau Meinhof erscheint ihre Mitwirkung an einzelnen Untersuchungen und ihre Einwilligung zu bestimmten Eingriffen fraglich. Sollten zur Erstattung des Gutachtens einzelne Eingriffe erforderlich werden, so bitte ich, dies mir unter genauer Angabe der für notwendig erachteten Untersuchung mitzuteilen, damit gemäß § 81 StPO eine entsprechende richterliche Anordnung eingeholt werden kann. Wenn die Hinzuziehung eines Neurochirurgen erforderlich sein sollte, rege ich an, von dort aus den Direktor der neurochirurgischen Universitätsklinik in Homburg, Herrn Prof. Dr. Loew, um seine Mitwirkung zu bitten."

Der Griff nach dem Gehirn Ulrikes wird hier offensichtlich. Loew ist Direktor eines der beiden Institute für Neurochirurgie in der BRD, in denen mit Verhaltenschirurgie an Gefangenen experimentiert wird*).

Witter verlangt in seiner Antwort zuerst eine Röntgenaufnahme des Schädels und eine Szintigraphie. Aber er erklärt im gleichen Brief der Bundesanwaltschaft, daß die Untersuchungen auch in Narkose durchgeführt werden können, falls Ulrike „ihre Mitarbeit" – so wörtlich – „verweigern sollte". Was mit diesem Eingriff beabsichtigt ist, ergibt sich aus einem Brief vom 27. 8. 1973 an den Generalbundesanwalt. Es heißt da: „Vor allem hätte sich durch den Nachweis einer Hirngewebsgeschwulst auch eine vitale Indikation für einen *therapeutischen operativen Eingriff* ergeben können."

„Vitale Indikation" heißt hier nur, daß für die Kretinisierung weder die Einwilligung der Gefangenen noch der Verwandten gebraucht wird. Der Psychiater entscheidet „nach Ermessen" über die Ver-

*) Psychochirurgie ist definiert als „Neurochirurgische Operationen:
1. An normaler Gehirnmaterie eines Menschen, der unter keinen körperlichen Krankheiten leidet, die mit der Absicht vorgenommen werden, das Verhalten oder die Emotionen dieses Menschen zu verändern;
2. An kranker Gehirnmaterie eines Menschen, wenn das einzige Anliegen des Eingriffs ist, sein Verhalten zu ändern, zu kontrollieren oder zu beeinflussen." (National Commission for the Behavioral Research, nach Koch, Chirurgie der Seele, S. 204)
Psychochirurgische Eingriffe sind inzwischen in Japan, in den USA und allen westeuropäischen Ländern mit Ausnahme der BRD geächtet oder gesetzlich verboten. Vogel allerdings schreibt am 25. 5. 75 an die Landesjustizverwaltung: „Die grundsätzliche Frage nach den Grenzen manipulierender Eingriffe ins Gehirn sollte zuerst im ärztlichen und juristischen Bereich diskutiert werden. Die Frage der stereotaktischen Operation ist zu spezieller Natur, als daß jene Grundsatzfrage..., ob bereits der Zeitpunkt gekommen ist, die stereotaktische Operation zum Gegenstand gesetzlicher Vorschriften zu machen, an dieser Stelle bereits entschieden werden könnte." (Koch: „Chirurgie der Seele", S. 206)

stümmelung durch Stereotaxie. Der Eingriff wird dann auf Antrag der Bundesanwaltschaft vom Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs durch Beschluß angeordnet. Mit dem Zusatz: „Diese Maßnahmen dürfen auch gegen den Willen der Beschuldigten, erforderlichenfalls unter Anwendung unmittelbaren Zwangs und unter Narkose durchgeführt werden."

Die ganze Sache scheitert schließlich an den massiven Protesten der internationalen Öffentlichkeit und vieler Ärzte. Um einen geordneten Rückzug bemüht, erklärt die Bundesanwaltschaft, sie hätte erst jetzt von der bereits 1968 im „Zentralblatt für Neurochirurgie" und 1972 im „Stern" veröffentlichten Krankengeschichte Ulrikes erfahren.

Das ist eine dumme Lüge, denn nach den Akten ist Ulrike 1972 bei ihrer Verhaftung anhand der Röntgenbilder dieser Krankengeschichte vom Staatsschutz identifiziert worden.

Ulrike kam danach noch zweimal in den toten Trakt – vom 21. 12. 73 bis zum 3. 1. 74 allein und vom 5. 2. 74 bis zum 28. 4. 74 zusammen mit Gudrun. Aber die Unterbringung der beiden Gefangenen im toten Trakt stieß auf so starken internationalen Protest, daß die Regierung ihren Plan, Fundamentalopposition in der Bundesrepublik durch die Psychiatrierung Ulrikes als Krankheit darzustellen, fallenlassen mußte. Das Projekt, als „ruhige und entschlossene Behauptung des Normalzustandes" (Brandt) den durch Folter und Psychochirurgie zerstörten politischen Kopf in einem Schauprozeß vorzuführen, war gescheitert. Das ist die Vorgeschichte.

Alle Tatsachen, die wir jetzt nach und nach erfahren, sagen, Ulrike ist in der Nacht vom 8. zum 9. Mai ermordet worden, weil die jahrelange Tortur ihre politische Identität, ihr revolutionäres Bewußtsein, ihren Willen zu kämpfen, nicht zerstören konnten.

Die Inszenierung des Selbstmordes folgt dabei genau den Linien der psychologischen Kriegsführung, die der Staatsschutz seit 1970 entwickelt hat – die physische Liquidierung wird als Funktion der maßlosen Hetz- und Counterinsurgencykampagnen zur politischen Vernichtung der RAF in Szene gesetzt. Buback, der Generalbundesanwalt, hielt vor zwei Monaten das zweite Paket von überstürzt verabschiedeten Sondergesetzen zu diesem einen Prozeß für nicht mehr opportun, denn:

„Wir brauchen keine Zuständigkeitsregelung. Der Staatsschutz lebt davon, daß er von Leuten wahrgenommen wird, die sich dafür engagieren. Und Leute, die sich dafür engagieren wie Herold und ich, die finden immer einen Weg. Wenn sie eine gesetzliche Regelung haben und sie mal strapazieren müssen, funktioniert sie ja meistens doch nicht."

Und Herold, der Präsident des Bundeskriminalamtes, gab auf einer Tagung zum Problem dieser Gefangenen von sich: „Aktionen gegen die RAF müssen grundsätzlich so abgewickelt werden, daß Sympathisantenpositionen abgedrängt werden."

Ein Indiz: Vier Stunden nach ihrem Tod läßt die Bundesanwaltschaft über die Presse Gerüchte über ein Motiv verbreiten: „Spannungen innerhalb der Gruppe", „tiefgreifende Differenzen" usw.

Und: Diese Erklärung der Bundesanwaltschaft war nicht neu. Sie ist in der *wörtlich* identischen Formulierung schon einmal, 1971, also vor fünf Jahren, vom Staatsschutz in einer Desorientierungskampagne verbreitet worden. Damals hieß es: Ulrike Meinhof hätte sich wegen „Spannungen", „tiefgreifender Differenzen" innerhalb der RAF umgebracht.

Aber die letzten Briefe Ulrikes und die Erfahrungen aller, die die Gruppe kennen – auch die Erfahrungen aller Anwälte, die sie in den letzten zwölf Monaten gesehen haben – beweisen, daß die Beziehungen in der Gruppe intensiv, liebevoll, diszipliniert, frei zueinander waren. Jeder konnte das sehen.

Vor fünf Jahren, 1971, war Ulrike für den Staat nicht erreichbar. Sie war frei, weil sie illegal war. Sie wurde deshalb von der psychologischen Kriegsführung totgesagt. Als sie gefangen, legal war, wurde sie getötet, weil sie im Gefängnis, im Prozeß weitergekämpft hat.

Man muß sehen, zu welchem Zeitpunkt dieser Mord inszeniert wird: Die Gefange-

Warum druckt KONKRET diesen Text?

Es kann den Lesern von KONKRET nicht verborgen geblieben sein, daß diese Zeitschrift die Politik und die aus ihr gefolgten und folgenden Aktionen terroristischer Gruppen auf dem Boden der Bundesrepublik stets abgelehnt und publizistisch bekämpft hat. Daran hat sich nichts geändert und wird sich nichts ändern. So hält die KONKRET-Redaktion insbesondere die Darstellung der BRD und ihrer Staats- und Justizorgane als „faschistisch" für theoretisch falsch und praktisch-politisch gefährlich. Daran ändern die permanent rechtswidrige Behandlung der Angeklagten und ihrer Verteidiger so wenig wie die zumindest fahrlässige Tötung des Häftlings Holger Meins und die ungeklärten Todesumstände Ulrike Meinhofs. Anders als die Autoren des Stammheimer Textes und einige ihrer Anwälte geht KONKRET davon aus, daß die rechtswidrige Behandlung, die Sondergesetzgebung und der polizeistaatsmäßige Ausbau der Strafverfolgungs- und Geheimdienste den Stammheimer Angeklagten und ihren Verteidigern nur mittelbar gilt. So werden einerseits durch staatliche und justizielle Unrechtshandlungen Personen, die die Politik der Terroristen ablehnen, zu human-solidarischem Verhalten gezwungen. Sie können sodann als „Sympathisanten" verleumdet und der politisch-legalen Arbeit entzogen werden. Dieser Mechanismus tat seine Wirkung zum Beispiel bei der Diffamierung von Heinrich Böll oder von Volker Schlöndorff. Auch die Kriminalisierung von Anwälten und der dadurch hervorgerufene Bedarf an immer neuen Verteidigern, die durch die Beschäftigung mit BM für die Verteidigung z. B. von Opfern des Berufsverbots ausfallen, gehört in diese Strategie. Andererseits hat die Bekämpfung der von Politikern und Justiz längst als für den Bestand der herrschenden Ordnung als ungefährlich erkannten Handvoll Terroristen eine sonst politisch nicht durchsetzbare polizeiliche und geheimdienstliche Generalerfassung des gesamten links-oppositionellen Potentials in der Bundesrepublik ermöglicht. Jeder Studentenpfarrer, der einmal öffentlich für die Opfer des US-Krieges in Vietnam gebetet hat, ist heute in den Computerbögen von Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt festgehalten.

Warum also – bei so prinzipiell abweichender Einschätzung – steht dieser Text in KONKRET? Nach fünf Jahren Untersuchungshaft, zum Teil in Isolation, nach Dutzenden Sondergesetzen, nach zwei ungeklärten Todesfällen unter den Häftlingen, nach gelenkten Pressekampagnen voller Falschinformationen hat die demokratische Öffentlichkeit Anspruch, wenigstens **einmal** auch die andere Seite, die Betroffenen, zu hören. Die Urteile über die Stammheimer Häftlinge stehen seit Jahren fest – das juristische der Richter wie das politische der demokratischen Linken, die die Richter und ihre Politik in ihr Urteil einbeziehen.

KONKRET hat im September 1976 als einzige bundesdeutsche Zeitschrift auf die Fakten und Indizien hingewiesen, die dagegen sprechen, daß Ulrike Meinhof Selbstmord begangen hat. Eine internationale Untersuchungskommission, der so angesehene Leute wie Lelio Basso, Simone de Beauvoir, Bernadette Devlin, Panayotis Kannelakis, Denis Payot und Margarete von Trotta angehören, wird die Todesumstände in öffentlichen Hearings überprüfen. Anders als die Springer-Presse, führende Politiker aller Parteien, Polizei und Justiz hat sich KONKRET stets geweigert, einen nicht überführten Mordverdächtigen Mörder zu nennen. Auch dabei bleibt es. Soweit also in dem Stammheimer Text diese Grenze überschritten ist, werden diese Äußerungen von KONKRET zurückgewiesen.

Schließlich: Die in dem Text behauptete Unterstützung von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten in der Zeit nach 1945 durch den US-Geheimdienst entspricht den Tatsachen, nachzulesen in der CIA-Untersuchung von Marchetti/Marks, die bei der „Deutschen Verlagsanstalt", Stuttgart, erschienen ist. Die Wertung dieser Tatsachen macht sich KONKRET dennoch nicht zu eigen, zumal im US-Geheimdienst zur Zeit des Krieges und kurz danach auch bewährte Antifaschisten und Sozialisten wie Herbert Marcuse und Fritz Eberhard tätig waren. Die Ambivalenz dieser Politik bedarf einer sorgfältigeren Analyse als der im Text der Stammheimer vorgenommenen.

Die Red.

ATELIER IM BAUERNHAUS
2802 FISCHERHUDE

FISCHERHUDER TEXTE

Pelle Igel, Stiefel bleibt Stiefel
Lyrik u. Prosa des „roten Großvaters“ 5,80

Günter Demin, Aufbruch aus Villach
Erzählung zur Emanzipation 9,80

G. Schatzdorfer, Nichts gegen die Polizei
Epigramme und Kurzgeschichten 9,80

Hans Meier, Kolonie Raffgier
10 Erzählungen, Grafik: Nico Timm 9,80

J.-G. König, Verlieren ist kein Schicksal
Gedichte in Prosa, Grafik: W.-D. Stock 8,80

Otmar Leist, Jahre des Feuerteufels
Gedichte 8,80

Rudi Bergmann, Auf daß du es immer spürst... Liebesgedichte 8,80

BERUFSVERBOT, Lesebuch 14,80

NEUERSCHEINUNGEN 1977

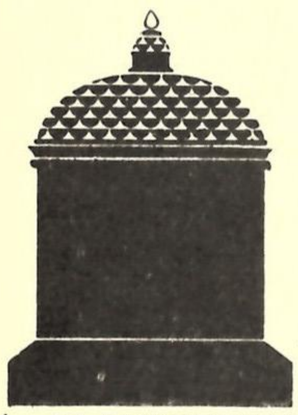
Wolfgang Bittner, Probealarm
Gedichte, Grafik: U. Evezard 9,80

J.P. Stössel, Der Grund zum Leben
Gedichterzählung, Grafik: Zingerl 12,80

STRAFJUSTIZ, Ein Lesebuch
Hrsg. Wolfgang Bittner ca. 16,80

Zingerl, Politische Karikaturen 12,80

Bestellen Sie beim Verlag bitte nur, wenn Ihre Buchhandlung Ihnen ein Buch nicht besorgen kann oder will!



GALERIE UND VERLAG
KAFFEE– UND TEESTUBE
SCHILDGASSE 19
TEL: 0911/22 57 30
8500 NÜRNBERG

Plakaterie

PLAKATERIE-REPORT Nr. 2 Bericht über unsere Tätigkeit im 2. Jahr – mit Auflistung aller Veranstaltungen, Zeitungskritiken, Gedichten, 24 Seiten broschiert
Best.-Nr. 1033 DM 1,–

Rudolf Sponsel, Der Charakter und sein Preis 166 Kurzbiografien von Revolutionären, Freiheitskämpfern, Frauenrechtlerinnen, Demokraten, 146 Seiten broschiert
Best.-Nr. 1021 DM 9,80

PLAKATERIE-FORUM – Zeitschrift für Kunst und Literatur
Mit Beiträgen und Werkfotos von Alf Schuler und Felicitas Frischmuth, 22 Seiten – DIN A 4 – broschiert
Best.-Nr. 1035 Normalausgabe DM 5,–
Vorzugsausgabe mit einem Siebdruck von Alf Schuler, signiert und numeriert von beiden Künstlern – Auflage 50 Stück
Best.-Nr. 1035 – sign. DM 20,–

Nürnberger Szene '76 – Die erste LP mit Gruppen und Einzelinterpreten der Nürnberger Musikszene Life – Mitschnitt eines Open-air-Festivals zu Gunsten von Amnesty International
Best.-Nr. 2005 nur DM 12,–

Lieferung nur gegen Vorauskasse oder Nachnahme. Zuzügl. Porto und Verpackung, solange der Vorrat reicht. Fordern Sie unseren Katalog an, der Ihnen kostenlos zugesandt wird.

Der Schauprozeß

nen haben vier Tage vorher Beweisanträge gestellt, an denen Ulrike wesentlich mitgearbeitet hat (am 11. Mai 72 hat die RAF das CIA-Hauptquartier in Frankfurt und am 24. Mai 72 das europäische Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Heidelberg angegriffen).

Sie thematisierten,

1. daß das Territorium der Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Bestehen strategische Basis der völkerrechtswidrigen agressiven Expansionspolitik der USA gegen dritte Staaten, gegen verfassungsmäßige Regierungen dritter Staaten und gegen antikoloniale, nationale und antiimperialistische Befreiungsbewegungen in dritten Regionen ist, indem u. a. alle relevanten offenen und verdeckten militärischen und nachrichtendienstlichen Operationen der USA gegen die Staaten des Warschauer Pakts, gegen parlamentarisch legitimierte Regierungswechsel in westeuropäischen Staaten, gegen antiimperialistische Befreiungsbewegungen im Nahen Osten, in Afrika und Südostasien von Basen der US-Geheimdienste auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland geplant, organisiert, begleitet, unterstützt bzw. überwacht worden sind,

insbesondere

a) daß das IG-Farben-Haus in Frankfurt am Main für mehrere US-Nachrichtendienste während der gesamten Dauer der völkerrechtswidrigen Agression der USA in Indochina als Hauptquartier fungierte;

b) daß diese US-Dienststellen im IG-Farben-Haus in Frankfurt am Main militärstrategischen Planungs-, Leitungs-, Koordinations- und Kontrollfunktionen sowohl im operativen wie im logistischen Bereich für den Einsatz des US-Militärkontingents in Indochina und für die Durchführung von geheimen Operationen der US-Nachrichtendienste in Indochina hatten;

2. daß die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland als Staat nach 1945 von den USA als Projekt ihrer expansiven Weltmachtstrategie durchgeführt und entwickelt worden ist,

insbesondere,

daß die nach dem zweiten Weltkrieg gegründete CIA als illegaler Arm der amerikanischen Außenpolitik direkt bzw. über zivile Tarnorganisationen bzw. über von ihr kontrollierte Wirtschafts-, Gewerkschafts-, Kultur- und Studentenorganisationen in der Zeit des kalten Krieges und später die Finanzierung von Parteien und Gewerkschaften in der Bundesrepublik, sowie die Schulung, Finanzierung und Förderung von Politikern und Funktionären aller relevanten politischen, ökonomischen und kulturellen Institutionen in der Bundesrepublik betrieben hat;

3. daß aufgrund der offenen und verdeckten, der direkten und indirekten Druckmittel in der Form völkerrechtswidriger Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik, durch die vollständige ökonomische, militärische und politische Hegemonie der USA über die Bundesrepublik die Regierungen Kiesinger/Brandt und Brandt/Scheel in die offenen und verdeckten Agressions- und Völkermordstrategien gegen die Befreiungsbewegungen der Staaten der dritten Welt, insbesondere in Indochina, verstrickt waren,

a) indem sie die Agression politisch, ökonomisch und propagandistisch unterstützen bzw. die Nutzung der militärischen Basen der US-Armee vom Territorium der Bundesrepublik aus ermöglichten;

b) indem sie als Subzentrum des US-Imperialismus über ihre eigenen Nachrichtendienste, ihren Export von Polizei und Militär, Waffen, Ausbildung, Technologie und Logistik, durch die Finanzierung von Parteien, Politik usw. und durch ökonomischen Druck selbst eine völkerrechtswidrige Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der dritten Welt, insbesondere Indochinas und der europäischen Peripherie entwickelt hat;

4. daß die Bundesrepublik Deutschland

a) aus den Bedingungen ihrer Entstehung als Produkt der Diktatur der alliierten Militärregierungen unter Führung der USA,

b) aus den Konditionen und Auflagen, aufgrund derer die Rechte der Besatzungsmächte unter Führung der USA an deutsche Behörden nur übergeben worden sind,

c) aus den Vorbehaltsklauseln des Deutschlandvertrages von 1956 und späteren Modifikation dieses Vertrages,

insbesondere durch die von der CIA überwachte Abhängigkeit des Staats Bundesrepublik von den USA – ohne deren Kolonie im völkerrechtlichen Sinn zu sein – über keine nationale Souveränität im Verhältnis zu den USA verfügt.“

Das ist ein Auszug:

„Eine Linie dieser Anträge war, wie die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften durch gekaufte Politiker in den Führungsgruppen über die Förderung und Plazierung von Karrieren an der Partei- und Gewerkschaftsspitze fungibel gemacht wurden für die Agression und Konsolidierung des US-Imperialismus in Europa und in der dritten Welt.“

Wir glauben, daß die Bundesanwaltschaft als Koordinationsstelle zwischen in- und ausländischen Geheimdiensten – also auch zwischen CIA, BND, BFV, MAD, usw. und als Schnittpunkt zur propagandistisch/ideologischen Funktion politischer Justiz – an diesen Anträgen vor dem Problem stand, daß sich ihre primitive Dramaturgie der Entpolitisierung des Prozesses, die sie vier Jahre lang durch Folter, Hetze, psychologische Kriegsführung, Sondergesetze, ein Sondergericht, die Liquidierung der Verteidigung usw. vorbereitet hat, im Prozeß öffentlich auflöst. Genau hier sollte Ulrike resignieren? Es ist absurd: Die Gefangenen wußten, daß die Konfrontation hier kulminieren würde, und Ulrike war wie alle entschlossen, im Prozeß um die Tatsachen zu kämpfen. Das beweisen ihre Briefe und Manuskripte, ihre Reden im und ihre Arbeit zu dem Prozeß – bis zum letzten Tag. Sie ist in dem Moment ermordet worden, in dem klar war, daß das Exempel zur faschistischen Bewältigung der Guerilla in der Bundesrepublik – der Schauprozeß in Stammheim – der politischen Justiz trotz aller Repression auf die Füße fallen könnte.

Was an Stammheim deutlich wurde, ist, warum die Linie der RAF – die politisch-militärische Organisation des Wider-

Generalbundesanwalt Buback: Griff nach dem Gehirn Ulrikes

stands – notwendig und gerechtfertigt ist.

II. Folter wird Recht

Die Gefangenen haben ihren Hungerstreik damals nach fünf Monaten abgebrochen, als klar war, daß die legale Linke eine zweite große Mobilisierung wie die nach der Ermordung von Holger Meins nicht bringen würde, und klar war, daß mit einem bombastischen Aufwand medizinischer Verschleierungsmaßnahmen der Streik dazu benutzt werden sollte, noch mehr Gefangene aus der RAF umzubringen. Die Gefangenen wurden damals durch einen Brief von der RAF draußen dazu aufgefordert, den Streik zu beenden, obwohl seine Forderung: Aufhebung der Isolation – nicht durchgesetzt war.

Das Gericht hat der Tatsache, daß die Gefangenen aufgrund der jahrelangen Isolation nur noch für zwei/drei Stunden am Tag verhandlungsfähig sind, dadurch Rechnung getragen, daß es sie aus dem Verfahren ausgeschlossen hat. Es hat entgegen den Feststellungen der Ärzte, deren Bestellung die Verteidigung dem Gericht in monatelangen Auseinandersetzungen endlich abgerungen hatte und die das Gericht bestimmt hat (kein Gutachter der Verteidigung ist zugelassen worden), behauptet, die Gefangenen hätten ihre Verhandlungsunfähigkeit durch die Hungerstreiks gewollt und selbst verschuldet.

Die Gutachten der Ärzte sagen völlig unbestreitbar, daß die Ursache des miserablen Gesundheitszustandes der Gefangenen die Haftbedingungen sind. Acht weitere Gutachter in RAF-Prozessen kommen zu der identischen Feststellung: Jahrelange Isolation ist Vernichtung.

Der Bundesgerichtshof hat dagegen die Konstruktion „selbstverschuldet" mit falschen Tatsachenfeststellungen vertieft. Er behauptet nicht mehr wie das Gericht, die Ursache der Verhandlungsunfähigkeit seien die Hungerstreiks – die Gutachten, die diese Interpretation ausschließen, waren in der Zwischenzeit teilweise veröffentlicht worden –; er behauptet, die Gefangenen hätten durch „ihr Verhalten in der Haft" den Behörden die Haftbedingungen „aufgezwungen" – als seien die Behörden isoliert. Aber er erklärt außerdem den Zweck der Sache – sie werden vernichtenden Haftbedingungen unterworfen, weil sie *„ihr augenscheinlich durch nichts zu beeinflussendes* realitätsfernes Bild der gesellschaftlichen Verhältnisse" – was so nebenher davon spricht, daß alles versucht wurde, und Tatsache ist von physischer Folter nach der Verhaftung über den Versuch des Tiefenverhörs mittels Zwangsnarkose (Carmen Roll) bis zur jahrelangen Isolation eine Menge versucht worden – „zu einer fanatischen Verfolgung ihrer Ziele verführt".

Das Bundesverfassungsgericht hat dieses Credo übernommen und damit Folter für verfassungsmäßig erklärt. Schon die Tatsachenfeststellung ist eine Lüge: in den Aufnahmeersuchen der Haftrichter an die Gefängnisdirektoren ist bei allen diesen Gefangenen Isolation zur Haftbedingung gemacht worden. Sie konnte durch ihr „Verhalten in der Haft" nicht verschärft werden, weil sie von der ersten Stunde an total war. Die Richter der beiden höchsten Gerichte der Bundesrepublik, die diese Beschlüsse gefaßt haben, wissen das und das heißt, sie haben sich bewußt und gezielt für den Polizeiapparat, die Sicherungsgruppe Bonn, Abteilung Terrorismus – sie und die Bundesanwaltschaft diktieren die Haftbedingungen – instrumentalisiert. Die politische Justiz in der Bundesrepublik ist eine Funktion von Counterinsurgency; die Beschlüsse sagen klar, daß die Haftbedingungen geändert worden wären und geändert würden, wenn die Gefangenen abschwören, aussagen und sich der psychologischen Kriegsführung gegen die Stadtguerilla zur Verfügung stellen. Mit diesen Beschlüssen ist Folter – in den internationalen Konventionen klar definiert – in der Bundesrepu-

Internationale Bibliothek

Milojko Drulović: Arbeiterselbstverwaltung auf dem Prüfstand. Erfahrungen in Jugoslawien

Aus dem Serbokroatischen von Alenka Klemenčič

Mit einem Geleitwort von Herbert Wehner
(Internationale Bibliothek, Band 87)
248 Seiten. Broschiert 15,- DM

Über das jugoslawische Selbstverwaltungsmodell ist viel geschrieben worden. Hier aber schreibt einer, der dabei war: Drulović, Mitkämpfer Titos und heute Botschafter in Peking, hat jahrelang als Leiter des großen Verlagshauses Politika die Entwicklung dieses Modells engagiert erlebt. Offen und klar beschreibt er die Geschichte und den heutigen Aufbau der Selbstverwaltungsorgane und verschweigt auch Schwächen und Mängel nicht. Sein Fazit: *„Das jugoslawische Selbstverwaltungssystem ist nicht vollkommen, das wissen wir selbst am besten. Dennoch sehen wir in unserer Umgebung kein vollkommeneres, menschlicheres Modell, das wir gegen unseres eintauschen würden."*

Kurt Löwenstein: Sozialismus und Erziehung. Eine Auswahl aus den Schriften 1919–1933

Neu herausgegeben von Ferdinand Brandecker und Hildegard Feidel-Mertz

(Internationale Bibliothek, Band 91)
446 Seiten. Broschiert 20,- DM

An diesen Schriften Löwensteins, des führenden Bildungspolitikers der USPD, später der Linken in der SPD, zeigt sich, wieviel Anregungen die heutige fortschrittliche Pädagogik noch aus der Weimarer Republik aufgreifen kann. Die Herausgeber kennzeichnen Löwenstein als *Erziehungspolitiker, der in den Klassenkämpfen der Revolution und der ersten deutschen Republik als undogmatischer Marxist leidenschaftlich und konsequent Partei für die Arbeiterklasse und ihre Kinder ergriff*". Neben seiner parlamentarischen Tätigkeit und parteipolitischen Funktionen widmete sich Löwenstein besonders intensiv der Kinderfreunde-(Falken-)Bewegung. Er starb 1939 in der Emigration.

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Kölner Straße 143
5300 Bonn-Bad Godesberg 1

Der Schauprozeß

blik eine zulässige Maßnahme zum Zweck der Aussageerpressung und der propagandistischen Verwertung des Gefolterten im Prozeß. So hat die westdeutsche Justiz dem Gesundheitszustand der Gefangenen durch die Verrechtlichung von Folter Rechnung getragen.

III. Ein Prozeß? Ein Krieg!

Die Gefangenen haben bisher in dem Prozeß selten einen Satz sagen können, ohne von Prinzing oder der Bundesanwaltschaft unterbrochen zu werden. Bobby Seale wurde noch offen geknebelt. Hier stellt das Gericht einfach die Mikrofone der Gefangenen ab und schließt sie, wenn sie trotzdem sprechen, für mindestens vier Wochen ganz aus. Die Methode Unterbrechung ist natürlich wirksam. Wenn ein Gedankengang zehnmal unterbrochen worden ist, ist er zerstört. Beim Zuschauer entsteht der Eindruck von Redundanz. Die politische Interpretation des Verfahrens ist blockiert.

Das Verfahren ist einfach in jedem Moment psychologische Kriegsführung. Es gab den Versuch, politisch zu verteidigen, das heißt die Verteidigung, nachdem die vorbereiteten Anwälte kurz vor Prozeßbeginn ausgeschlossen waren, zu rekonstruieren. Das Gericht hat darauf mit dem Ausschluß von sechs weiteren Anwälten reagiert, mit Entpflichtung, mit der Weigerung, überhaupt noch Wahlpflichtverteidiger zu bestellen. Die Bundesanwaltschaft hat Ehrengerichtsverfahren mit dem Ziel Berufsverbote durchzusetzen, angedreht. Das klappt auch. Die Ehrengerichte der Anwaltskammern sind inzwischen neu besetzt, mit Anwälten, die öffentlich die Intentionen der Bundesanwaltschaft vertreten. Der Vorsitzende des Anwaltvereins, Brangsch, hat das vor ein paar Monaten in einer Rundfunkdiskussion offen ausgesprochen.

Jetzt wird der Kreis der Sondergesetzgebung geschlossen: Im Juni hat die SPD im Bundestag ein neues „Paket von Sondergesetzen eingebracht, das die bisherigen perfektioniert. Danach wird schon ausreichen, wenn ein Verteidiger mit einem Ehrengerichtsverfahren, das von der Staatsanwaltschaft, gegen die er verteidigen soll, beantragt wird, überzogen worden ist, um ihn von der Verteidigung auszuschließen und mit Berufsverbot etc. zu verfolgen. Die Ankläger können damit jeden Verteidiger, der in diesen Prozessen auch nur versucht, nicht die linke Hand der Bundesanwaltschaft zu sein, ausschalten.

Und sie tun es: In Stammheim sind innerhalb von acht Monaten 23 Verteidiger ausgeschlossen worden – darunter alle, die auf den Prozeß vorbereitet waren, so daß jetzt kein einziger Verteidiger mehr auf der Bank sitzt, der die Akten kennt. Das Gesetz wird auch für laufende Verfahren gelten – also praktisch rückwirkend.

Es ist die zweite Welle von Sondergesetzen für einen Prozeß. Als das Verfahren schon lief, sind Ströbele und Croissant verhaftet worden und die gesamten Verteidigungsunterlagen, die bei ihnen noch in Arbeit waren, wurden abtransportiert, nachdem sich die Bundesanwaltschaft schon in drei Zellenrazzien vor dem Prozeß die gesamte Verteidigungsvorbereitung der Gefangenen in den Zellen geschnappt hatte. Ein Detail dazu ist, daß die Durchsuchung der Kanzlei von Andreas Baaders zuletzt noch übriggebliebenem Anwalt Haag, der sich seiner Verhaftung entzogen hat, von Zeis, einem der Bundesanwälte, die in Stammheim die Anklagebehörde vertreten, durchgeführt worden ist. Das heißt, die Bundesanwaltschaft – indem sie Anwaltsverfolgung und Anklagevertretung in Personalunion von denselben Bundesanwälten vollstrecken läßt – hat es nicht mal nötig, den Zweck der Kriminalisierung der Anwälte auch nur optisch zu verschleiern. Das ist das ganze Problem in der Bundesrepublik. Der Faschismus ist offen, aber es gibt wenig Bewußtsein davon und kaum Widerstand.

IV. Orgien des Staatsschutzes

Sondergesetze, ein auf diesen Stuhl geschobener ungesetzlicher Richter, als Prozeßort nur für diesen Prozeß ein 22-Millionen-Mark-Bunker am Stadtrand, außerhalb jeden möglichen Publikumsverkehrs, die Unterschlagung von 90 Prozent der Akten durch die Bundesanwaltschaft und das Bundeskriminalamt, von der Polizei präparierte Zeugen, deren Aussagen durch total gesteuerte Berichterstattung propagandistisch durchstrukturiert sind, die Anwaltsverfolgung, die natürlich auch die im Prozeß verbliebenen Anwälte lähmt.

Anwälte sind auf einen minimalen rechtsstaatlichen Konsens angewiesen. Wird er so total wie in diesem Verfahren durch nackte repressive Maßnahmen abgelöst, sind Anwälte hilflos. Man muß mal diese Kette sehen: Sondergesetze, die zu diesen großen Prozessen die Zahl der Verteidiger für jeden Gefangenen auf drei reduziert haben, die vermittels Successivverbot und dem Verbot kollektiver Verteidigung der Angeklagten in einem Verfahren Arbeitsteilung zwischen den Anwälten ausschließen; durch die willkürliche nichtöffentliche, das heißt administrative Ausschlüsse mit jeder beliebigen Verdachtskonstruktion durchgezogen werden können; dazu die Berufsverbote, die die Anwaltskammern jetzt – man muß sagen – in Staatsschutzorgien, wie 33, exekutieren; die Verhaftungen, der Terror gegen die Kanzleien durch Beschlagnahme der gesamten Akten, also auch der aus anderen Verfahren, die ein politischer Anwalt zu seiner Reproduktion braucht; der Terror durch offene Observation, durch die offene Einschüchterung der alten Klientel, die von Bundeskriminalamtstrupps aufgesucht ausgefragt, unter Druck gesetzt wird; Entpflichtung, Strafanzeigen, Verurteilung wegen Argumentation im Prozeß usw. usw. Die Anwälte sind in der Hauptverhandlung mit von der Bundesanwaltschaft verfälschten Dokumenten konfrontiert, in der Öffentlichkeit mit gefälschten Zitaten in Propagandaillustrierten des Bundesinnenministeriums, die in Millionen Exemplaren an Schulen usw. verteilt werden, sie sind polizeilich und propagandistisch eingekesselt.

Die Gefangenen sagen, die Anwälte sind in dem Rechtsvakuum dieser Verfahren wie Hähne ohne Kopf. Sie sind dem militärisch vollstreckenden Pragmatismus, der über das ganze Instrumentarium von gesetzgeberischer Repression über die Regierung bis zum ungesetzlichen Terror des Staatsschutz reicht, nicht gewachsen. Man stellt da entweder ein Verhältnis zur Politik der Gefangenen, ihrem Inhalt: antiimperialistischer Kampf her, weil es bei der Anwaltsverfolgung ja auch um die Liquidierung von Öffentlichkeit für diese Politik geht, oder erliegt der Repression. Ein Teil wird zu Opportunisten, unterwirft sich in jedem Prozeß inzwischen offen ausgesprochenen Direktiven oder Drohungen des Staatsschutzes und funktioniert für ihn *gegen* den Versuch, an den Tatsachen Aufklärung und Solidarität zu organisieren.

Das heißt: Diese Anwälte hat die Drohung mit Ehrengerichtsverfahren, also Berufsverbot, dahin gebracht, ihre Standesinteressen dadurch nicht zu gefährden, daß sie für Inhalt und Bezug dieses Jobs: die minimalen Menschenrechte für ihre Mandanten – kämpfen. Die verschärfte Repression hat sie statt dessen auf die Linie gebracht: Gegen den Abbau der Verteidigerrechte. Das ist grotesk. Als politische Anwälte sind sie damit total korrupt.

Mal abgesehen von den Barrieren, mit denen die Bundesanwaltschaft institutionell – über das Parlament, die Gerichte, die Vorstände der Anwaltskammern, die Länderstaatsanwaltschaften, die Ausbildungsinstitutionen für Referendare usw. – fast alle Zugänge zur Übernahme eines Mandats in den Verfahren versperrt hat, ist es inzwischen auch so nahezu unmöglich geworden, noch Anwälte zu finden, die bereit sind, nach Stammheim zu gehen. Es herrscht einfach Angst.

Zum Komplex Terror und Angsterzeugung gehört die Unterschlagung von 90 Prozent – das sind über 1000 Büroordner – der Akten. Die Beseitigung von Spurenakten war Bedingung, diese Gefangenen überhaupt so anklagen zu können. Sie ist Teil der Vorverurteilung. Außerdem ist die Selektion Bedingung für die Rädelsführerkonstruktion der Bundesanwaltschaft. Aber vor allem würde die Herausgabe aller Akten der Öffentlichkeit einen Einblick in die Fahndung 1970 bis 1972 geben und damit den Umfang der polizeilichen Ermittlungen und die Größe des Polizeiapparats, von der man weiß – sie wird ja auch ununterbrochen von der Regierung propagiert –, die sich nur keiner vorstellt.

„Man denkt davon weg", sagte der Filmer Kluge neulich ganz richtig. Die Sicherungsgruppe Bonn hat damals zusammen mit dem Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, militärischer Abschirmdienst, CIA, die gesamte westdeutsche Linke polizeilich durchleuchtet. Sie ist inzwischen vollständig erfaßt, praktisch unter Kontrolle des Staatsschutz. Sie hat bis in die Spitze der Ministerialbürokratie Telefone abgehört, observiert, Verdächtigungen lanciert. Gewerkschaften, die Nachwuchsorganisationen der Parteien, Schriftsteller, Journalisten, Minister waren in die Bespitzelung einbezogen. Würden diese Akten öffentlich, würde das Ausmaß der Kontrolle, das die Polizei über die Gesellschaft und den Staatsapparat hat, die Dimension und Perspektive des Mißtrauens, der Unsicherheit, die enorme Legitimationsschwäche und so die Brüchigkeit des Konsens im Apparat sichtbar, eines Apparates, der über keine nationale Identität und keine Legitimation verfügt, dessen Ferment nur sein Chauvinismus und seine Abhängigkeit von den USA ist. Es wäre die öffentliche Aufforderung zum Widerstand.

Fortsetzung im nächsten Heft

Radikalauer von Winfried Thomsen

Wann bleibt ein Milliarden-Gewinn steuerfrei? Bei Liebe auf den ersten Flick.

Warum mußte es denn gleich ein Ehrenberg sein – hätte ein Häuflein nicht genügt?

Jede Woche ein neuer Prozeß gegen spanische Demokraten. Das ist der Demokratisierungsprozeß.

Wer Atomkraftwerke baut, kann sich die Rentenversicherung sparen.

Da nicht nur Diäten, sondern auch Schmiergelder versteuert werden müssen, empfiehlt es sich, zur Sanierung des Haushaltes möglichst viele Abgeordnete möglichst oft und hoch zu bestechen.

Diese Parteienlandschaft ist eigentlich auch eine Sache für den Umweltschutz.

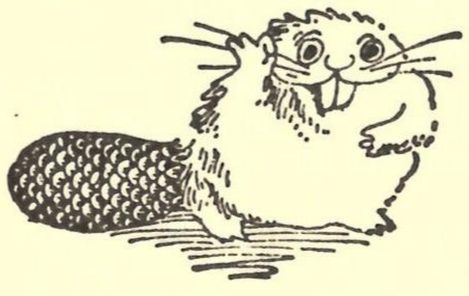
Wegen der Kritik Wolf Biermanns an einem vierstündigen Tandler-Interview wurde dieses ins Spätprogramm verschoben.

Nach einem Blick auf die Gehaltsabrechnung wußte er: aha, das Geld wird abgeschafft.

Hat eigentlich schon irgendwann jemand die Gemeinheit der Demokraten vermißt?

Aber ich bitte Sie, meine Herren, eine Union hackt der anderen doch kein Auge aus.

Nun ist Helmut Kohl weder Kanzler noch Oppositionsführer noch Ministerpräsident – aber immer noch Experte für Hölderlin.



konkret magazin

Brokdorf:

Veränderte Verhaltensweisen

Daß es in Brokdorf am 13. November bei der Demonstration gegen das Kernkraftwerk an der Unterelbe keine Toten gab, haben die Teilnehmer möglicherweise einer nicht auskurierten Stirn- und Nebenhöhlenvereiterung zu verdanken. Wegen dieser lag ein leitender Polizeibeamter, der Hamburger Hauptkommissar Lachmann, daheim auf der Couch, anstatt in Brokdorf den Einsatz einer Hundertschaft der Bereitschaftspolizei zu leiten. Manfred Lachmann ist vor kurzem wegen „geistiger Störungen" vom Dienst suspendiert worden. Zehn Tage vor der Demonstration, die zur Bürgerkriegsschlacht wurde, fuhr der Beamte noch nach Brokdorf, um die Aktionen der „Alarmabteilung Hamburg" (AAH) polizeistrategisch vorzubereiten. Die Geistesstörung Lachmanns bezeichnet die Hamburger Oberregierungsrätin Jutta Bierstedt als „veränderte Verhaltensweisen seit dem 1. 8. 1976" und stellt in einem Schriftsatz zum ärztlichen Gutachten fest: „Um die Entscheidung so weitgehend wie möglich abzusichern, wurde der Leiter des ärztlichen Dienstes beteiligt, der auf Grund der überreichten Sachakte zu dem Ergebnis kam, daß sich aus dem Verhalten des Antragstellers Hinweise dafür ergeben, daß bei ihm eine Gesundheitsstörung vorliegt und daß die geschilderten Auffälligkeiten die Annahme rechtfertigen, daß bei dem Antragsteller die Möglichkeit zu Fehlleistungen besteht."

Veränderte Verhaltensweisen sind inzwischen generell bei der Polizei zu beobachten, wenn es um Demonstrationen wie in Brokdorf geht. Denn der Bauplatz war für den 13. November auch als „Schulungsort" für Polizeieinheiten aus anderen Bundesländern geplant. Beispiel Nürnberg: Eine Hundertschaft aus Mittelfranken kämpfte an der Unterelbe mit. „Um mal zu testen, mit welchen Emotionen die Beamten da rangehen", so Oberrat Eugen Schuor von der Nürnberger Bereitschaftspolizei zu KONKRET. 1978 beginnt der Bau des Kernkraftwerks Forchheim bei Nürnberg. Da sind Proteste der Bürger sicher. Schuor ist es sich auch: Die Frage, ob der Brokdorfer Einsatz für Forchheim strategisch nützlich sei, beantwortete er mit „Ja".

Am 19. Februar veranstaltet die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) eine Großkundgebung am Bauplatz in Brokdorf. Von der für den 17. Februar erwarteten Gerichtsentscheidung hängt es ab, ob die Veranstaltung ein Freudenfest (Baustopp für das Kernkraftwerk) oder eine Protestkundgebung (gegen den weiteren Bau) wird.

Der ganz kleine Unterschied

Vor Unternehmern der Industrievereinigung Odenwaldkreis in Erbach weissagte Dr. Herbert Ehrenberg unlängst, daß zur Sanierung der Staatsfinanzen im Zeichen einer Hochkonjunktur die Staatsausgaben nicht über Kredite, sondern über erhöhte Steuern finanziert werden müßten. Als weiteres Erfordernis der Wirtschaftspolitik im Laufe der nächsten Legislaturperiode nannte er eine zusätzliche Stärkung der „Ertragskraft" der Unternehmen. In diesem Zusammenhang sprach sich Ehrenberg für forcierte Rationalisierungsmaßnahmen und Auslandsinvestitionen der BRD-Industrie aus. Verstärkte Steuerbelastung der arbeitenden Bevölkerung und erhöhte Unternehmergewinne verlangt auch Herr

Herbert Ehrenberg

Schleyer. Letzterer unterscheidet sich von Herrn Ehrenberg nur dadurch, daß er nicht Sozialminister einer SPD-geführten Regierung ist.

Krach bei Wagenbach

Weil seine Angestellten gewagt hatten, ohne seine Zustimmung einen Betriebsrat zu wählen, kam es im Haus des Berliner Verlegers Klaus Wagenbach zum zweitenmal innerhalb von drei Jahren zum totalen Krach: Alle sechs Angestellten gingen oder wurden gegangen. Vor drei Jahren hatte sich Wagenbach erst von dem ehemaligen Wagenbach-Kollektiv getrennt, als dieses auf der Realisierung der Kollektiv-Verfassung bestand. Die sieben Kollektiv-Mitglieder gründeten daraufhin den Rotbuch-Verlag.

herr wagenbach herr wagenbach
stimmt das mit dem neuen krach?

„leider trennen wieder welten
mich & meine angestellten
die (statt für mich zu produzieren)
sich einfach solidarisieren
& – um mich noch mehr zu quälen –
sogar einen betriebsrat wählen
der nach mitbestimmung schreit –
das geht mir denn doch zu weit:
wie soll ich mich frei entfalten
wo kollektiv-tendenzen walten?

ich erlebe nun – fatal! –
immerhin zum zweitenmal
daß die untergebnen glauben
man könne mir die freiheit rauben
doch im verleger–katechismus
steht: freiheit oder sozialismus!
dafür habe ich gestritten
dafür habe ich gelitten
dafür will ich notfalls sterben
& den verlag – privat vererben."

yaak karsunke:

& Wagenbach &

MERK: Wagenbach ist immer links
(als unternehmer allerdings)

„Verkauf das!“

Bei aller Kritik an der Hysterie der Autofahrer, die sich permanent über die Mucken an ihren Wagen ärgern: Manchmal langt's eben doch. Wenn beim Neuwagen zum Beispiel nicht nur der Motor, sondern auch die Reparaturanfälligkeit mit eingebaut wurde. Burkhard Maurer findet selbst Wirtschaftsmeldungen in der „Frankfurter Rundschau” komisch – nur sein Automobil nicht:

Neulich las ich im Wirtschaftsteil der „Frankfurter Rundschau“, Simca wird seine Preise nicht erhöhen. Ich habe einen. Er war 80 km gefahren, als der erste Reifen platzte, Autobahn, Regen, dunkel. Natürlich ist es meine Schuld, daß ich nicht gleich das Werkzeug fand. Aber wieso bricht der Quirl, den sie statt Kreuzschlüssel mitgeben, bei der dritten Mutter ab?

Die Anschaffung eines Kreuzschlüssels hat sich gelohnt: sechs geplatzte Reifen in zwei Jahren, davon fünf auf der Autobahn, wo die spitzen Steine ja nicht haufenweise rumliegen. Als mir die Fetzen des letzten um die Ohren geflogen waren, fragte ich an, ob sie wirklich glaubten, die von Uniroyal wären die besten oder wären es die billigsten? Antwort: „... dürfen wir darauf hinweisen, daß mit dem Fabrikat Uni-Royal (die schreiben es sogar falsch!) keine schlechten Erfahrungen gemacht wurden, denn sonst würde das Herstellerwerk sicherlich nicht seine Fahrzeuge serienmäßig mit diesen Reifen ausrüsten.“ Zynisch oder berechnend? Die letzten abspringenden Fetzen haben für 700 Mark Blech verbeult. Sie müßten wohl noch schneller platzen, am besten immer zwei auf einmal, dann meckert hinterher wenigstens keiner mehr.

Nach zehn Monaten – da hängt man ja noch am neuen Wagen und den Raten – fing ein rotes Lämpchen an zu leuchten. Das war so klein, sah gar nicht bedrohlich aus. Inzwischen hatte ich drei Lichtmaschinen, zahlreiche Regler, diverse Batterien. Das Wort „Austauscher“ kann ich in mehreren Sprachen. Nach dem Einbau der letzten Lichtmaschine, die Störanzeige leuchtete schon wieder auf der Rückfahrt von der Werkstatt, kriegte ich eine Anschlußrechnung: „3 m Kabel, 2,40 DM, 4 Kabelstekker, 3,30 DM.“ Hab ich dafür rund 2000 Mark bezahlt?

Simca väterlich: „Daß die Störungen an der Lichtmaschine nicht dazu beigetragen haben, die Freude am Fahren zu erhöhen, dürfte keinem Zweifel unterliegen.“

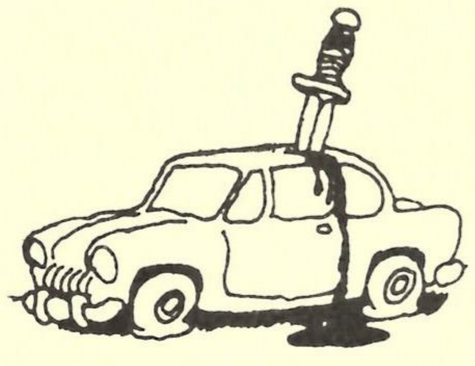
Nein, wirklich nicht. Aber es geht ja nicht nur um Freude. Ein Wagen mit defekter Lichtmaschine fährt leider überhaupt nicht.

Gelenkwelle, Motorlager, andere Kleinigkeiten: inzwischen weiß ich, daß Simca ein verzweigtes Reparaturnetz hat, bin Kenner einer richtigen Simca-Folklore. Die Werkstätten in Frankreich sind besonders komfortabel, die in Portugal besonders freundlich, in Deutschland besonders teuer, in Dänemark nüchtern (da sagte der Monteur: „verkauf das“). Inzwischen hab ich die 6000-DM-Marke für Wartung und Reparaturen erreicht und gute Aussichten, bis zum dritten Jahrestag des Kaufs den Kaufpreis einzuholen.

Die staatstragende Freundlichkeit, den Preis nicht zu erhöhen, kann man nur richtig würdigen, wenn man weiß, welcher Zusatzpreis gleich mit eingebaut ist. Simca verzichtet also doppelt, vorher und nachher.

Um das Maß der Freundlichkeit voll zu machen: neulich kriegte ich Post. „Erste Hilfe für Ihren Simca – Unterweisung, wie man sich bei kleinen Pannen selbst helfen kann. Wegen des großen Interesses wird um Anmeldung gebeten (Antwortkarte anbei).“

Was soll man schon antworten? Trampen und mit Freunden für eine U-Bahn sparen. Staatstragende Wirtschaftsmeldungen sind selbst in der „FR“ komisch.



Selbstanzeige

Hauptmotiv für Investitionen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen der Bundesrepublik ist nicht die Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern die Profitsteigerung. Nach Untersuchungen des Ifo-Instituts in München erklärten dies 86,4 Prozent von 3400 befragten Unternehmern. Sie gaben an, daß Rationalisierung im weitesten Sinn ihre Investitionen bestimmt.

Als Beispiel die Entwicklung in der Industrie. Die Industrieunternehmen investierten von Mitte 1974 bis Mitte 1976 für ungefähr 70 Mrd. Mark. Dennoch arbeiteten im ersten Halbjahr 1976 in der Industrie 824 000 oder 10 Prozent Arbeitnehmer weniger als zwei Jahre zuvor im ersten Halbjahr 1974; die reale Produktion war fast gleich hoch.

Bundeswehr rudelt weiter

Spätestens seit der Rudel-Affaire, so sollte man annehmen, könnte die Bundeswehr ihre Rendezvous mit der HIAG, der „Traditions“-Organisation von SS-Verbrechern, etwas diskreter durchführen. Sollte, könnte. Folgende Informationen stammen allein aus der letzten Nummer der HIAG-Zeitschrift „Der Freiwillige“:

- Anläßlich ihrer Jahreshauptversammlung wurde die Ortsgruppe Hof der HIAG von Major Scholz, dem Standortkommandanten der Bundeswehreinheit in Naila (an der DDR-Grenze) zum Offiziers-Essen geladen. Anschließend wurde, so der „Freiwillige“, die „Bundeswehrkaserne mit all ihren Einrichtungen“ besichtigt.
- In Lübeck führten die SS-Veteranen der „Pionier-Kameradschaft Dresden“ ihre Jahreshauptversammlung zusammen mit der Korps-Pionier-Führung der Bundeswehr und dem Kommandeur des leichten Pionierbataillons 610 durch. HIAG und Bundeswehr legten gemeinsam mit Bundeswehroffizieren einen Kranz am Ehrenmal der Lübekker Kaserne nieder, und schließlich organisierte die Bundeswehr für ihre SS-Gäste „im Übungsgelände eine Sperrübung im Rahmen taktischer Zusammenarbeit von Aufklärung und Angriff einer feindlichen Panzerspitze. Eine Militärmusikkapelle unterhielt mit Märschen den Kameradschaftsabend, der nach dem Fahneneinmarsch stattfand.“
- „Eine größere Gruppe“ des Bundeswehrreservistenverbands feierte mit der HIAG-Organisation Freiburg 25jähriges Jubiläum.
- Und auch beim Traditionstreffen der 97. Jägerdivision der Nazi-Wehrmacht in Betzigau (Oberallgäu) nahm eine Abordnung der Bundeswehr teil. Der Münchner Weihbischof Defregger zelebrierte den Festgottesdienst. Er tat's vor lauter bekannten Gesichtern, denn er kommandierte die 97. Jägerdivision als sie bei einer „Strafaktion“ gegen Partisanen im italienischen Aquila zahlreiche Zivilisten ermordete.

Wohlstandskriminalität

Der Sohn des Milliardärs Rudolf-August Oetker wurde gekidnappt. Das mißbilligen wir alle. Auch Conrad Ahlers im Kommentar der Hamburger „Morgenpost“. Er fordert endlich Kompetenzen für das Bundeskriminalamt und Sondereinheiten. Nur ist ihm ein Satz am Ende zu lang geraten. Er schreibt voller Zorn: „Was im Mittelalter die Raubritter und Wegelagerer, was in den Wirren des 30jährigen Krieges die Straßendiebe und die plündernden Söldner waren – heute sind es die Verbrecher, die Millionäre oder deren Kinder...“ (hier hätte Ahlers einen Punkt machen müssen, schreibt aber weiter:) „...entführen, um ein hohes Lösegeld zu erpressen.“ Weiter Ahlers: „Diese Form der Wohlstandskriminalität hat nun auch voll in der Bundesrepublik eingesetzt. Eine Tat folgt der anderen.“

Tatsächlich: Das Privatvermögen des Backpulverkönigs Oetker wuchs auf zwei Milliarden Mark an, nachdem er 150 Firmen in seinen Besitz gebracht hatte, darunter die Versicherung Deutscher Ring, die Brauereien „Binding“, „Berliner Kindl“, „Dortmunder Aktien“ und „Sandler“, die Reederei Hamburg-Süd, 85 Schiffe mit 850 000 tdw, die ETO-Nahrungsmittelwerke, die Firma „Söhnlein Sekt“, die Hussel AG, die Noris-Weinbrand, die Lampe-Bank und die „Condor“-Versicherung. Hier müssen Sondereinheiten her.

Rundschreiben zum Gesundschreiben

„Da wir wissen, wie schwer es für Sie als Arzt ist, Simulanten von wirklichen Kranken zu unterscheiden, möchten wir die dringende Bitte aussprechen, wenigstens die kürzestmögliche Arbeitsunfähigkeitsdauer zu bescheinigen, die Sie verantworten können.“

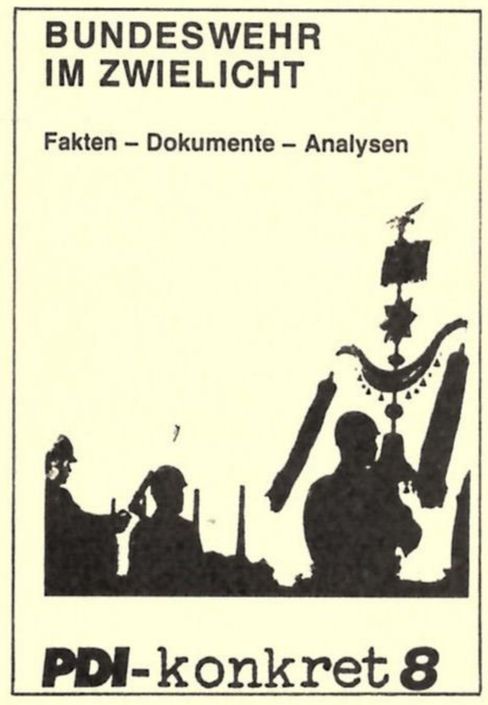
Aus einem Brief des Direktors der Textil AG in Bruckmühl, Manfred Sturm, an alle Ärzte des Kreises

Noch einmal:
Hirn, verbrannt

KONKRET berichtete über die Praxis der Hirnchirurgie (Heft 10/76). KONKRET-Leser und „Welt"-Autor Egmont R. Koch sah in dem Artikel von Günter Amendt „ideologische Hetze". Unter anderem, weil dort auch Möglichkeiten politischen Mißbrauchs der Stereotaxie erwähnt wurden. Ende Januar findet in Kassel eine Tagung mit prominenten Hirnchirurgen statt. Rahmenthema: „Abweichendes Verhalten, Suchten, Transsexualismus und Terrorismus".

NPD-Major

Ende Dezember veröffentlichte die rechtsradikale „Nationalzeitung" im Faksimile einen persönlichen Brief von Herbert Wehner an Georg Leber. Die Neonazis haben also im Verteidigungsministerium einen Zuträger sitzen. Aber da das vertrauliche Schreiben nun publik ist, kann man ja noch mal nachfassen: Der Brief ist vom 17. September 1976 und weist Leber darauf hin, daß sein Bundeswehrmajor Karl-Heinz Lindner aktives NPD-Mitglied ist. (Lindner wurde zum Kompaniechef ernannt, nachdem er 1968 zum stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden von Hessen gewählt worden war.) Wehner bittet, „überprüfen zu lassen, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann". Geschehen ist nichts. Auch nicht, nachdem Major Lindner am 24. Dezember den Abdruck des Briefes kommentierte und in dem Naziblatt bedauerte, daß es nach der Entlassung der Generale Krupinski und Rudel nicht zu einer Solidaritätsbewegung in der Bundeswehr gekommen ist.



Ein neues PDI/KONKRET-Buch ist erschienen: „Bundeswehr im Zwielicht – Fakten, Dokumente, Analysen". Themen unter anderem: Die Armee zwischen Reaktion und Nationalsozialismus in der Zeit von 1918 bis 1945, der nicht bewältigte zweite Weltkrieg, der „Fall Rudel – ein Fall Bundeswehr" bis hin zur Frage des Abbaus parlamentarischer Kontrolle über die Militärs. Autoren sind Dr. Ingeborg Drewitz, Kurt Hirsch, Hella Schlumberger, Dr. Reimund Seidelmann und KONKRET-Herausgeber Hermann L. Gremliza. Zu beziehen ist das Buch (ca. 180 Seiten) über den Presseausschuß Demokratische Initiative (PDI), Münchstraße 3, 8000 München für 7,80 Mark einschließlich Porto und Verpackung.

Stolzer Tag, glückliches Heer

„Herr Bundesminister Georg Leber hätte selber gerne hier in München an dieser Stelle heute gestanden, um dieses stolze System erst einmal aus erster Hand kennenzulernen und vor allen Dingen, es zu übernehmen, damit er dann den hier anwesenden Inspekteur des Heeres glücklich machen kann. Denn auf dieses Gerät wartet er schon eine ganze Zeit." So Helmut Fingerhut (SPD), Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium. Das „stolze System" heißt „Gepard" und ist der neueste Flak-Panzer der Bundeswehr. Stückpreis: 5,4 Millionen Mark, Gesamtausgaben: 3 Milliarden Mark. Gefeiert wurde das „Gerät" in der Integrationshalle der Krauss-Maffei AG in München-Allach.

Auch die Hersteller Krauss-Maffei, Wegmann (Kassel) und Siemens wurden glücklich gemacht. Fingerhut: „Die zeitgerechte Fertigstellung erfüllt mich mit einer gewissen Beruhigung, weil ich hierdurch Gelegenheit habe, von dem im Haushalt eingeplanten Geld etwas abfließen lassen zu können, aber alles, was der Sicherung des Friedens dient, hat seinen Preis. Daran haben wir uns gewöhnt. Es ist nur unsere Schwierigkeit, dies allen verständlich zu machen und Jahr für Jahr in echtem Feilschen diese notwendigen Summen zusammenzubringen, die

Helmut Fingerhut: Noch etwas Geld abfließen lassen

eben uns die Möglichkeit geben, die Bundeswehr mit all dem zu versorgen, was sie braucht."

Antwort des Vorstandsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Hans Heins Griesmeier: „Meine Herren, dies ist ein stolzer Tag für die deutsche Industrie, ein neues Waffensystem der deutschen Bundeswehr zu übergeben."

Bürgerinitiativen

Arbeiterinitiativen im Ruhrgebiet

Herausgegeben v. Jörg Boström u. Roland Günter; 180 Seiten (mit zahlreichen Abbildungen); DM 14,–

„Dieses Buch ist ein sinnvoller Beitrag für Arbeiterinitiativen zur Verdeutlichung ihrer Verhältnisse, der Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns und Lernens. . . . Außerdem macht es einfach Spaß, das Buch zu lesen."

(Demokratische Erziehung)

Spielplatzhandbuch

Ein kritisches Lexikon von K. Spitzer, M. und R. Günter; 250 Seiten (mit vielen Fotos und Kinderzeichnungen); DM 15,– „Das Handbuch eignet sich daher nicht nur für Praktiker, z. B. Bürgerinitiativen, sondern auch fürs Selbststudium und für Seminare." (betrifft: Erziehung)

KKW-Fibel für Bürgerinitiativen

Ca. 160 Seiten (mit zahlreichen Abbildungen, Fotos, Liedtexten etc.); ca. DM 12,–

Informationen über die wichtigsten naturwissenschaftlichen Prozesse von KKWs, über Umwelteinflüsse und über die ökonomischen Hintergründe des Kraftwerkbaus. Berichte, Karikaturen, Fotos zu und über Aktionen der KKW-Initiativen in der BRD und im Ausland. Ein Lesebuch zum Handeln!

Handbuch für Bürgerinitiativen
v. Roland Günter u. Rolf Hasse; 250 Seiten; DM 12,–
Ein Handbuch aus der Praxis, für die Praxis.

Alle Bücher erhalten Sie bei Ihrem Buchhändler oder direkt bei VSA, Erkelenzdamm 7, 1000 Berlin (West) 36, Tel. 614 6010

• th ufsverbot • le Berufsv

Euro-Anti-Kommunismus

„Liberté d'opinion – verboten" ist der Titel eines Buchs über die Einschränkungen der Meinungsfreiheit in der BRD, das jetzt im Pariser Verlag „éditions soçiales" erschienen ist. Autor Jacques Denis, ZK-Mitglied der KPF, schildert aktuelle Berufsverbotsfälle, liefert einen historischen Rückblick und dokumentiert Gesetzestexte, Urteile, Erlasse und Statistiken über den Abbau bürgerlicher Rechte in der Bundesrepublik, stets aber auch im Blick auf Entwicklungen in Frankreich. „Aus Erfahrung wissen wir: Wenn bei unseren Nachbarn die Freiheiten angetastet werden, breitet sich der Krebsschaden aus", heißt es auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Buchs. Schon gibt es einen Gesetzes-Entwurf der Regierung Barre über eine Neufassung der Rechte der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, der sich ganz offensichtlich an bundesdeutschen Vorbildern orientiert.

Ebenfalls an deutscher Schnüffelpraxis ausgerichtet ist ein Fragebogen, den gegenwärtig Bedienstete der EG-Kommission in Brüssel ausfüllen müssen. Neben Fragen nach den Wohnorten in den letzten zehn Jahren werden auch Angaben über eigene politische Ansichten und den Bekanntenkreis verlangt. In der Dezemberausgabe von „Quo", der Zeitschrift der EG-Bediensteten, wird von einer „Hexenjagd" gesprochen, die „uns zu größerer Wachsamkeit anspornen muß".

Anläßlich des fünften Jahrestags des Ministerpräsidentenerlasses kam es in unseren Nachbarländern zu neuen Protesten. In Belgien und in der Schweiz wurden mehrere Veranstaltungen gegen die Berufsverbote durchgeführt; während einer Debatte des niederländischen Parlaments wurde die Bundesregierung von fünf Parteien kritisiert (Radikale Christen, Demokraten 66, Kommunisten, Partei von der Arbeit, Sozialistische Pazifisten). Ebenfalls protestierten einige Gliederungen der britischen Labour Party und Gewerkschaften in Norwegen, Dänemark, Schweden und Finnland.

Im Februar werden noc
Konferenzen und Demons
restag des Berufsverbots
am 5. 2. 1977 in Düsseldo
Belgien, Luxemburg, de
Frankreich
am 12. 2. 1977 in Hamburg
Dänemark und Schweden

Die Initiative „Weg mit den Beru
ganisator dieser und zahlreiche
dringend Spenden auf das Konto
meinwirtschaft, Hamburg, Ingrid

Wie man Linke feuert

Die FAZ ist das Zentralorgan der bundesdeutschen Monopolbourgeoisie. Sie hat eine Auflage von 300 000 Exemplaren, hat also auch 'ne Menge Leser, die nicht zum Dunstkreis dieser Monopolbourgeoisie gehören. Manchmal ist das hinderlich. So hat der FAZ-Verlag für die interne Information noch den exklusiven „Blick durch die Wirtschaft". Zum Thema Berufsverbot gab es da kürzlich einen kleinen Leitfaden: „Radikale im privaten Dienst – worauf bei der Entlassung geachtet werden muß". Zunächst werden Manager-Seminare der Unternehmer-Verbände empfohlen: „Führungskräfte üben dort, wie dem Strom radikaler Argumente Herr zu werden ist", bei aller Toleranz werde es jedoch auch im Betrieb Radikalen gegenüber nicht immer bei Worten bleiben. „Eines Tages taucht hier die Frage auf, ob der Mann

Gerhard Weber:

Warum ich die „Initiative" verlassen habe

Gerhard Weber, stellvertretender Landesvorsitzender der Hamburger FDP und stellvertretender Fraktionsvorsitzender in der Bürgerschaft, hat seinen Austritt aus dem Arbeitsausschuß der bundesweiten Initiative „Weg mit den Berufsverboten" erklärt. Für KONKRET erläutert er seine Entscheidung.

Zwei Ereignisse waren für mich ausschlaggebend zum Jahresende 1976, nach jahrelanger Mitarbeit aus dem Arbeitsausschuß der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" auszuscheiden.

Da war einmal die enttäuschende Antwort von Kurt Erlebach, DKP-Präsidiumsmitglied und ebenfalls Mitglied in der Berufsverbote-Initiative, auf meine schriftliche Bitte: „So wie ich mich hier in der Vergangenheit für die Rechte von Kommunisten eingesetzt habe, erwarte ich von Ihnen, daß Sie sich bei Ihren Parteifreunden in der DDR für die Freilassung der inhaftierten Berufsverbotkritiker Ralf und Klaus Meinz einsetzen (ZEIT 41/76). Sollten Sie hier ideologische oder politische Schwierigkeiten haben, müßte ich als liberaler Politiker meine weitere Mitarbeit im ‚Arbeitsausschuß gegen Berufsverbote' in Frage stellen."

Erlebach ging auf meine Bitte inhaltlich nicht ein, sondern schrieb u. a.: „In der DDR gibt es keine Berufsverbote. Niemand wird dort wegen seiner Meinung und Gesinnung benachteiligt oder bevorzugt." Das zweite Ereignis, die Ausbürgerung Wolf Biermanns und die Folgen in der DDR: Verhaftungen und Berufsverbote – sowie die Reaktionen aus dem DKP-Bereich hier, strafen Erlebachs Antwort Lügen und waren ein weiterer Anstoß für meinen Schritt.

Wer heute den Radikalenerlaß in der Bundesrepublik gekämpft – das tue ich auch weiterhin – kann um der Glaubwürdigkeit willen zu Berufsverboten in der DDR und in anderen Ländern nicht schweigen.

Wenn man seit Jahren als „Linksaußen" der Hamburger FDP durch Springer-

presse und CDU gerade auch wegen des Engagements gegen die Berufsverbote und der Zusammenarbeit mit Kommunisten angegriffen wird, hat der Erlebach-Brief diesen Schritt geradezu provoziert.

Diese persönliche Entscheidung betrifft nicht die Mitarbeit anderer Liberaler in der Initiative, der ich weiterhin Erfolg wünsche.

Neue Gruppen

Neue lokale Berufsverbotinitiativen haben sich u. a. in Gütersloh, Reinbek bei Hamburg, Bad Segeberg, Traben-Trarbach und Sulzbach-Rosenberg gebildet.

Die Nordrhein-westfälischen Initiativen haben einen Koordinierungsausschuß gegründet. Adresse: Erich Kunold, Kurt-Schumacher-Str. 114–116, 4650 Gelsenkirchen.

Gegen Berufsverbote bei der Post gibt es jetzt die „Initiative gegen politische Disziplinierung bei der Deutschen Bundespost", Postfach 600 301, 2000 Hamburg 60

verbot •

Objekt
von Heinz Diesel

**h zwei internationale
strationen zum 5. Jah-
-Erlasses stattfinden:
rf mit Teilnehmern aus
en Niederlanden und
g mit Teilnehmern aus
n.
ufsverboten" erbittet als Or-
er anderer Veranstaltungen
o 1 499 557 700, Bank für Ge-
l Kurz.**

ür den Betrieb denn überhaupt
noch tragbar ist'. Daß die Be-
antwortung dieser Frage au-
Berordentlich heikel ist, deutet
das Stichwort ‚Berufsverbot'
an." Besonders schwierig
seien Fälle, „in denen sich Ar-
beitgeber entschlossen haben,
Mitarbeiter mit radikalen Ideen
zu entlassen, obwohl diese
Mitarbeiter ihre eigentliche Ar-
beit anstandslos verrichten".
Bei ihrem Vorgehen müßten
die Unternehmer einen „deut-
lichen Unternehmenszweck"
und eine „deutliche Gegner-
schaft" des zu Entlassenden
betonen, „weil bei einem diver-
sifizierten Konzern, der letzt-
lich den Gewinn als Zweck hat,
eine allgemein ‚antikapitalisti-
sche' Gesinnung zur Entlas-
sung natürlich nicht genügt."
Der „Blick durch die Wirt-
schaft" hält da „einige Kleinar-
beit" für unerläßlich, es müsse
sehr konkret nachgeforscht
werden, „wie und wo der ‚Ver-
dächtige' sich in Gegensatz ge-
rade zu Zielen seines Betriebes
gesetzt hat."

Und dafür bieten sich ja in
letzter Zeit private Dedekteien
wohlfeil an.

Chile nach dem Putsch

Ein Brief aus Chile

Luis Corvalan ist frei, tausende seiner Mitgefangenen leiden weiter in den KZs der Junta. Werden einige von ihnen zum „Beweis" der Respektierung der Menschenrechte in Chile freigelassen, werden sie oft genug wenige Stunden später bereits wieder verhaftet. Grausamer noch als die Lage dieser politischen Gefangenen ist die der über 2000 „verschwundenen" Chilenen, wenn sie nicht bereits ermordet wurden. Die Jugend der Unidad Popular in der Bundesrepublik hat jetzt eine Namensliste von 365 dieser „Verschwundenen" veröffentlicht, alle hier genannten sind Jugendliche. Für sie hat sich besonders die „Aktion Kinderhilfe Chile" eingesetzt, mit Unterschriftenlisten, mit Spendensammlungen für die Angehörigen. Wie wichtig solche Aktionen für den chilenischen Widerstand sind, zeigen Antwortschreiben dieser Angehörigen an die „Kinderhilfe". KONKRET veröffentlicht einen persönlichen Brief von Marie Teresa Munoz, der Frau von José Weibel, der als stellvertretender Generalsekretär des Kommunistischen Jugendverbands Chiles am 29. März vorigen Jahres verschleppt wurde und seitdem vermißt wird.

Ich, Marie Teresa Barahona Munoz, Ehefrau des Vorstandsmitgliedes der chilenischen Jugend, Jose Weibel Navarrete, der durch die Geheimpolizei (DINA) der chilenischen Militärjunta am 29. März 1976 um 8.40 Uhr im Bus vom Zentrum nach La Florida, in meinem Beisein und der Anwesenheit meiner Kinder und aller Passagiere des Busses – unter ihnen einige Polizisten – verhaftet worden ist, wende mich an Sie, um Ihnen für die wunderbaren Solidaritätsbeweise mit dem Schicksal meines Mannes, die die Bürger Ihres Landes und die Organisation Kinderhilfe Chile zum Ausdruck brachten, meinen Dank auszusprechen.

Mit Schmerz und Sorge möchte ich Ihnen sagen, daß das Leben meines Mannes von der ungeheuren Gefahr bedroht ist, ausgelöscht zu werden.

Ich kann mir auf den rundweg ablehnenden Bescheid der chilenischen Militärjunta, die Verhaftung meines Mannes anzuerkennen, keine andere Antwort geben. Warum bestehen die chilenischen Behörden darauf, seine Verhaftung zu leugnen, die vor den Augen zahlreicher Zeugen stattfand? Warum leugnen sie die Haussuchung, die die Sicherheitsagenten in meinem Hause, Minuten nach der Verhaftung meines Mannes durchführten, ohne daß ich anwesend war, jedoch vor den Augen geduldiger Nachbarn, die in ihrer solidarischen Haltung die zuständige Polizei riefen, die jedoch nicht eintraf?

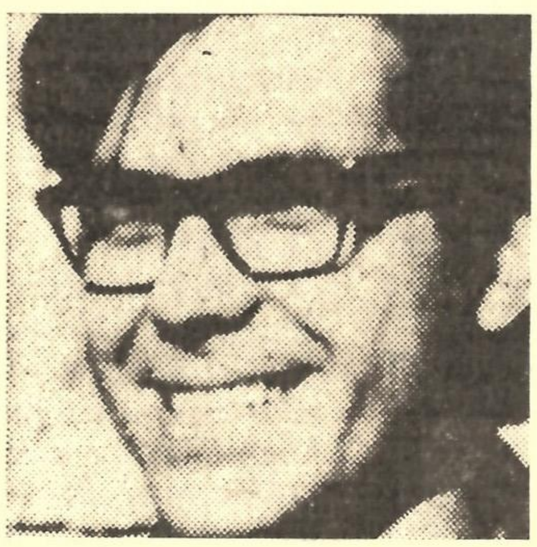
Dieses Leugnen hat einen Grund und der Grund ist, sein Leben zu beenden, während er über lange Zeit grausamen Folterungen ausgesetzt wird. Dieser Situation widersetzen meine Söhne und ich uns sehr heftig; er darf nicht ermordet werden, er hat es nicht verdient; sein Leben war immer ein Beispiel des Mutes, der Selbstverleugnung, der Aufopferung und der Liebe zu seinem Lande. Die Interessen seines Landes und seines Volkes gingen ihm zu jeder Zeit über irgendwelchen persönlichen Interessen.

In Chile und jedem anderen Land der Welt, hat jeder Sexualmörder Minderjähriger, jeder Dieb, jeder Rauschgifthändler das Recht auf Habeas Corpus; aber in Chile wird meinem Mann das Recht auf Haftfestellungsklage verweigert, weil er eine andere Ideologie vertritt als die gegenwärtig Regierenden. Für die demokratische Gesinnung der Welt ist dies ein Schlag; es ist eine Beleidigung der Menschenwürde; meine Kinder und ich wir haben ein Recht zu fordern, daß alle durch die Entwicklung der Menschheit errungenen Fortschritte zur Wahrung des Rechtes eines jeden menschlichen Wesens, auch an der Person von Jose Arturo Weibel Navarrete respektiert werden müssen. Diese Rechte dürfen nicht innerhalb einer Sekunde aus diesem Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts vernichtet werden. Die gesamte Menschheit hat das höchste Recht, sich die Werte zu bewahren, die sie sich durch Entfaltung ihrer Vernunft und ihres Gedankengutes schuf.

Ich weiß, meine Kinder und ich sind nicht allein, unsere Sache, die Forderung auf Respektierung der Menschenrechte ist die Sache der Mehrheit der ganzen Welt. Deshalb empfinden wir, trotz des Schmerzes, Freude, weil tausende und Millionen von Menschen, Jugendliche und Frauen mit uns sind; und wir wissen, mit all ihrer Unterstützung wird das grausame Problem der Verhafteten-Verschwundenen eines Tages in unserem Vaterland zu Ende gehen.

Für die Freiheit meines Mannes und aller Verschwundenen.
Es grüßt Sie.
Maria Teresa Barrahoma Munoz

Endlich frei: Luis Corvalan (mit Leonid Breschnew)



Schicksal immer noch unbekannt: José Weibel

Sonderkonto Prof. Erich Wulff
5270 55 - 602 PschA Ffm
Kennwort: Chile - Solidarität

CHILES VOLK BRAUCHT HILFE!

Mißwirtschaftshilfe

Die chilenische staatliche Kupfergesellschaft CODELCO wird in Ägypten eine Kupferraffinerie errichten. Dies ist eines der Resultate der Reise des kürzlich zurückgetretenen Wirtschaftsministers Cauas. Die Anlage zur Herstellung von Blisterkupfer wird von beiden Staaten finanziert. Eine ähnliche Operation wird auch in der BRD, in Emmerich durchgeführt, so daß sich CODELCO mit 40 Prozent an der Raffinerieanlage beteiligt, die dort errichtet werden soll.

Währenddessen übersteigt die chilenische Auslandsverschuldung bereits 5500 Millionen Dollar, und die Arbeitslosigkeitsrate beträgt nach offizieller Angabe 20 Prozent.

Auf der anderen Seite haben Unternehmen aus der Bundesrepublik seit dem Putsch insgesamt 425 Millionen Mark in Chile investiert. In diesem Jahr soll diese Summe um weitere 100 Millionen Mark erhöht werden.

CSU in Chile

Noch in diesem Jahr wird die CSU-eigene und mit Steuermitteln finanzierte Hanns-Seidel-Stiftung in Chile eine Außenstelle ihres „Instituts für internationale Begegnung und Zusammenarbeit" eröffnen. Einen entsprechenden Vertrag hat der bayerische Arbeitsminister Pirkl für die Stiftung mit der Junta in Santiago geschlossen. Pinochet begrüßte die Initiative der CSU.

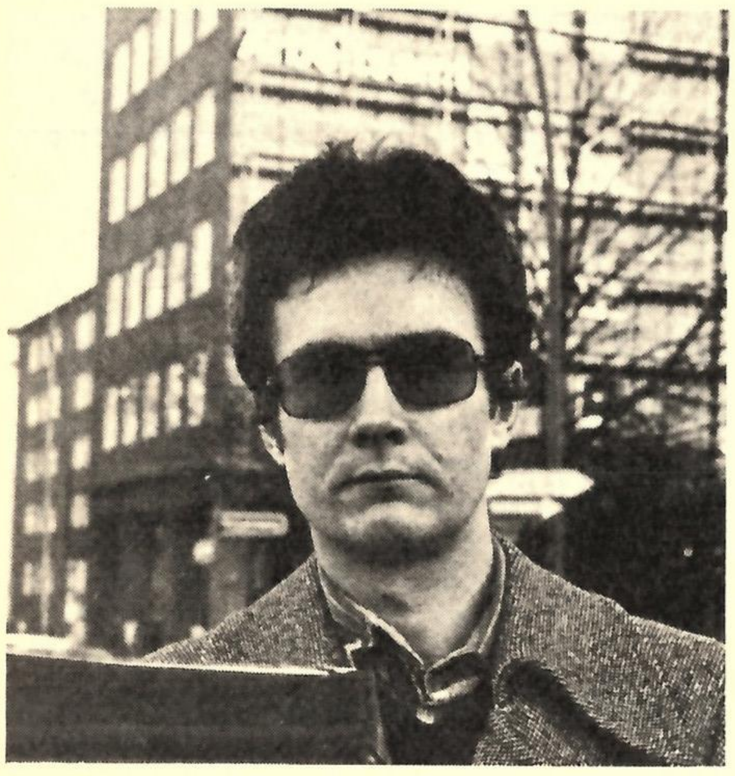
Hans Peter Herbst

Gesinnungs-TÜV

Kaum jemand weiß, daß der Technische Überwachungsverein (TÜV) nicht nur für sichere Autos verantwortlich ist, sondern auch für Planung, Bau und Betrieb von Atomkraftwerken. Wie neutral und unabhängig der TÜV bei der Kontrolle ist, zeigt der Fall Jens Pommerenke.

Jens Pommerenke arbeitet seit September 1975 als Ingenieur für Kerntechnik beim Hamburger TÜV. Zu seinem Arbeitsgebiet gehört u. a. das KKW Brokdorf. Um als Sachverständiger objektiv und neutral urteilen zu können, wollte Pommerenke sich auch die Argumente der Atomenergie-Gegner anhören. Er fuhr am 30. 10. 76 nach Brokdorf und nahm an der Kundgebung der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe teil. Obwohl er dort nur als Zuhörer aufgetreten war und sich niemandem als TÜV-Angehöriger zu erkennen gegeben hatte, sah der TÜV sein „Ansehen... und seine aufgabenorientierte Neutralität in Zweifel gezogen" und kündigte Pommerenke fristlos bzw. (vorsorglich) fristgerecht. Außerdem erteilte er ihm Hausverbot.

Pommerenke zog vor Gericht und verteilte vor dem TÜV-Eingang Flugblätter, um seine Kollegen über seine Entlassung zu informieren. Das brachte ihm eine zweite fristlose Kündigung ein. Die dritte war fällig, als Pommerenke seinen Fall in einer Fernsehsendung des NDR-Regionalprogramms schilderte. Alle drei fristlosen Kündigungen hat das Hamburger Arbeitsgericht am 4. Januar für ungültig erklärt, die Klage gegen die fristgerechte Kündigung ist noch nicht entschieden.



Jens Pommerenke: Keine „absolute Neutralität"?

In der Fernsehsendung hatte Jens Pommerenke zu seiner Teilnahme an der Brokdorf-Kundgebung erklärt: „Ich halte es für meine Pflicht, mich darüber zu informieren, wie die Gutachten verwendet werden und wann sie verwendet werden, denn wir sollen sie ja eigentlich schreiben im Interesse der Bevölkerung." Der TÜV sieht das (in einem Schriftsatz vom 4. 1. 77) anders: „Zutreffend beginnt der Kläger damit, daß absolute Neutralität die Grundvoraussetzung für die zu erteilenden Gutachten ist. Gerade das aber schließt aus, daß für diese Gutachten die Volks- bzw. Bevölkerungsmeinung auch nur die geringste Bedeutung haben kann."

Wessen Meinung beim TÜV statt dessen Bedeutung hat, zeigt ein Blick auf die Vorstandsmitglieder: Im Interesse der „absoluten Neutralität" sitzen im Vorstand des TÜV Norddeutschland u. a. folgende Unternehmen, die direkt in der Atomindustrie engagiert sind: Preussische Elektrizitäts AG, Veba, Hamburgische Electricitätswerke, Nordwestdeutsche Kraftwerke, KKW Brunsbüttel, KKW Krümmel und KKW Stade.

Sergio Tabaré

„Sie wollten uns eliminieren"

Seit ein paar Monaten sind die Gewerkschaften Ecuadors auf sozialistischem Kurs. Dafür streikten eine halbe Million Arbeiter. Dagegen flogen Molotow-Cocktails rechter Terroristen und dagegen floß auch Geld der CDU-eigenen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) aus der Bundesrepublik.

Im Mai 1974 reiste Bruno Heck, Vorsitzender der KAS und Chile-Kenner („Bei schönem Wetter ist das Leben im Stadion ganz angenehm"), nach Caracas, der Hauptstadt Venezuelas, und belehrte dort Gewerkschafter. Ohne das Bündnis Konrad Adenauers mit dem Gewerkschaftsführer Hans Böckler nach dem Krieg sei das „Deutsche Wunder" nicht möglich gewesen.

Nach diesem Rezept sollte das Wunder auch in Lateinamerika Einzug halten. Statt von Konrad Adenauer persönlich wird dieses Interesse vor der nach ihm benannten Stiftung vertreten, die, wie die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD und die Friedrich-Neumann-Stiftung der FDP, zu wesentlichen Teilen aus dem Bundeshaushalt finanziert wird. Alle drei Stiftungen wurden durch einen Beschluß aller Bundestagsparteien von unliebsamer Publizität entbunden. Die Zuwendungen, die sie erhalten, sind im Haushalt nicht aufgeschlüsselt. So können die Stiftungen vor allem im Ausland Aufgaben übernehmen, mit denen die Parteien nicht unbedingt identifiziert werden wollen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) wurde, seit die CDU in der Opposition ist, zu einem Ersatz-Außenministerium der Partei. Die KAS besitzt ein eigenes sozialwissenschaftliches Forschungszentrum (WIKAS) und gründete 1962 das „Institut für Internationale Solidarität" (IIS). Im damaligen IIS-Vorstand: Bundesminister Bruno Heck (CDU), Kai Uwe v. Hassel (CDU) und Ex-Postminister Werner Dollinger (CSU). Erklärtes Ziel des Instituts: „Förderung des demokratischen Gedankens im Ausland, besonders in Lateinamerika", insbesondere die Förderung und Ausbildung „verantwortungsbewußter" Gewerkschafter. Ganz progressiv, versteht sich: „Vor allen Dingen bei den Gewerkschaftsprojekten, die die Konrad-Adenauer-Stiftung betreut, ist es das Ziel, vorhandene einseitige wirtschaftliche Machtstrukturen abzubauen..."

Die KAS und das „solidarische" IIS suchten den Kontakt mit der CLAT, der „Central Latinoamerikana de Trabajadores", der lateinamerikanischen Gewerkschaftszentrale in Caracas mit ihren fünf Millionen Mitgliedern. Schon bald wurden Funktionäre der CLAT vom IIS in der Bundesrepublik ausgebildet. 1974 wurde ein Vertrag zwischen den CDU-Organisationen und der Gewerkschaft CLAT abgeschlossen: Die Konrad-Adenauer-Stiftung ließ der CLAT über das IIS sechs Millionen Mark jährlich zukommen. Dafür schwebte der Generalsekretär der CLAT, Emilio Maspero, auf die rechte Linie. In einem Protokoll bezeichnete Maspero seine Gewerkschaft als antikommunistische Bewegung, als „flexibel" gegenüber Militärregierungen und als „für die Förderung allein in Frage kommende Alternative zu marxistischen Gruppen".

Am 9. April 1974 wurde dann die Arbeiteruniversität Lateinamerika (UTAL) in Anwesenheit Bruno Hecks eröffent. Dort bildete die IIS zukünftige Führungskräfte der Gewerkschaft aus. Die Gewerkschaft Venezuelas ließ sich einkaufen, und damit auch weiterhin echte Arbeitnehmerinteressen nicht vertreten werden, will die holländische Regierung in diesem Jahr auch ein paar Millionen Gulden in die CLAT buttern.

Anders in Ecuador. Hier platzte die Kollaboration von KAS, IIS und CIA. Die Gewerkschaft CEDOC, ein ecuadorianischer Ableger der CLAT, bekam seit 1971 stolze 700 000 Mark jährlich von der CDU-Stiftung und dem IIS. In die Gruppe der freizügigen Geldgeber reihte sich ein vierter ein: das bischöfliche Werk „Aktion gegen Hunger und Krankheit in der Welt" – kurz „Misereor".

Verwalterin von etwa acht Millionen Mark für Lateinamerika, die Katholiken in der Bundesrepublik von „Misereor" für „notleidende Menschen in den Entwicklungsländern als Zeugnis der Bruderliebe" abverlangt werden, ist Isabel Robalino. Die christliche Dame hat noch einen anderen Job: Sie arbeitet für die CIA. KONKRET hat dafür Belege. Einen Brief der „International Development Foundation" zum Beispiel, einer Organisation, die vom Kongreß der Vereinigten Staaten als CIA-Agentur aufgedeckt wurde und deren Aufgabe es war, innerhalb der Bauernschaft Agenten zu rekrutieren, um sie später in die Bauernbewegungen einzuschleusen. In dem Schreiben, datiert vom 2. Januar 1964 und adressiert an den damaligen Präsidenten der Gewerkschaft CEDOC, heißt es: „Ich bekam von Dr. Robalino die sechs Lebensläufe der Kandidaten, die in Venezuela trainiert werden."

Die vielbeschäftigte Christenfrau, die sich auch schon mal mit Rockefeller trifft, gründete die ecuadorianische CIA-Agentur „Komitee für die Freiheit der Völker" (mit der Aufgabe, die „Menschenrechte in den sozialistischen Ländern zu verteidigen") und ist Rechtsanwältin und Treu-

händerin der ecuadorianischen Filiale der BASF.

Zurück zum Einfluß der christlichen Organisationen auf die CEDOC: Das wichtigste Instrument für „Misereor" und KAS in der Gewerkschaft wurde das Ecuadorianische Institut für soziale Entwicklung (INEDES). Generalsekretär: Isabel Robalino. Präsident: der Geschäftsführer der Börse in Quinto. Stellvertretender Generalsekretär: der Präsident der Christdemokratischen Partei Ecuadors.

INEDES arbeitete eng mit dem chilenischen Institut DESAL zusammen, das von „Misereor" und KAS rund 90 Millionen Mark und von der CIA zwanzig Millionen Dollar für den Wahlkampf des Christdemokraten Frei gegen den Sozialisten Allende erhielt.

Um den Apparat perfekt zu machen, wurde das INEFOS gegründet, das Ecuadorianische Institut für soziale Bildung, in dem Arbeiter der CEDOC im Sinne von KAS, IIS, „Misereor" und CIA geschult wurden. Präsidentin: Isabel Robalino, gleichzeitig auch Rechtsberaterin der Gewerkschaft.

Doch dann brach das Kartenhaus der bestochenen CEDOC-Funktionäre zusammen: neue Organisationen der Arbeiter und Bauern traten der Zentrale bei. Durch das Wachstum in der Industrie wuchs das Proletariat, vergrößerte sich die Basis der Gewerkschaft. Die Bauern organisierten sich in der FENOC, der radikalsten unter den Einzelgewerkschaften, die schon 1973 rund 60 Prozent der CEDOC-Mitglieder stellte. Der Druck auf die Funktionäre wurde stärker, und beim elften Nationalen Kongreß der CEDOC 1975 setzte die Basis die alten Führer ab. Am 13. November 1975 riefen schließlich alle drei Gewerkschaftszentralen Ecuadors zum Generalstreik auf. Die ausländischen Monopole drohten das Land zu boykottieren. Dann stürzte die Regierung Rodriguez Lara im Januar 76.

Als einen Monat nach Regierungswechsel der Nationalrat der CEDOC zusammenkam, um die politische Situation zu beraten, erschien auch der Generalsekretär der CLAT, Maspero, aus Caracas. Als die Linke in der Versammlung ein Dokument zur Verabschiedung vorlegte, tobte er: „Wenn ihr nicht verhindert, daß dieses Dokument verabschiedet wird, gibt es keinen Centavo mehr von der Konrad-Adenauer-Stiftung." Es wurde verabschiedet. Die KAS stoppte die Zahlungen.

Maspero antwortete mit rechtem Terror. Emilio Velasco Ortega, Präsident der CEDOC, zu KONKRET: „Am 15. Mai riefen Maspero und Cuisana (Funktionär der CLAT, d. Red.) zu einem Nationalrat auf. Allerdings ohne, daß sie dafür Befugnisse gehabt hätten. Dieser Rat verwandelte sich rasch in eine Terroraktion. Zuerst wurden wir von Horden der Christdemokratischen Jugend, angeführt von ihrem Vizepräsidenten, an der Teilnahme gehindert. Als die Versammlung trotzdem stattfand und ich zum Interim-Präsidenten gewählt wurde, begann der zweite Akt. Wir sollten einfach eliminiert werden. In der selben Nacht versammelten sich bewaffnete Banden der Christdemokratischen Jugend mit Molotows und Schußwaffen vor unserem Gebäude. Gott sei Dank rief ein Genosse die Feuerwehr und die Polizei, und so konnten wir aus dem brennenden Gebäude gerettet werden. Nicht genug damit, erschienen schon am 18. Mai die Zeitungen mit großen Lettern: Maoistische Studenten hätten die CEDOC eingenommen. Das ist eine der größten Unverschämtheiten, die es jemals in der Geschichte der Arbeiterbewegung in Ecuador gegeben hat. Wir können beweisen, daß hundertvierzig Personen in dem von der KAS finanzierten Institut eine Woche lang ausgebildet wurden, um unseren Kongreß zu sprengen."

Uwe Herzog

Spielzeugdrachen contra Sozialamt

„Suchen Sie einen linken Beruf?" fragte eine kleine hamburger Firma in einer Textanzeige in KONKRET 4/76. Rund 200 Leser antworteten darauf mit „Ja". Die Firma baut Spielzeugdrachen. Keine linken, aber sie werden mit linkem Ziel hergestellt: einem finanziell unabhängigen sozialen Versorgungszentrum.

Spiel Dich braun. Vom Foto lacht dir der fit-fröhliche Familienvater entgegen, seine Reklamefrau, zwei prächtige Knaben. Am Sandstrand, versteht sich, in Badehosen und Bikini. Im Meereswind flattern zwei Drachen mit dickem Aufdruck: „Nivea-Sonne". Die Sonnenöl-Mixer verlosen 1111 „Nivea-Sonne-Drachen", damit auch der Fabrikarbeiter „spielend braun" wird. Der Drache aus glänzender Kunststoffolie hat ansonsten ein aufgedrucktes „Gesicht", heißt „Spermy" und ist ganze 15 Meter lang. Bei Werbeaktionen ging er auch für das „Goldene Blatt", Philips und Reemtsmas Zigarette „R 6" in die Lüfte.

Hergestellt wird „Spermy" in Hamburg. Von vier Mädchen und drei Typen zwischen achtzehn und achtunddreißig. Langhaarig. Bärtig. Jeansträger. Was natürlich nichts heißt. Das „Hamburger Abendblatt" zumindest feierte ihr Produkt: „Jugendliche seien gleich gewarnt: Sie werden diese eleganten Gleiter nur mit List und Tücke ihren Vätern und Großvätern abjagen können. Denn vorwiegend die über Dreißigjährigen bis hin zu den frischen Sechzigern haben sich, erst verstohlen, dann mutiger mit den Drachen in öffentliche Parks und sogar an Nordseestrände gewagt, um mit den schimmernden, federleichten aus Leichtmetall beschichteten Kunststoff hergestellten Fliegern ihren Kinderträumen nachzuhängen." Wenn das Abendblatt wüßte, für was es da wirbt! Das sind nämlich keine adrett-dynamischen Jungunternehmer, die da ein Spielzeug auf den Markt werfen und dann mit progressiven Sprüchen auf den geschwollenen Lippen aus dem Porsche steigen. Die Drachenbauer sehen ihre Firma „Drako – Drachenmanufaktur GmbH und Co KG" im Hamburger Karolinenviertel als Mittel zum Zweck. Zum politischen und sozialen. Ihr erklärtes Ziel: Die Errichtung eines medizinischen, sozialen und psychotherapeutischen Versorgungszentrums. Arbeitslosen Jugendlichen wollen sie helfen, ausländischen Arbeitnehmern, „Rockern" – Randgruppen. Drako-Typ Ralf Dost, Psychologie- und Medizinstudent: „Wir wollen nicht im weißen Kittel hinterm Schreibtisch sitzen."

Weil sie aber auch nicht wollen, daß ihnen das Sozialamt Vorschriften machen kann, haben sie sich zunächst finanziell unabhängig gemacht – mit ihrer kleinen Spielzeugfabrik. Sie soll die Kapital-Basis zur Heilung der vom Kapitalismus geschlagenen Wunden werden. Ein pädagogisches Wunschbild: Der arbeitslose, verhaltensgestörte Jugendliche wickelt in der Werkstatt neben seinem Therapeuten, der Verpakkungsmaterial stapelt, die Drachenschnüre auf Rollen. Beide sind gleichberechtigt – in der Arbeit, beim Lohnempfang, beim Mitentscheiden.

Im Sommer '74 ging's los. Damals importierten die Studenten ihren Drachen noch aus den USA. Seit Februar '75 produzieren sie selbst. Umsatz im ersten Jahr: 280 000 Mark. 1976: 400 000 Mark. 70 000 „Spermys" fliegen schon. Ralf: „Unsere früheren Bekannten sehen uns schon als Salon-Marxisten, die im Grunde nur Geld machen wollen."

Großen Spaß macht den Drako-Leuten das Unternehmerspielen nicht. Theologie-Studentin Regina: „Es ist unheimlich nervend auf 'ner Messe zum Beispiel eine Woche lang mit Geschäftsleuten zu reden." Und dann immer wieder das Problem, daß sie ihr Endziel Versorgungszentrum noch nicht erreicht haben: „Erst haben wir keinen arbeitslosen Jugendlichen gefunden, dem wir helfen können. Bis auf einen, der vier Monate bei uns war. Und jetzt haben wir nicht genug Aufträge, um neue Leute einzustellen", sagt Bernd Meinberg, Sozialpädagogikpraktikant. Er und Ralf sind bisher Eigentümer der Firma gewesen, rein rechtlich. Die Gruppe ist dabei, Drako auch gewerblich zu einem Betrieb mit sieben Arbeitern und eben diesen sieben Bossen zu machen.

Natürlich sollen das auf Dauer mehr Leute werden. Drako sucht dringend Juristen, Betriebswirte, Volkswirte, Mediziner,

Soziologen, Psychologen. Leute, die noch in Ausbildung sind und – noch besser – solche, die einen abgeschlossenen Beruf haben. Für Arbeit mit und neben „sozial Schwachen". Ralf: „Die Idee ist ja nicht neu. In China gibt es ja auch Bauernärzte. Bauern, die medizinisch ausgebildet wurden, die nach wie vor Kartoffeln klauben und im Notfall helfen."

Wolfgang Frommlet

Kulturabkommen mit Folter-Regime

Die Bundesrepublik will mit dem Iran ein Kulturabkommen abschließen. Sie sieht zwischen dem Abkommen und dem Terror des Schah „keinen Zusammenhang".

„Uns hilft im Augenblick vielleicht wirklich nur eine radikale Betonung der Rolle der kritischen Intelligenz: die verharrende Politik mitzureißen durch eine entschiedene Stärkung der weltweiten Solidarität von Kräften der Intelligenz ... Ich sage also, die kritische Intelligenz muß in die Offensive. Heraus aus der Zurückhaltung ... Geistige, kulturelle Kooperation darf nirgendwo nur als ein Faktor der ökonomischen Produktivität Geltung haben. Sie muß sich überall auch entwickeln zu einem Faktor der moralischen Produktivität."

Das klingt engagiert, überzeugend. Fast so, als ob es ein Grund für ein Berufsverbot – pardon – ein „sogenanntes Berufsverbot" – sein könnte. Aber, der es sagte, Ende Juni in Paris, auf einer Unesco-Tagung über Probleme der Kultur und der kulturellen und intellektuellen Zusammmenarbeit, der es sagte, ist Willy Brandt.

Gelten seine Forderungen auch für ein Land, in dem Todesurteile an der Tagesordnung sind, in dem – z. B. nach dem Bericht der „British Committee for the Defence of Political Prisoners" – die Zahl der politischen Gefangenen zwischen 25 000 und 100 000 liegt; gilt das auch für ein Land, dessen Beherrscher mit Napalm und in den USA gekauften Jagdbombern die Befreiungsbewegung eines anderen Landes, nämlich die von Oman und Dhofar, zusammenbombt; dessen Geheimdienst im Ausland lebende Staatsbürger bespitzelt, bedroht, verschwinden läßt; ein Land, in dem auch die kleinste „Reform" zu noch größeren Profiten der kleinen besitzenden Klasse, speziell des herrschenden Familienclans, wird, zu einer nur noch furchtbareren Unterdrückung der Bevölkerung?

Die Rede ist vom Iran. Die Rede ist, wie bei Willy Brandt, von Kultur, von ihren internationalen Chancen, denn mit dem Regime des Schah Reza Pahlewi plant die Bundesrepublik Deutschland ein Kulturabkommen.

Doch weil es auch im eigenen Land, sogar im eigenen Parlament noch eine „kritische Intelligenz" gibt, wollte der SPD-Abgeordnete Dieter Schinzel in einer Anfrage an das „Hohe Haus" wissen, ob es denn zutreffe, daß im Iran allein in diesem Jahr 70 Menschen hingerichtet worden seien, die Menschenrechte mißachtet würden. Antwort der Bundesregierung: Es seien ihr nur 12 Todesurteile bekannt, und 10 Personen hätten sich schließlich an Morden von US-Offizieren beteiligt. Und – „daß im Iran die elementarsten Menschenrechte mißachtet werden, kann die Bundesregierung sich nicht zu eigen machen. Zwischen der Abwehr von Terroristen und dem Abschluß eines Kulturabkommens sehe ich keinen Zusammenhang."

Der Abgeordnete Schinzel hakt, vielleicht weil er eine solche Antwort nicht glauben kann, noch einmal nach. Die schriftliche Antwort des Herrn Staatsministers im Äußeren, Karl Moersch, klingt geradezu beleidigt: „Ich habe bereits in meiner Antwort vom 24. Juni 1976 festgestellt, daß die Bundesregierung zwischen der Abwehr ..." und so weiter.

Fragte der Abgeordnete den Minister: „Ist die Bundesregierung bereit, mit dem Abschluß eines Kulturabkommens mit dem Iran Forderungen hinsichtlich der Beachtung der Menschenrechte im Iran zu stellen?" Schrieb der Minister: „Die Frage ist ... mit Nein zu beantworten."

Fragte der SPD-Abgeordnete Coppik im Bundestag, ob die Bundesregierung beabsichtige, im Rahmen aller gesetzlichen und diplomatischen Möglichkeiten gegen die Tätigkeit des Geheimdienstes SAVAK in der Bundesrepublik vorzugehen, nannte der Parlamentarische Staatssekretär Baum das nur „allgemeine Behauptungen", und sollte z. B. mal in Wohnungen iranischer Exilianten in der BRD vom SAVAK eingebrochen worden sein, so wäre das, meinte der Herr Staatssekretär, eine Aufgabe der zuständigen Strafverfolgungsbehörden. So einfach ist das.

So einfach ist das wohl auch, weil wir ja von Kultur reden, mit den in Teheraner Zuchthäusern inhaftierten und Recherchen von amnesty international zufolge gefolterten Schriftstellern und Schauspielern Saeed Soltanpour, Nasser Rahmani Nezhad, Mahmoud Doulat Abbadi, Mohsen Yelefani.

Von allen weiß amnesty international, daß sie an keinerlei Gewalttaten beteiligt waren, daß der einzige „Grund" ihres Verschwindens hinter Gefängnismauern darin liegt, daß sie politische Literatur verfaßt, politisches Theater – u. a. russische Klassiker – inszeniert haben. Weder Anklageschriften noch Auskünfte über ihren Gesundheitszustand sind von den iranischen Behörden zu bekommen.

Doch warum wundert man sich über den Plan eines Kulturabkommens mit einer faschistischen Diktatur, hat doch die Bundesrepublik ein solches Abkommen bereits seit 1963 (!) mit Südafrika. Sicher weiß auch da die Regierung nichts von der Verletzung der Menschenrechte.

Sollte das Abkommen ratifiziert werden, wäre ein prominenter Kulturattaché wohl zu finden: Zum Beispiel der Bochumer Theaterdirektor Peter Zadek. Er inszenierte „König Lear" als Monumentalspektakel in Teheran. Auf die Frage eines WAZ-Redakteurs, woher er die Massen von Statisten nehmen wolle, meinte er lakonisch: von der Armee.

Günter Amendt

Zucht durch Jung-Bullen

Der Jugendpolizist (JUPO) soll her. Ein Spitzel in Sachen Jugendkriminalität, der dir erst mal einen aus- und dich später der Kripo übergibt.

Otto „Elvis" Becker hatte einige Biere zu viel abgeschluckt. Wieder mal. Die Jugendlichen im „Haus der Offenen Tür" in Frankfurts Nordend wußten, was gewöhnlich ablief, wenn Elvis zu war. Das geschah nicht oft, aber wenn es geschah, dann gerieten einige Leute in Hektik. Fast immer war es gelungen, Otto „Elvis" runter zu bringen. Besonders Hans-Jürgen B., Sozialarbeiter im Jugendhaus, hatte einen Draht zu „Elvis". Das erste Mal hatte er noch eine eingesteckt, als er Otto „Elvis" am Putz machen hindern wollte. Das zweite mal ging eine Glastüre in Bruch. Danach blieb es bei kleineren Sachbeschädigungen.

Jetzt stand Otto „Elvis" Becker vorm Flipperautomaten, und der war mehr als TILT. Ein großer Sprung lief quer über die Glasplatte. „Mach keinen Scheiß, Mann. Ich hab dich gewarnt." Der junge bärtige Mann, der Elvis von hinten anmachte, sprach ruhig, aber er stand gespannt und sprungbereit. Otto „Elvis" hob noch einmal den Apparat um einige beachtliche Zentimeter und ließ ihn dann auf den Boden knallen. Das Bierglas in der Hand torkelte er auf den Bärtigen zu. „Maul", raunzte er. Vor dem Jugendrichter sagte er später: „Ich hatte plötzlich einen wahnsinnigen Haß". Bevor „Elvis" mit seinem besoffenen Kopf auch nur irgend etwas machen konnte, hatte ihn der Bärtige im Polizeigriff. Sekunden später spürte er den Achter um die Gelenke. Otto „Elvis" Bekker hatte sich mit seinem Jugendpolizisten angelegt.

So dürfte es demnächst in den Frankfurter Jugendhäusern zugehen, wenn das Projekt „Jugendpolizei" verwirklicht wird. Was „Elvis" sich da geleistet hatte, mögen

Kenner als Jugendhausroutine abtun. Andere allerdings werden darauf verweisen, daß es sich hier um eine Latte strafbarer Tatbestände handelt: Sachbeschädigung, Beleidigung eines Beamten, Nötigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung. Ja, da kann man nicht einfach zusehen, da muß man kalt und herzlos sein. Und hinlangen muß man, wenn es das Strafverfolgungsinteresse verlangt; jedenfalls wenn man Jugendpolizist ist.

Polizeitaktisch ist die Sache mit Otto „Elvis" Becker natürlich schief gelaufen. Gewöhnlich greift der Jugendpolizist nicht direkt ein. Ihm genügt es, wenn er Zeuge eines solchen Zwischenfalls wird. Er soll auskundschaften, Informationen sammeln. Alles weitere erledigen die Kollegen von der Kripo. Der Jugendpolizist leistet „Vorfeldarbeit". Seine Aufgabe ist es, sich beliebt zu machen, mal einen auszugeben, immer Lullen bei der Hand zu haben und auch mal mit Kleingeld auszuhelfen. „Guten Tag. I bin der Sepp. I bin dein Jugendpolizist. Woas trinken mir?" So etwa.

In München erzielte man mit dieser Taktik, nach Auskunft des Polizeipräsidiums, schöne Anfangserfolge. Die Banden- und Blasenkriminalität ging zurück. Die Jugendknasts sind voll. All das ist Ergebnis einer „Verwissenschaftlichung" der Polizeiarbeit. Was sagen die Soziologen doch gleich? Arbeitslosigkeit schafft Jugendarbeitslosigkeit. Jugendarbeitslosigkeit schafft Kriminalität, Prostitution, Alkoholismus und Drogenabhängigkeit. Richtig? Richtig! Zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit bieten sich zwei Methoden an. Entweder man schafft die Arbeitslosigkeit ab, oder man schafft die Jugendlichen ab.

Dieser Erkenntnis will sich auch Frankfurts Polizei nicht länger verschließen. Sie hat ihr Pulver verschossen und im Jugendclub Bockenheim auch ihr Gas versprüht. Mit „normalen polizeilichen Mitteln" ist das Jugendproblem nicht mehr in den Polizeigriff zu bekommen. Nun sollen „18 Planstellen geschaffen werden, eine pro Revier, besetzt mit jungen Polizisten, die psychologisch und politisch geschult an beliebten Jugendtreffs in Zivil auftreten und sich in das Vertrauen der Jugendlichen einschleichen sollen. Sie sind bewaffnet und verpflichtet zur Verfolgung ‚strafbarer Handlungen', aber sollen uns als Sozialarbeiter verkauft werden". So sehen die Naturfreunde und der Bund deutscher Pfadfinder, der Hessische Jugendring und ÖTV-Vertrauensleute, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen die „Jupos".

Auf einer Veranstaltung in der Frankfurter Fachhochschule für Sozialarbeit wollten sich die Verantwortlichen von Jugendamt und Polizei noch nicht äußern. Jetzt liegt auch das Frankfurter Konzept vor. Im wesentlichen gleicht es dem Münchner Kuckucksei. Die Jugendpolizisten sollen sich „ungezwungen... grundsätzlich in bürgerlicher Kleidung in der Jugendszene bewegen". Polizeiarbeit mit eingebautem Trick. Wie der funktioniert, wurde auf der Protestveranstaltung in der Fachhochschule den 600 Jugendlichen und Sozialarbeitern vorgeführt. Ein Jugendlicher erobert das Mikrophon und ruft in den Saal: „Komm doch mal vor. Sag doch mal, was du hier willst." Der clevere Junge hatte einen Jugendpolizisten ausgedeutet. Und weil die Herren ja Anweisung haben, sich offen zu bewegen, ging der Angesprochene auch tatsächlich zum Mikrophon. Und sagte er den Satz, den man sich merken muß, der Satz auf dem das Konzept aufgebaut ist. „Ich bin hier privat!" Und das ist genau das Konzept. In der Versammlung ging es allerdings noch nicht auf. Der Jupo wurde rausgeschmissen. Mit ihm erhoben sich drei weitere Herren in Richtung Ausgang. Dienstlich? Privat? Wer weiß.

Das Konzept des Jugendpolizisten paßt in die neuen Strategien der Bespitzelung und totalen polizeimäßigen Erfassung der Bevölkerung. Der „gemeindenahe" Streifenpolizist gehört hierzu ebenso wie die perfekte Datenerfassung und das Mobile Einsatz-Kommando. Vom Blockwartsystem wurde auf einer Podiumsdiskussion in der Fachhochschule für Sozialarbeit gesprochen. „Ein trojanisches Pferd" nannte es der Frankfurter Jugendrichter Möller auf der gleichen Veranstaltung.

Der aberwitzige Plan der Jugendpolizei ist nicht nur eine Vision von 1984, sondern auch noch ein Relikt aus 1894. Im 19. Jahrhundert war die Bändigung der proletarischen Jugend ausschließlich Polizeiaufgabe. Vergessen sind die Reformbestrebungen der Weimarer Republik, die absichtlich und ausdrücklich sogenannte Jugendprobleme als Erziehungsaufgabe definierten. Ein sozialdemokratischer Reformerfolg; Jugendamt und Sozialarbeit waren die Folgen dieser Reform.

Heute scheinen diese Institutionen nicht mehr auszureichen. Übergeordnete Interessen bestimmen die Jugendpolitik, denn so die Münchner Polizei: „Der Wille des einzelnen ist meistens nicht kriminell ausgerichtet... Das Bedürfnis nach gemeinsamen Erlebnissen und Erfahrungen steht hier im Vordergrund." Eben. Und deshalb bemühen sich seit Jahren Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, diesem „Bedürfnis" einen konstruktiven Inhalt zu geben.

Trotzdem: der Jugendpolizist muß her! Sind die Sozialarbeiter den Institutionen aus dem Griff geraten?

Als die studentische Protestbewegung verebbte, schwappte eine Welle sozial engagierter Studenten auf die Fachhochschulen. Nun, Jahre nach der Studentenbewegung, schlägt diese Welle auf die sozialarbeiterische Praxis durch. Zwar gibt es noch immer den Sozialarbeiter, der seinen claim wie ein Sheriff verwaltet. Eine beachtliche Zahl von Absolventen der Fachhochschulen aber läßt sich nicht länger zu Handlangern von Behörden und Trägerorganisationen in der Jugendarbeit machen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind diese Sozialarbeiter um Vermittlung bemüht. Von einer einseitigen und „dogmatischen" Identifikation mit den tatsächlichen oder vermeintlichen Interessen der Jugendlichen kann nicht die Rede sein. Aber schon das ist zu viel bzw. zu wenig für das Kontrollinteresse und die Blockwartmentalität von Jugend- und Polizeibehörden. Deshalb hat sich die Münchner Polizei entschlossen, „ausgesuchte Beamte speziell mit dem Jugendschutz zu betrauen". Dabei haben sich, wie das Münchner Polizeipräsidium mitteilt, „recht unkonventionelle Arbeitsmethoden herausgebildet. So besuchen z. B. Jungbeamte gemeinsam mit Jugendlichen Veranstaltungen der verschiedensten Art, nehmen an Kegelabenden teil und diskutieren in Gaststätten. In einem Fall gab ein Jungbeamter Judounterricht".

Das birgt Risiken in sich. Damit die Jungs nicht ausflippen und auf einen Sozialarbeitertrip kommen, wird eine „gänzliche Freistellung der Jungbeamten... nicht angestrebt, da die Gefahr bestünde, diese Beamten der allgemeinen Polizeitätigkeit zu entwöhnen".

Münchens Polizei meldet Erfolge. Münchner Sozialarbeiter müssen das ihren Frankfurter Kollegen bestätigen. Denn wer annimmt, die Jungbullen bekämen bei den Jugendlichen keinen Stich, der täuscht sich. Sicher, bei politisch organisierten Jugendlichen hat die Jugendpolizei kaum Chancen. Da muß man beim V-Mann-System bleiben. Auch dort, wo es gelungen ist, eine sogenannte offene Jugendarbeit zu initiieren, in der Jugendliche mit Hilfe von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen eine selbstbestimmte Gruppenidentität entwickelten, werden die Jungbeamten auf Mißtrauen und Ablehnung stoßen.

Was da in den Labors der Polizeischulen zusammengebraut wird, spekuliert auf ganz andere sozial-psychologische Strukturen. Hier werden identische Motivationen von Kriminalen und „Kriminellen" zu einem gefährlichen Giftgas gemixt.

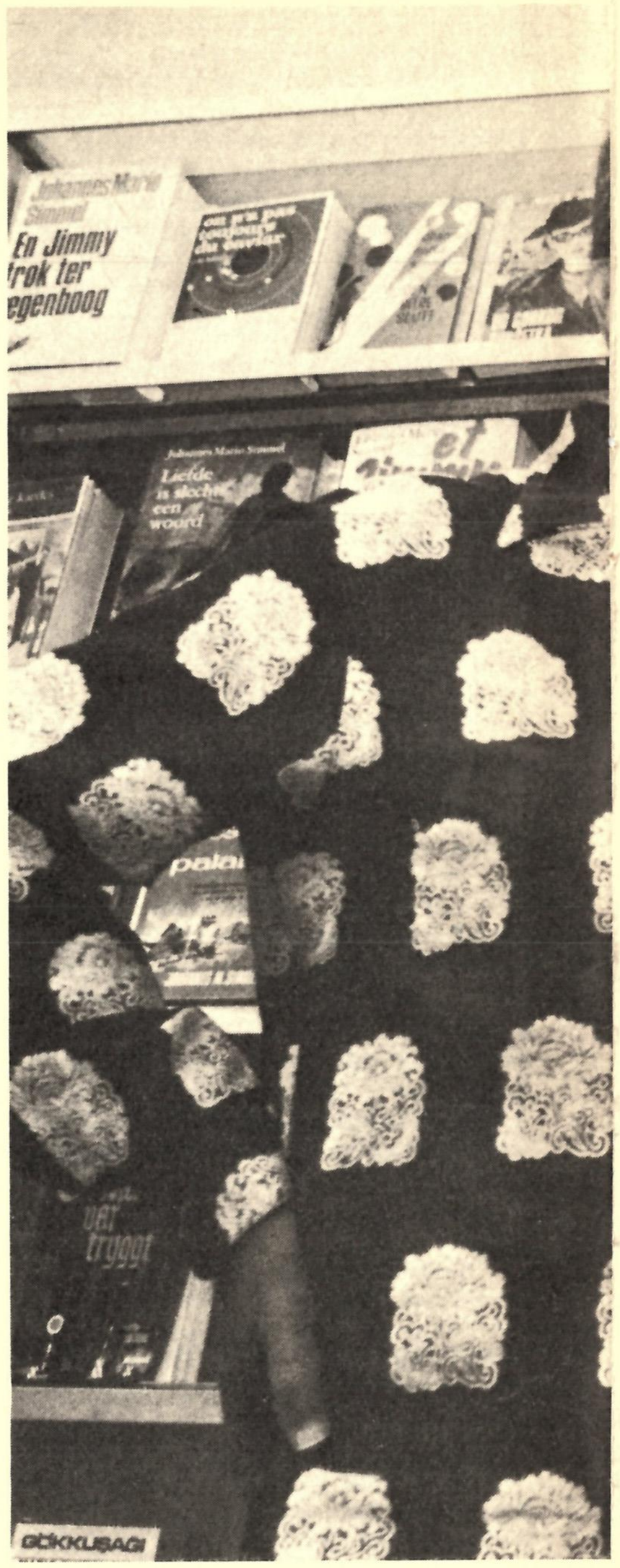
Denn oft mündet der pubertäre Omnipotenztraum von Macht und Unterdrükkung verbunden mit diffusen Rachebedürfnissen nur zufällig in scheinbar unterschiedlichen, von der Motivationsstruktur jedoch identischen Karrieren. Vom Rokkerhäuptling zum Jungpolizisten und vice versa.

Das autoritäre faschistoide Ich-Ideal aufzulösen zugunsten einer solidarischen Gruppenidentität, ist das Ziel von Sozialarbeitern. Das Konzept der Jugendpolizei – und das ist ein bemerkenswerter „Nebeneffekt" – bestärkt die bei vielen Jugendlichen feststellbaren autoritären Ich-Strukturen. Mit diesem Konzept nimmt die Polizei langfristig auch die Lösung des Nachwuchsproblems in Angriff.

Sozialarbeitern und Sozialpädagogen ist zu empfehlen, anstatt Sozialgesetzgebung und Jugendhilfegesetz die Laufbahnverordnung des Polizeidienstes zu studieren. Hier liegen alternative Berufschancen. ■

Johannes Mario Simmel, Erfolgsautor mit 17 Romanen in 18 Sprachen und einer Auflage von 29 Millionen, ist zur Überraschung nicht nur seiner linken Kritiker dem „Presseausschuß Demokratische Initiative“ (PDI) beigetreten, in dem liberale, sozialistische und kommunistische Autoren gegen rechte Umtriebe zusammenarbeiten. Im KONKRET-Interview versuchte Hella Schlumberger zu klären, ob der „Trivialliterat“ am Ende ein Geheimsozialist ist

„Es muß nicht immer die Bibel sein“



KONKRET: Es war ziemlich schwierig, Sie zu einem Interview zu kriegen. Haben Sie ein spezielles Mißtrauen gegen Journalisten?

Simmel: Nein, eigentlich nicht. Ich war 25 Jahre selber Journalist. Aber zu meiner Zeit gab's nicht diese wüsten Methoden, die es heute gibt. Die Sitten sind verwildert. Sie kriegen Leute auf den Hals, die Interwies mit Ihnen machen, von vornherein von der Redaktion losgeschickt: „So, jetzt hau ihn in die Pfanne!“. Older solche, die persönliche Animositäten haben. Oder solche, die gar nichts dafür können, wenn der Text einfach in der Redaktion umgeschrieben wird.

KONKRET: Bezieht sich Ihr Unbehagen nicht vor allem auf die deutsche Kritik?

Simmel: Ich glaube, zu recht.

KONKRET: Könnte das daher kommen, daß in der Branche „Literaturkritik“ Erfolg als unfein gilt?

Simmel: Das haben Sie gesagt!

KONKRET: Ich habe gefragt.

Simmel: Es kann einem der Verdacht kommen, ja. Immerhin erscheinen meine Bücher in 18 Sprachen und haben eine Auflage von 29 Millionen, ich bekomme Preise wie für das Theaterstück „Der Schulfreund“, habe einen Fanclub, Dissertationen werden über mich geschrieben, und an der Universität von Boston gibt es sogar eine eigene „Johannes-Mario-Simmel-Collection“. Es ist seltsam, aber in der ganzen Welt bekomme ich nicht solche Kritiken, wird nicht ein solches Theater um mich gemacht wie in Deutschland. Verzeihen Sie, wenn ich ordinär werde, aber nach dem Verkauf von 29 Millionen Büchern könnte ich den Kritikern in Deutschland wirklich sagen: „Leckt mich doch am Arsch“. Nur, so einfach ist das nicht. In der ganzen Welt – und ich komme etwas herum –, in der ganzen Welt gibt es nicht diese Idiotenunterscheidung zwischen „hoher“ und „Unterhaltungs- und Trivialliteratur“. Wenn ich „trivial“ schreiben würde, hätte ich es einfacher. Dann könnte ich jedes Jahr ein Buch schreiben. So dauert das 2 bis 2½ Jahre. Ein halbes Jahr geht mindestens für Recherchen drauf. Ich habe aus meiner Reporterzeit noch den Tick, daß alle Daten stimmen müssen. Außerdem sind die Themen, die ich mir aussuche, keine bequemen Themen – das Aufkommen der NPD, das Problem „behinderte Kinder“, Alkoholismus oder Währungsmanipulation. Damit so etwas gelesen wird, damit der Leser gezwungen wird weiterzumachen, verpacke ich das, was ich den Leuten mitteilen will, in eine spannende Handlung. Ich gebe mir Mühe, so gut zu schreiben, wie ich kann. Nein, wirklich, den Begriff „Trivialliteratur“ akzeptiere ich für mich nicht. Wenn ich dann aber nach aller Arbeit in den Kritiken lese: „Wieder Kitsch, wieder trivial“, dann hat mich das früher ziemlich getroffen. Inzwischen hat meine Empfindlichkeit außerordentlich nachgelassen.

KONKRET: Ist der Tenor hier nicht inzwischen eher: Man kommt an Simmel nicht mehr vorbei?

Simmel: Ja, das ist eine ganz komische Sache. Das ist seit ungefähr zwei Jahren umgekippt. Jetzt bin ich in einer schizophrenen Situation. Vor einem Jahr habe ich einmal im Fernsehen gesagt, ich werde behandelt wie das Pissoir der Nation, und daraufhin müssen ein paar Leute gesagt haben, ja eigentlich hat er recht, das ist eine Sauerei.

Im Augenblick bin ich gehandikapt durch das Vertrauen, das mit entgegenschlägt, und ich weiß gar nicht, ob das gut gehen wird. Ich war schon so gewöhnt daran, daß die Bücher in Deutschland auch mit schlechten Kritiken Bestseller werden – im Ausland gehen sie sowieso –, und jetzt heißt es plötzlich: „So schlecht ist der ja gar nicht!“ Das kann unter Umständen ins Auge gehen.

KONKRET: Ist es nicht langweilig, immer spannend sein zu müssen?

Simmel: Natürlich. Brecht hat gesagt, daß man die Wahrheit nur mit List verbreiten kann. Und in seinen Stücken ist soviel Spaß dabei und Ferkeleien und Spannung... Ich habe mir das auch zur Maxime gemacht. Die meisten meiner Helden – und das muß in mir liegen – haben irgendetwas, sie sind versoffen oder haben ein Herzleiden.

KONKRET: Woher haben Sie eigentlich Ihre speziellen Kenntnisse von Nachrichtendiensten?

Simmel: Ich war nach dem Krieg in Wien Dolmetscher bei den Amerikanern und habe auch für CIC gearbeitet.

KONKRET: Gearbeitet?

Simmel: Übersetzt natürlich. Ich mußte Geld verdienen, weil ich meine Mutter und meine Schwester ernähren mußte – die einzigen, die von meiner Familie übriggeblieben sind. Es lag an den politischen Ansichten meines Vaters und seines Bruders. Antifaschisten, Sozialdemokraten. Die Nazis haben sie ermordet. Es sind alle umgekommen. Alle Verwandten meines Vaters und die Verwandten meiner Mutter. Ich habe nur noch eine Schwester. Daher kommt mein ewiges Nazitrauma. Und meine Angst vor einem neuen Faschismus, auch wenn er sich nicht braun gibt. Ich fürchte die Extreme von links *und* rechts. Daher auch mein Beitritt zum PDI.

KONKRET: Was war ausschlaggebend für Sie bei diesem Beitritt?

Simmel: Ich habe von Kurt Hirsch eine Einladung bekommen. Ich habe mir angeschaut, wer alles im Presseausschuß ist, und habe gelesen, welche Ziele der PDI verfolgt: z. B. Pressefreiheit und Freiheit von Extremisten von rechts *und* links. Und ich habe gefunden, daß das in Deutschland sehr nötig ist, da bin ich eingetreten. Mir hat imponiert, daß da Leute aller Richtungen drauf sind: Lenz, Kroetz, Rinser. Wenn lauter Kroetze oder lauter Rinsers drin gewesen wären, dann wäre ich nicht eingetreten. Aber diese Mischung von Leuten, die Radikalität vermeiden wollen, das hat mir gefallen.

Es ist komisch, daß manche Leute mich immer noch für einen Konservativen oder gar Rechten halten, obwohl sie doch meine Bücher lesen, wo doch einigermaßen klar rauskommt, wo ich stehe. Was soll ich denn noch machen? Wenn's nach dem PDI-Beitritt immer noch nicht funktioniert, dann kann ich nichts mehr machen.

KONKRET: Würden Sie sich selbst als Moralisten bezeichnen?

Simmel: Ja. Ich würde sagen, daß ich ein Moralist bin – trotz der Ferkeleien, die in den Büchern manchmal stehen. Die sind ja nur drin, damit die Leute weiterlesen. Nachher kommt etwas anderes.

KONKRET: Hochanständiges?

Simmel: Nein, Hochwichtiges. Meine Bücher sind so verzahnt, daß der Leser die Spannung nur mitbekommen kann, wenn er auch das Thema verfolgt. Und das wird geschluckt.

KONKRET: Ihre Helden haben viele Schwächen. Ich denke jetzt speziell an den Helden aus „Die Antwort kennt nur der Wind", von dem Sie sagen, daß er autobiografische Züge trägt.

Simmel: Sie können alle Schwächen, die ich habe in meinen Büchern nachlesen. Mit Ausnahme von Raubmord und derlei. Ich meine: bürgerliche Schwächen. Dazu kommt, daß ich einen Ekel vor Helden habe, vor diesen Siegfrieds. Ich habe mein Leben lang eine Vorliebe für kaputte und angeknackste Typen gehabt, für Ausgeflippte, für Säufer, für Leute, die in ihren Ehen oder in ihrem Beruf nicht zurecht kommen. Mich langweilen Helden grenzenlos.

KONKRET: Wären Sie nicht mutig genug, für politische Ideen zu kämpfen?

Simmel: Nein, das würde ich nicht sagen. Auf *dem* Gebiet ganz bestimmt nicht, aber auf zwischenmenschlichem Gebiet. Vor allem was Freunde angeht, und Frauen, besonders Frauen, würde ich nachgeben, auch wenn ich glaube, ich habe recht. Das nenne ich Feigheit.

KONKRET: Hätten Sie z. B. den Mut, in Brokdorf mitzugehen?

Simmel: Ich würde mitgehen, ja. Und ich hätte eine Menge dazu zu sagen. Ich bin ja eigentlich Chemiker.

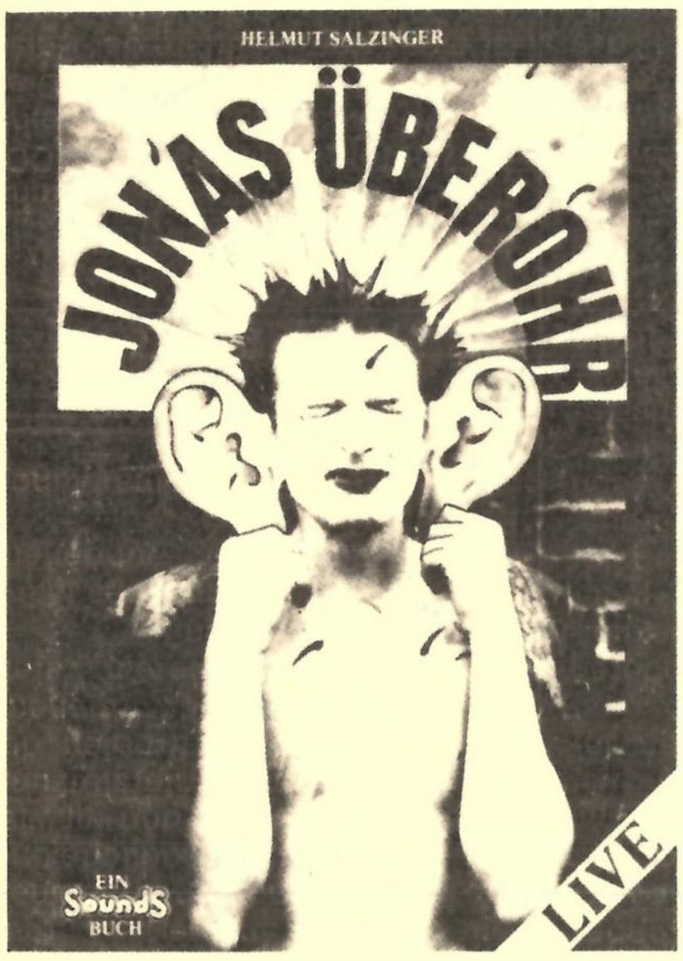
KONKRET: Geben Sie den Helden Ihrer Romane eigentlich die Chance, sich zu verändern?

Simmel: Mit Ausnahme des Superspions Thomas Lieven, der eine lustige Figur sein sollte, verändern sich alle, sonst wären die Romane ja langweilig. Aber da meine Helden so negativ sind, so schwach und so gebrechlich, und genauso persönlichem Trouble aus dem Weg gehen wollen wie ich, oder in ärgeren Fällen – nicht wie ich – bereit sind, jemanden umzubringen oder zu defraudieren, ist die Läuterung letztlich nicht sehr groß. Entweder durch eine Krankheit oder durch eine Frau oder eine Einsicht werden diese Helden dazu gebracht, ihr Leben insoweit zu verändern, daß sie dann zwar nicht gloriose Heroen werden, aber halbwegs anständige Menschen.

KONKRET: Demnach haben Sie ein eher pessimistisches Menschenbild?

Simmel: Ja, aber es gibt auch Personen wie Oppenheimer oder Einstein oder Willy Brandt, für die ich eine sehr große Verehrung habe. Einstein hat einmal gesagt: „Mit dem lieben Gott kann man nicht würfeln", und: „Der Mensch hat wenig Glück". – Der Mensch hat wirklich wenig Glück. Das ist meine Überzeugung, und daher kommt

Es ist vollbracht! Das Überbuch von Überohr



Helmut Salzinger:
Jonas Überohr Live
Kritische Ausschweifungen
über Kultur und Krebs
Illustrationen von Hans Haëm
SOUNDS-Verlag, Hamburg 1976
176 Seiten, 9,80 DM

Helmut Salzinger, Feuilleton-Star der 60er Jahre, Buchautor („Rockpower", „Swinging Benjamin"), promovierter Heidebewohner und Ex-Kolumnist der Zeitschrift SOUNDS, ist wieder da. Mit 18 seiner stärksten SOUNDS-Kolumnen. Und mehr. Mit vielen neuen, bisher unveröffentlichten Texten macht er weiter in seinem selbstmörderischen Versuch, „den Leuten systematisch auf den Geist zu gehen, ihnen irgendwie die Birne oder sonstwas anzumachen".

Die Themen: Rock, eine kranke Sache. Castaneda. Frauenemanzipation. Timothy Leary. Rock, keine kranke Sache. Die Bundesbande. Indianer. Vom Geschäft der Kritik. Subjektiv/Objektiv oder: Wer glaubt, wird selig. – Und jede Menge mehr.

Bestellen Sie „Jonas Überohr Live". Durch Einzahlung von 9,80 DM auf das Postscheckkonto Hamburg 3894 19/201, SOUNDS-Verlag GmbH, Stichwort „Überohr".

meine pessimistische Einstellung. Aber ich habe sie schon so lange, daß das schon eine Art fröhlicher Pessimismus ist. Sonst könnte ich ja auch gar nicht weiterschreiben. Ich versuche immer den Leuten zu sagen: Seid ein bißchen weniger böse und ein bißchen weniger gemein, nur ein bißchen. Wenn ich soviel Optimismus nicht hätte, würde ich es aufgeben und mich aufhängen.

KONKRET: Das klingt sehr nach privaten Ratschlägen...

Simmel: Mir ist vorgeworfen worden: Der Simmel, der schneidet zwar Probleme an, aber er bietet keine Lösungen. Das hat mich lange Zeit verrückt gemacht. Wenn ich Lösungen wüßte, dann würde ich keine Bücher schreiben, sondern versuchen, Politiker zu werden. Ich kenne keine Lösungen, ich bin genauso hilflos wie meine Leser. Im Grunde habe ich ihnen nur voraus, daß ich ein halbes Jahr oder länger recherchiere, bis ich genau weiß, welche Schweinereien wer begeht und wie, und das dann mitteile. Dann überlasse ich dem Leser festzustellen: Das muß geändert werden.

KONKRET: Haben Sie denn durch eines Ihrer Bücher selbst schon einmal etwas verändert?

Simmel: Ja, obwohl ich früher der Meinung war, daß eigentlich nur die Bibel und das „Kapital" die Welt verändert haben. Bei mir war es der Roman über die behinderten Kinder, „Niemand ist eine Insel". Da bin ich losgezogen über sämtliche Regierungen von rechts bis links, über sämtliche Hilfsorganisationen, ob kirchlich oder nicht, und habe ihnen vorgeworfen, daß sie sich nicht genug um diese Kinder kümmern. In mehreren Ländern, in denen das Buch bereits erschienen ist, wurden daraufhin Gesetze geändert. Ich habe zum ersten Mal, seit ich schreibe, und das tue ich sei Kriegsende, den Triumph, den privaten Triumph, der mich glücklich macht, sagen zu können, ich habe ein Buch geschrieben, das positive Auswirkungen gehabt hat.

KONKRET: Was für ein Verhältnis haben Sie zu Geld? In Ihren Büchern spielt es eine große Rolle.

Simmel: Ich habe ein völlig chaotisches Verhältnis dazu. Jetzt wird es langsam besser. – Aber sonst mache ich zum Kummer aller, die mich kennen, Sachen, bei denen Ihnen die Haare zu Berge stehen. Wenn ich mal viel Geld habe, verschenk ich's den falschen Leuten oder kaufe Geschenke, die maßlos übertrieben sind. Wissen Sie, Geld hat einen Vorteil: Wenn Sie so viel haben, daß Sie sich von niemandem sagen lassen müssen: „Du mußt das und das schreiben!", dann ist das herrlich. Das ist ein Zustand, den ich fast erreicht habe. Trotzdem stehe ich ständig unter Erfolgszwang. Na gut, ich werde mich nicht umbringen, wenn das nächste Buch danebengeht, aber der Gedanke ist unangenehm.

KONKRET: Vor wenigen Jahren haben Sie in einem Interview gesagt, Sie seien überzeugt, daß sich die europäischen Regierungen allmählich nach links, dem Sozialismus entgegen entwickeln würden. Was sagen Sie zur augenblicklichen Situation in Europa?

Simmel: Ich kann mich fürchterlich irren, aber meine große Hoffnung geht doch in Richtung Sozialdemokratie. Es gibt keine ideale Sozialdemokratie, das wissen wir alle, vielleicht wird es sie nie geben. Bernhard Shaw hat einmal gesagt: „Von allen schlechten Regierungsformen ist der Sozialismus die beste".

KONKRET: Wo sehen Sie diesen Sozialismus verwirklicht?

Simmel: Das Jugoslawien der 50er Jahre hat mich entzückt, wo z. B. die Angestellten beteiligt waren an den Hotels, in den Betrieben, und wo es wirklich gerecht zugegangen ist. Jetzt, dieses Bonzentum, das ist natürlich nicht das Richtige. So pessimistisch bin ich: Daß die Rechten eine ideale und uns allen zusagende und der Welt wohltuende Form finden, sich zu arrangieren, das glaube ich nicht. Meine Hoffnung ist noch immer, daß sich die bisher nirgends vorhandene, erträumte Art von perfekter Sozialdemokratie doch über die Welt verbreitet. Aus Vernunftgründen. Ich habe viele Bücher geschrieben und in denen kommen viele „kleine Leute" vor, die meistens Prügel kriegen. Nur manchmal sind sie schlau und kommen durch. Ich muß da immer an den Schweyk denken, meine Lieblingsfigur in der Literatur. Ein Mann, der durch die Vorspiegelung von Blödheit die anderen so schafft, daß er durchkommt. Ein Traum von mir wäre also schon eine Welt von Schweyks, die sich alle wie Brüder benehmen, auf einem sozialdemokratischen Parkett, das durchaus nicht perfekt ist.

KONKRET: Werden Ihre Romane auch in der DDR veröffentlicht?

Simmel: Alles was mit der DDR zusammenhängt, ist alles andere als schön. Meine Bücher erscheinen in allen Ostblockstaaten, und eines ist auch in der DDR erschienen – das „Vaterland". Danach haben sie alle Beziehungen zu mir abgebrochen. Solange ich gesagt habe, im Westen sind die und die Mißstände und da sind die alten Nazis, solange war alles ok, und ich war willkommen. Dann habe ich mir erlaubt zu sagen, es gibt ja auch einen SSD drüben und es passiert ja auch bei euch genug, es gibt die Mauer und den Schießbefehl und politischen Zwang und Gefängnisse für Regimegegner, ach – schon für Regimekritiker. Seither kann ich nicht mehr über die DDR-Autobahn fahren, meine Bücher sind verboten, meine Filme werden nicht mehr gekauft, alle meine Fernsehinszenierungen und mein Theaterstück werden nicht mehr gezeigt.

KONKRET: Sie sagten, daß in Ihren Romanen viele „kleine Leute" vorkommen. Arbeiter allerdings kaum. Kommt das, weil Sie kein Verhältnis zu Arbeitern haben, ihr Milieu vielleicht nicht „spannend" genug finden, oder meinen Sie, es gibt keine klassenbewußten Arbeiter mehr?

Simmel: Mich empört, daß Arbeiter, bloß weil sie eine Sozialbauwohnung und ein Auto und einen Kühlschrank haben, daß sie es gar nicht mehr gern haben, als „Arbeiter" bezeichnet zu werden. Was man mir immer zum Vorwurf macht, ist, daß Arbeiter bei mir nur als Einzelfälle auftreten, oder daß das Ganze an der Cote d'Azur spielt, wo ein Arbeiter nicht hinkommt. Das ist ein dummer Vorwurf. Meine Geschichten spielen immer dort, wo die Ereignisse sich abspielen. Wenn Sie meine Bücher lesen, werden sie feststellen, daß

zum Beispiel die großen Schieber, die Vertreter der multinationalen Konzerne, geradezu haßerfüllt geschildert sind. „So wird mit euch umgegangen!“ soll das für die Kleinen heißen.

KONKRET: Soll das nicht heißen, man kann nichts dagegen tun?

Simmel: Das sage ich nicht! Man muß etwas dagegen tun. Aber ich kann nicht mehr tun als erklären, wie so eine Schweinerei gemacht wird. Zwingt die Regierungen oder wählt die richtige Partei, um das abzustellen. Ich kann nicht sagen: Bringt die Leute einfach um.

KONKRET: Was ist also der Grund, daß Arbeiter nicht häufiger in Ihren Romanen vorkommen?

Simmel: Ich kenne das Milieu nicht genügend. Da gibt es doch die „Literatur der Arbeitswelt“, in deren Fonds ich auch schon Geld eingezahlt habe. Mir haben diese Tonbandprotokolle, die eine Zeitlang im Schwange waren, großen Eindruck gemacht. Man hat festgestellt, daß ich von sehr vielen Arbeitern gelesen werde, aber nicht als Fluchtlektüre. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Arbeiter, wenn er liest, daß einer in Cannes eine wunderbare Villa hat und eine riesige Schweinerei macht, die fünf Währungen durcheinanderbringt, daß er sich dann wünscht, das auch zu können. Da habe ich viel zu viel Achtung vor den Arbeitern. Sie kommen nicht weiter, wenn Sie Ihren Lesern nur mit dem Hammer auf den Schädel hauen. Wenn Arbeiter schreiben, dann ist das zu begrüßen, bloß müssen sie dann soviel können wie zum Beispiel der August Kühn.

Walter Jens

„Absurd und infam“

Antwort auf einen Aufruf, die „FAZ“ und ihren Literatur-Redakteur zu boykottieren (KONKRET 12/76)

Ich halte es für wohlüberlegt, daß Weiss und Harich, Böll und Fried, Kunert, Rühmkorf und Enzensberger in der „Frankfurter Allgemeinen“ (und nicht nur in Kleinzeitschriften, wo die Rechtgläubigen unter sich sind) ihre Meinung vertreten. So lange es, im Literaturteil der FAZ, für sie keine Auflagen gibt (konkret: so lange es Erich Fried möglich ist, ein radikales Poem von Peter Paul Zahl in radikaler Weise zu interpretieren), so lange ich, was meinen Text angeht, ein „In dieser Form oder überhaupt nicht“ sagen kann, sehe ich keinen Grund, warum Autoren, die sich zu der Devise „Freiheit und Sozialismus“ bekennen, ihre Einflußmöglichkeiten, die ohnehin gering genug sind, im Sinne einer Selbstkastration freiwillig beschränken sollten.

Ich halte es für unabdingbar, die Liberalität des FAZ-Literaturteils zu nutzen, um, aufklärerisch schreibend, jener Ideologie entgegenzuwirken, die in Leitartikeln, Kommentaren und Karikaturen der „Frankfurter Allgemeinen“ nicht eben selten auf den Begriff gebracht wird: die militante Freund-Feind-Ideologie der regierenden Rechten. (Siehe, ein Beispiel für viele, die Berichterstattung über Brokdorf. Siehe die rüde Gewerkschaftsfeindlichkeit. Siehe die Identikation von Unternehmer-Freiheit und Demokratie.) Wenn demgegenüber eingewendet wird, es sei eine Illusion zu glauben, man könne Widerpart auf dem Terrain der Konservativen leisten, so ist dem zu erwidern – was nützt dem Gegner mehr: Wenn ich mich seiner Waffen bediene oder wenn ich ihm das Feld von vornherein überlasse? Man täusche sich nicht: Es gibt mehr Rechte als Linke, die das Literaturblatt der FAZ seines Pluralismus wegen mit Argwohn betrachten. Der Vorwurf, wir seien Feigenblätter: nützlich bestenfalls zum Verdecken eitriger Beulen, zeugt von mangelndem Realitätsbewußtsein. Die Magnaten hinter der FAZ, die sehr genau wissen, was ein Komma bedeutet, denken – ich hab's erlebt – in diesem Punkt anders: Sie nehmen Ideologie ernst. Den von Pluralismus Redenden ist der wahre, Sozialisten einschließende Pluralismus suspekt.

Ich halte, das ist die eine Seite, den Boykott-Aufruf unter politischen Aspekten mithin für absurd. Und nicht allein ich: Die Tatsache, daß sich Autoren wie Alfred Andersch, Peter Schneider und Günter Wallraff an der von Marcel Reich-Ranicki inaugurierten Umfrage beteiligten, welches Buch in diesem Herbst für den oder jenen das wichtigste sei, zeigt zur Genüge, wie die von Gremliza angesprochenen Autoren über den Boykott-Aufruf denken.

Ich halte darüber hinaus, das ist die andere Seite, die Attacke gegen einen Mann, dem es – o ja! – wie keinem zweiten zu verdanken ist, daß Literatur hierzulande zumindest in bescheidenem Umfang wieder eine öffentliche Affäre geworden ist... ich halte diesen Angriff für indiskutabel, ja, für perfid. (Und für unseriös überdies, wenn man an die Fülle der Falschmeldungen denkt, die er enthält: Nicht einmal Grass wollte Reich-Ranicki haben, bei der Gruppe 47? Klatsch und Literaturgerede! Das Honorar der FAZ sei, zumal für prominente Linke horrend? Eine Mark siebzig pro Zeile – glaubt jemand im Ernst, dafür ließe sich einer kaufen?)

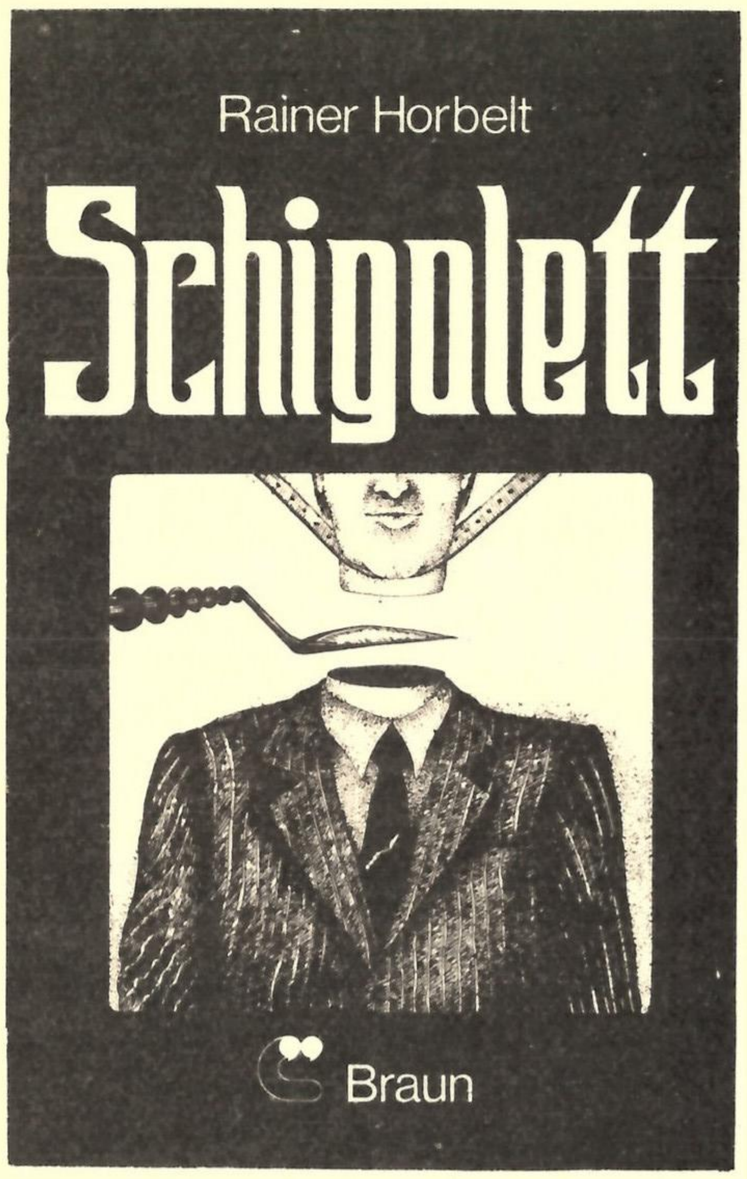
Perfid, in der Tat: Was immer man gegen Reich-Ranicki und seine Kritiken einwenden mag (kein Zweifel, daß er in der Walser-Rezension gegen sein Grund-Gesetz verstoßen hat: Es ist Aufgabe des Kritikers, die Qualität eines Buches und nicht, im Stil Heines, die Karätigkeit einer Person zu beurteilen); was immer man einem – Gottlob umstrittenen! – Mann vorwerfen mag (der schließlich Brecht bereits zu einer Zeit verteidigte, als Kalte Krieger noch Hexenverbrennung betrieben): Man tu's getrost und rede politisch. Aber zu behaupten, hier sei einer mit Hilfe eines „Jagdscheins“ zu Ansehen gelangt und verdanke die Rolle, die er spielt, ausschließlich seiner jüdischen Herkunft, das ist ebenso absurd wie infam. Bösartiger als es im Dezember-KONKRET geschehen ist, kann man wirklich nicht argumentieren: Da wird „Politik“ zum Vorwand genommen, um einen Mann in seiner Existenz zu vernichten... und zwar zum zweiten Mal in seinem Leben.

„Jagdschein“, „Intrigrant“, „Rückgrat gebrochen“: Nein, das kann nicht unwidersprochen bleiben. Der Anonymus, der nicht, wie ich und andere irrtümlich annahmen, Hermann L. Gremliza ist, täte gut daran, seinen Namen zu nennen und seinen Artikel zu überdenken: so wie man's zu Zeiten tat, in der Epoche der kaiserlichen Sozialdemokratie, als Höflichkeit, Takt und Noblesse der Linken als Kardinaltugenden galten.

PS: Ich nehme an, daß ich diesen Brief, um der Sache willen, auch geschrieben hätte, wenn Marcel Reich-Ranicki nicht mein Freund wäre. Mein Freund – jawohl, politischen Differenzen zum Trotz: ein Freund, den ich, nach dem anonymen Artikel, schwerer von der Tatsache überzeugen werde, daß das Vokabular der Inquisition („ließ sich bei der FAZ seinen Jagdschein erneuern“) eines und die Sprache jenes Sozialismus, den „demokratisch“ zu nennen eine Tautologie zu formulieren heißt, ein anderes ist.

„Tut nichts, der Jude wird verbrannt“: Für mich – es schmerzt das sagen zu müssen – war's der Jargon von Lessings Patriarchen, der das Pamphlet gegen Reich-Ranicki bestimmte – und nicht jene Diktion, die, bei aller Polemik und leidenschaftlich, ja, sarkastischen Opposition, Humanität transparent macht, weil sie den Andersdenkenden ernst nimmt. ■

Rainer Horbelt: „Schigolett", Erzählungen, Linson mit Hochglanzumschlag, 160 Seiten, DM 20,–.
ISBN 3-88097-018-1



Rainer Horbelt versteht es, seine Themen von banaler Beiläufigkeit bis zur brutalen, tödlichen Eindringlichkeit zu steigern. Er liefert in Fortentwicklung der in unserer Gesellschaft bestehenden Strukturen die totale negative Utopie.
Sprachlich knapp, hart und genau lassen seine Geschichten den Leser in fast atemloser Spannung zurück.

Literarischer Verlag
Helmut Braun KG
Dünnwalder
Mauspfad 390
5000 Köln 80
Telefon 0221-601457

Bertoluccis Film-Opus „1900", zweiter Teil

Die betroffene Bourgeoisie

Eine Kritik der Kritik – besonders der von Peter Hamm (KONKRET Nr. 12/76)

Von Karl W. Pawek

In welch erbärmlichem Zustand sich die Filmkritik hierzulande befindet, weiß jeder, der Filmkritiken überhaupt noch liest. Ein paar Kritikerpäpste präjudizieren, und das Fußvolk in den Redaktionen plappert nach. Unterschiedliche Beurteilungen beruhen meist nur auf Übertragungsfehlern oder Verständnisschwierigkeiten.

Bereits in Cannes wurde stellvertretend für den bundesdeutschen Kinogänger entschieden: Bertoluccis „1900" ist schlecht. Schlecht zumindest war die Stimmung der Damen und Herren Kritiker nach der Vorführung. Fünfeinhalb Stunden lang einen Film sehen zu müssen, dessen Sprache den meisten unverständlich war, mag an den Nerven zerren. Die sensibleren unter den Filmpäpsten freilich werden schon damals geahnt haben, welch ungewöhnlich gefährlich-ermutigendes Werk dieser Bertolucci geschaffen hat. Die Bourgeois von rechts und links waren betroffen. Ohnmächtig gegenüber der formalen Brillianz des Films griffen sie zum letzten, schäbigsten Mittel, die Gefahr abzuwehren: der Diffamierung. Wieder einmal sollte die veröffentlichte Meinung Öffentlichkeit verhindern. (Nicht anders übrigens verfuhren ihre Kollegen von der Musikabteilung vor bald 50 Jahren mit einem ähnlich kostbaren Werk *unserer* Kultur: Brechts/Eislers Kantate „Die Mutter". Die Verrisse ähneln sich bis in die Formulierungen.)

Bertoluccis „1900" ist nicht nur ein faszinierendes Bild italienischer Geschichte, sondern – wie ich meine – einer der überzeugendsten publikumswirksamen, aufklärenden, fortschrittlichen Filme unserer Zeit, vergleichbar nur mit Bibermans „Salz der Erde". Und er ist ein Schelmenstreich gegenüber den US-amerikanischen Majorcompanies. Noch nie hatte ein Regisseur derartiges Kapital zur Verfügung, um das Sterbeglöcklein des Kapitals anklingen zu lassen. Bertolucci wußte die zwanzig Millionen zu nutzen.

Die Handlung des Films wurde bereits hundertfach referiert. Wer sie dennoch nicht kennt und es nicht vorzieht, sich den Film selbst anzusehen, kann sie – von Peter Hamm etwas eigenwillig interpretiert – in KONKRET 12/76 nachlesen. Weniger bekannt als der Handlungsablauf wurden die aus ihm entwickelten Aussagen, Erkenntnisse über die Solidarität von Landarbeitern und die Larmoyanz des Bürgers, über die Ursachen des Faschismus und seine Funktion, über die Unfähigkeit der Bourgeoisie, sich ihrer Büttel zu erwehren, über die Dummheit des Antikommunismus. Es ist ein eminent politischer Film, dessen Aussagen nicht aufgesetzt wirken, sondern aus Weinen, Lachen, Lieben, Arbeiten, Morden als sinnliche Erfahrungen nachvollziehbar sind.

Ein Beispiel von vielen: Als Alfredo, der Großgrundbesitzer, vor dem Volksgericht steht, tritt ein alter Landarbeiter an seinen früheren Patron heran, schaut ihn lange und eindringlich an wie ein noch nie gesehenes exotisches Tier. Zum ersten Mal wagt er es, seinem Herrn ins Gesicht zu blicken. Die unendliche Distanz zwischen Herrn und Knecht wird aufgehoben in diesem Blick. Und langsam überwindet der Landarbeiter seine angstvolle Ehrfurcht des Ausgebeuteten vor dem Ausbeuter, will ihn anklagen der Verbrechen seiner Vorfahren. Noch bleibt er stumm wie er war, seit ihm Alfredos Großvater die Zunge hatte abschneiden lassen, nur seine Augen, seine Lippen reden schon, er will Worte artikulieren, starrt Alfredo, dieses Menschlein, an – und plötzlich spricht er, klar, deutlich, verdammend.

Nur einmal unterbricht Bertolucci dieses Prinzip, wenn der kommunistische Landarbeiter Olmo seinen Genossen den Faschismus erklärt. Er spricht dabei in die Kamera, redet uns, die Zuschauer an.

Seine Faschismusanalyse entspricht unseren fortschrittlichsten Theorien. Und tatsächlich resultiert die Qualität dieses Films nicht aus irgendwelchen Empfindungen eines begnadeten Künstlers, sondern aus dreijähriger Arbeit am Thema. Ich kenne keinen Spielfilm, der ähnlich solide recherchiert worden wäre wie „1900", gleichgültig, ob es sich um Lebensformen des Landproletariats, das Dekor eines Herrschaftshauses, einer Kneipe, um sozialistische Agitation oder um das Schlachten und Ausnehmen von Schweinen handelt. Hätte sich Bertolucci auf ein Bekenntnis zum Sozialismus beschränkt, wäre sein Film wahrscheinlich gnädiger aufgenommen worden von der Kritik. Seine Konkretheit jedoch provozierte Wut.

Gewiß hat Bertolucci auch überzeichnet und verkürzt, um sich verständlich zu machen. Wenn seinen Film-Bösewichtern der Faschismus schon an ihren Fratzen anzusehen ist, wenn sich Sexualpraktiken unterschiedlichen Klassenstandpunkten zuordnen lassen, mag dies manchen „Gebildeten" billig erscheinen. (Auch wenn er über die Zusammenhänge von Faschismus – Patriarchat – Sexualität häufig nicht viel weiß.) Nur: verzichtet ein Autor auf derartige Signale, macht er sich ohnmächtig gegenüber den Bewußtseinsdeformationen seiner Zuschauer. Wichtig scheint mir allein, daß Typisierungen nicht dazu mißbraucht werden, sich jeglicher gesellschaftlichen Begründung der Erscheinungen zu entziehen (z. B.: Ein Faschist sieht aus wie

Landarbeiterinnen jagen einen Faschisten: Wem ist dieser Optimimus zu derb?

ein Faschist und daher ist er ein Faschist – im US-amerikanischen Durchschnittsfilm), sondern durch Erscheinungsformen Erkenntnisprozesse zu fördern.

Das eigentliche Ärgernis dieses Films für viele seiner Kritiker dürfte jedoch in dem liegen, was sie „Optimismus" nennen. Wenn Landarbeiterinnen mit Mistgabeln bewaffnet einen Faschisten jagen, ihn halb totschlagen und er dann noch bei Musik und Tanz erschossen wird, wenn Menschen in einen Rausch der Freude ausbrechen, weil der Faschismus besiegt wurde, mag dies uns Deutsche unangenehm berühren, haben wir doch den Faschismus freudig getragen oder zumindest geduldet bis zum aufgezwungenen Ende. Wer Widerstand nur als Gewissensqual kennt, wird in diesem Film über den Widerstand schnell ein rotes Kasperletheater sehen.

Diese „rote Oper" ihren Lesern zu „ersparen", scheint das Ziel der überwiegenden Mehrheit unserer Kritiker gewesen zu sein. Springers Redakteure überboten sich gegenseitig an Banalität und Fälschung: „Während der erste Teil auf die Menschen und deren Beziehungen zur Umwelt einging, konzentriert sich nun der zweite Teil auf die blutigen Geschehnisse hauptsächlich während des Faschismus in Italien" („Die Welt"). „Diesmal aber hat er sich schlicht übernommen. Ein Tolstoi der Leinwand ist er nicht. Sein vorwiegend in Rot gemaltes Fresko bleibt an vielen Stellen zu flach. Zu wenig sind seine Figuren differenziert. Zu grobschlächtig gerieten ihm die geschichtlichen Zusammenhänge, die kaum über die Klassenkampfschablone hinauskommen. Die eingestreuten Sexszenen wirken wie Köder, mit denen der Regisseur ‚lüsterne Kapitalisten' in seinen Film locken möchte" („Hamburger Abendblatt"). „Die Lüstlinge, die Bösen überhaupt sind bei Bertolucci immer die Reichen. Die schlichte Philosophie versteht sich bei ihm – er ist Kommunist" („Bild"). Sozialdemokraten taten sich schon schwerer. Die „Hamburger Morgenpost", großzügig gegenüber manchem Konfektionsfilm, gewährte „1900" in zwei Ausgaben sieben Zeilen. Zu Teil I: „Bertoluccis ‚Jahrhundert'-Film ‚1900' um Generationsprobleme erfordert ebensoviel Geduld wie er aufwendig über jedes Maß hinaus gedreht wurde." Zu Teil II: „Gegen Faschisten kämpft Bertolucci in ‚1900 II. Teil'". Vornehme Zurückhaltung übte Herr Blumenberg in der „Zeit": weder würdigte er den Film einer Einzelkritik, noch nahm er ihn in seine Filmtips auf. Wolfram Schütte von der „FR" schließlich weigerte sich schlicht, den Film überhaupt zu besprechen (Vorwand: die skandalöse Zerstückelung des Films in zwei Teile), stufte ihn aber in den „Frankfurter Filmtips" als „uninteressant" ein.

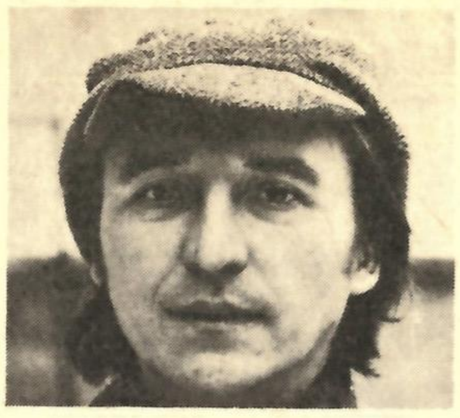
All das hätte zumindest „Linken" nur Lust machen können auf diesen Film, wäre nicht ausgerechnet in KONKRET Peter Hamm zum Kahlschlag angetreten. Für ihn ist der Film eine „melodramatische", „weitschweifende", „unwahrscheinliche", „rosige Utopie", „eine Klischee-Melange aus Agitprop und Blut-und-Boden-Kitsch", vermittelt durch „Karikaturen", „Theaterbösewichte", „Blut-und-Boden-Metaphern", „Revolutionspathos" usw. Einige seiner Formulierungen entsprechen denen von Springerredakteuren, seine genauso wenig originären „Blut-und-Boden"-Denunzierungen erinnern fatal an längst überwunden geglaubte Legitimationstheorien (Nazi-Kunst = Kommunisten-Kunst).

Wer so schimpft, muß sich getroffen fühlen. Tatsächlich verlor Hamm beim Schreiben jede Kontrolle: „Verräterischerweise filmte Bertolucci sie, die ‚Massen', oft vom Kran, also von oben, was sein anbiedernd-ausbeuterisches Verhältnis ihnen gegenüber zur Kenntlichkeit verändert." Wenn man, völlig zu Recht, filmsprachliche Ausdrucksmittel auf ihren ideologischen Gehalt hin untersucht, muß man sich den betreffenden Film schon genau ansehen. Zwar verwendet Bertolucci mehrfach den Kran, aber nicht weniger häufig als die „Massen" filmt er Zusammenrottungen der Bourgeoisie von oben. Mit Hammschen Argumentationskrücken könnte man auch Eisensteins „Potemkin" als ausbeuterisch entlarven.

Absatz für Absatz ließen sich derartige Schludrigkeiten, die in ihrer Gesamtheit doch nur eine Diffamierung darstellen, nachweisen. (Die Kritik von Peter Hamm ist veröffentlich und somit für jeden überprüfbar.) Wesentlicher scheint mir jedoch, daß Hamm mit seiner Bertolucci-Kritik an eine frühere Arbeit anknüpft. Bereits in seinem berühmt-berüchtigten Eisler-Film wurde sein Grausen vor dem abscheulichen Optimismus deutlich. Auch Eisler gegenüber scheute er nicht vor Verkleisterungen, Verdrehungen, Unterschlagungen zurück. Beiden, Eisler und Bertolucci, aber ist gemeinsam, daß sie höchste ästhetische Ansprüche und Gemeinverständlichkeit zu vereinbaren suchten auf der Basis eines konkret-utopischen, marxistischen Weltbildes. Und das kann nun einmal nur getragen sein von einem tiefen Optimismus.

Eine Kritikerin schrieb damals: „Hamm scheint beauftragt, den Optimismus in der Bewegung der Arbeiterklasse zu bekämpfen." Sicher ist er kein Agent, nur einer von uns bürgerlichen Intellektuellen, die vieles nicht mehr und noch nicht verstehen. Aber es wäre sehr schade, würde Hamms Kritik, die – wie so häufig bei Kritiken – mehr über den Autor als den Gegenstand seiner Kritik aussagt, auch nur einen einzigen Interessierten davon abhalten, sich Bertoluccis „1900" anzusehen. ■

Günter Herburger



Vor Charly hatten sie Angst

Ein Stück Utopie wagt Günter Herburger mit seinem neuen Roman „Flug ins Herz“*). Ein Milliardär wird darin entführt. Der Plan reift in der Montagehalle einer Automobilfabrik. Unser Auszug gibt einen Eindruck davon, wie es dort zugeht.

Im Grunde waren wir alle stumm. Tito sprach jugoslawisch, Alexander der Große griechisch, Johann Jakob Hiller äußerte sich manchmal in Reimen oder in seinem Dialekt. Xander Gommeran konnte nur bellen, schrieb in blitzschnellen Druckbuchstaben auf kleine, zurechtgeschnittene Zettel, von denen er immer ein Paket bei sich trug. Die einzigen, die zu reden verstanden, waren Charly und ich.

Charly war jünger als ich, breitschultrig, und sah stets sonnenverbrannt aus, als bekomme er sogar im Bett Farbe. Er ging nicht schwimmen, turnte nicht, spielte weder Fußball noch Tennis, wirkte trotzdem wie ein Athlet. Er aß und trank gern, wurde aber nicht dikker, rauchte, auch während der Arbeit, was verboten war. Die Zigarette hielt er in der hohlen Hand versteckt, mit der anderen Hand schwang er die Fettbürste. Er spreche, behauptete er, außer deutsch noch ein wenig englisch, französisch, italienisch, arabisch, doch in der Fremdenlegion sei er nicht gewesen. Er wußte auch, wie man Modellflugzeuge baut, konnte ein Motorrad zerlegen, einen Automotor, hatte sogar als Steckkartenplaner in der Elektroindustrie gearbeitet. Verstand also elektronische Schaltungen, ihren Aufbau, ihre schöne Übersicht, was er mir zu erklären versuchte. Er hatte handwerkliche Nullmuster entworfen, deren Daten allerdings von Ingenieuren ausgerechnet und bestimmt worden waren. Mir rätselhaft, weshalb er als Hilfsarbeiter in einer Fabrik sein Geld verdiente. Er hätte gut bezahlter Angestellter sein können.

„Ich bin faul“, sagte er. „Ich mag mich nicht anstrengen. Denken und überlegen gefällt mir nicht, wenn für mich nichts herauskommt. Essen, Trinken, Rauchen und Schlafen gefallen mir besser. Am liebsten wäre ich ein Strauch.“

Johann Jakob Hiller klopfte ihm auf den Rücken, als habe er ihn verstanden. Xander Gommeran nickte ihm zu, hatte von seinen Lippen abgelesen.

Ich begriff ihn nicht. Für mich verkörperte er alles, was ich nicht war, zum Beispiel blond, groß, breitschultrig zu sein. Ruhe und Selbstsicherheit konnte ich nicht ausstrahlen, an Kenntnissen und Erfahrungen war ich ärmer.

Obwohl die Natur, wie man sagt, ihm viele Vorteile geschenkt hatte, wirkte er nicht langweilig harmonisch, eher hinterhältig. Mir fielen seine perlmuttfarbenen Fingernägel auf, die vor Ölschmutz starrten, der nicht mehr abging. Seine wulstigen, genau gezeichneten Lippen waren rissig, in den Mundwinkeln bildeten sich, wenn er sprach, weiße Speichelreste. Er rülpste gern, vielleicht war sein Magen nicht in Ordnung, und er hatte einen Goldzahn wie Mära-Mära, der genau vorn im Gebiß saß und rechthaberisch funkelte. Eigentlich glich er einem athletischen Stehgeiger. Pickel hatte er auch.

Einmal, als wir in Not waren, hat Charly zu mir gesagt, ich solle keine Angst haben. Aber indem er sich an mich klammerte, konnte er mir für einen Augenblick das Gefühl geben, stärker als er zu sein.

Wir lagen in einem Straßengraben und verbargen uns, da eine Motorradstreife an uns vorbeifuhr. Die Blume von Hawaii machte die Polizei nicht auf uns aufmerksam, stand an ihr Auto gelehnt, als wolle sie die Landschaft betrachten, hatte auch ihr Kleid wieder in Ordnung gebracht, obwohl noch kurz vorher Charly sie rücksichtslos von hinten genommen hatte, während sie gebückt im offenen Fenster der Tür klemmte. Sie hatte geschrien, doch sich nicht gewehrt. Ich lag, zusehend, schon in dem Graben, in den sich dann auch Charly warf.

Charly verspritzte Fett aus seinem Kübel, wenn einer aus dem Klub der Einrichter, die an den stillgelegten Stanzen arbeiteten, an ihm vorbeiging und er sich wieder geärgert hatte, daß die Einrichter uns nicht beachteten. Hätte ich ähnliches gewagt, wären diese Edelproleten, die manchmal weiße Mäntel trugen, obwohl sie sich wie wir schmutzig machten, über mich hergefallen. Vor Charly hatten sie Angst.

Doch wir hatten keine vor ihm. Wir und er, wir waren Freunde geworden. Andererseits gehörte auch Xander Gommeran, der taubstumme Einrichter, zu uns. Tito und Alexander der Große hatten ihn gebracht. In jeder Pause verließ er seinen Herrenklub, in dem es viele gab, die Ingenieure werden wollten, in Abendschulen studierten, und kam auf unsere Seite. Er trank wie Tito und Alexander der Große immer heiße Brühe, während Charly und ich Cola nahmen. Johann Jakob Hiller trank Milch.

Während einer Frühschicht, zu der wir ausgewechselt worden waren, bekamen wir Besuch. Ein Vorstandsmitglied oder einer der Personaldirektoren aus den Bürotürmen, Waldemar von Brauchitsch, machte eine Führung durch das Werk. Solche Besuche kamen sehr selten vor. Sie stören die Akkordarbeit, denn lange nachdem sie vorbei sind, herrscht noch Unruhe unter der Belegschaft. Besucher sind wie frohe Boten aus der Außenwelt, die Veränderung allein durch ihr Auftreten zu verheißen scheinen, sie aber nie einlösen. Als wir neugierig und zugleich ein wenig furchtsam bestaunt wurden, wir Schmiede an den Stanzen und Blechputzer davor, handelten wir.

Charly, dessen beide Karosseriequetscher, Türken oder Griechen, noch nicht zu unserem Kreis gehörten und der deshalb nicht wußte, ob sie mitmachen würden, begann vorsichtig. Er erstarrte, den langstieligen Fettbesen in der Hand, auf seiner Kiste zu einem Denkmal. Hier stand der in Stein gehauene große, blonde, starke Arbeiter, auf den Verlaß war, der nie verzagte, den keine Zweifel plagten, während die nächsten Bleche vor seine Füße donnerten: Charlys Bummser konnten nicht weiterarbeiten.

Waldemar von Brauchitsch, der im Lärm die Maschinenkolosse zu erklären versuchte, hatte die Unterbrechung noch nicht bemerkt. Zwei Damen jedoch und ein älterer Neger, dick war er, trug eine Goldbrille und hatte eisgraues Rollhaar, das wie gepudert aussah, blieben bei den Blechen, die sich zu häufen begannen, stehen. Der bisher unbewegliche Charly fing nun an zu zucken. Die Quetscher an der Stanze mußten aufhören zu arbeiten, der Bieter dahinter drosselte den Nachschub, der von der anderen Stanze kam. Er legte sich mit Kopf und Oberkörper auf den Prägestock unter die hochgezogene Ramme, was sehr gefährlich aussah, um von Charlys Auftritt jenseits des Blocks nichts zu versäumen. Wir ließen an unserer Stanze auch die Arbeit ruhen.

Charly zuckte nicht mehr, schlegelte bereits mit den Gliedmaßen und schwang den Fettbesen im Kreis. Die Zuschauer wichen zur Seite. Waldemar von Brauchitsch sah nun ebenfalls zu. Charly sprang von seiner Kiste ab, hüpfte wieder hinauf, fing an, eine Sonderausgabe des Taubstummenalphabets zu morsen und zu stampfen, jaulend und lallend wie ein Hund. Eine der Damen packte er am Arm und zerrte sie zur Stanze, wollte ihr, nach oben wei-

send, die Ausmaße begreiflich machen, das Gesamtgewicht, die tausend Tonnen schwere Gewalt bei jedem Stoß. Vor Eifer schlug er um sich, brachte keine Worte heraus, nur Gekrächz und heiseres Bellen. Männliche Besucher nahmen die Damen in Schutz und stießen Charly zurück. Das hätten sie nicht tun sollen.

Charly gebärdete sich so wild, daß Waldemar von Brauchitsch, der wahrscheinlich anfangs glaubte, tatsächlich einen in seiner Ehre gekränkten und mißverstandenen Taubstummen vor sich zu haben, seinerseits die Zuschauer anschrie, dann zu Charly ging, um ihn zu beschwichtigen. Leutselig versuchte er, einen Arm um ihn zu legen, auf ihn einzureden, doch Charly riß sich los, stieß wieder Gebell aus, es klang zornig und japanisch noch dazu, also sehr zornig. Charly machte auf die Arbeitsunterbrechung aufmerksam, riß unfertige Bleche hoch, die sich gestapelt hatten, warf sie auf das Förderband zurück, zeigte zur Stanze, zeigte auf sich. Klar wurde, er gab den Besuchern Schuld an der Stokkung. Das war für uns das Signal.

Auch wir begannen, mit aufgehäuften Blechen zu donnern, uns in künstliche Wut zu steigern. Tito ließ leer die Ramme unserer Stanze herunterkrachen, was der Maschine schadete. Alexander der Große bekam den Veitstanz in die Beine. Groß tat sich Johann Jakob Hiller hervor. Da die Mannschaften an den übrigen Stanzen aus Mangel an Nachschub mit dem Prägen aufhören mußten, konnte er seinen Platz verlassen. Ebenfalls taubstumm, doch geübter als Charly, spuckte und kreischte er Erklärungen, forderte auf, ging voraus, kehrte zurück, nahm drei, vier Zuschauer bei der Hand und zog sie zu uns. Sie sollten helfen, die Karosserieteile zu ordnen, in Reihe wieder auf die Förderschnecke zu legen.

Die Besucher bückten sich, zerrten an den Blechen. Nur der Negeropa beteiligte sich nicht. Ich sah ihn zwischen unseren beiden Stanzen stehen, lachend, die Brille abnehmend vor Glück, sein Bauch bebte mit.

Herren beschmutzten sich an den Karosserieteilen, auch weiße Sommerhandschuhe gingen in Fetzen. Eine der Damen hatte sich bereits an den scharfen Kanten die Finger verletzt. Hiller wollte die Finger in den Mund nehmen, von ihnen das Blut lecken. Die Herren klatschten Beifall, wurden fröhlicher.

Charly war heiser geworden, erklärte aber weiter, drosch und lallte. Sein Bieter und seine Blechbummser redeten unverständlich aufeinander ein, als läge ihnen das Wohl der Fabrik am Herzen wider alle Vernunft. Sie überboten sich in drei verschiedenen Sprachen, die keiner verstand.

Von Brauchitsch hatte den Hohn durchschaut. Ich glaube, daß er nicht Vorstandsmitglied, nur Personaldirektor war, wie uns auch hinterher Kollegen bestätigten. Er wollte die Produktion und seine Autorität retten. Griff zu, fing zu befehlen an, schob eines unserer Bleche uneingefettet in die Stanze, denn ich gab als störrischer Taubstummer, der nichts verstand, aus lauter Blödheit den Besen nicht frei. Brauchitsch schaltete die Ramme ein und wußte, wo Knopf und Gegengriff sich befanden. Doch das trockene Karosserieteil zeigte, als der Prägestock wieder hochzog, Schrammen an der Oberfläche, mußte ausgeschieden werden.

Brauchitsch zog die Jacke aus, was ihm danach leidgetan haben wird. Er wies an, griff ein, hob, bedeutete, strengte sich an, während lauter Taubstumme ihm zustimmten.

„Seid nicht bockig", hat er gerufen. „Ich weiß, daß ihr mich blamieren wollt. Mich kriegt ihr nicht klein. Schämt euch vor den Besuchern. Das ist auch eure Fabrik. Ohne euch können wir nicht weitermachen. Versteht doch! Hat keiner ein Einsehen? Macht mir nichts vor. Ihr seid nicht stumm und taub. So viel Kranke haben wir nicht, ich weiß es. So viele stellen wir nicht ein. Es wäre blödsinnig. Gibt es auch nicht. Schon gar nicht in einer Fabrik. Was wollt ihr?"

Eine Pause entstand. Erbost und immer schneller war er in der Gasse hin- und hergelaufen. Der Kreis des Publikums wurde enger, Besucher und Kollegen vermengten sich. Auch die Einrichter nahmen nun teil. Unter ihnen sah ich Xander Gommeran stehen, der einzig wirklich Kranke. Er lallte nicht, gab keine Zeichen, blieb neugierig ernst.

Charly hat Waldemar von Brauchitschs Jacke genommen, die die Führungskraft abgelegt hatte, eine schöne, dunkle Ware mit eingewobenem Silberglimmer, der nicht auffiel, sondern bescheiden schimmerte. Charly hat die Jacke mit einem Ausschußblech kombiniert, das etwa ihre Maße besaß, und die Stanze ein Erinnerungsstück prägen lassen.

Leise war es in der Halle geworden, die Maschinen liefen nicht mehr, Charly überreichte die starre Jacke in neuer Form. Die Ärmel standen ab, der Kragen war mit Karosserie unterlegt, Schöße und Knopfreihen ließen sich nicht mehr biegen. Brauchitsch ging still durch die Gasse der Zuschauer bis zum Ende der Halle, wo der Rohbau begann, die steife Blechjacke hielt er im Arm. Die Zuschauer verstreuten sich, und die Besucher gingen Brauchitsch nach.

Eine der Damen blieb eine Zeitlang zurück. Es war die, aus deren weißen, zerfetzten Sommerhandschuhen Blut geronnen war. Sie stand verloren herum, schien auf irgend etwas zu warten. Den Bauch vorgestreckt, in einem bunten Kunstseidenkleid bot sie sich dar. Als niemand sich um sie kümmerte, ging auch sie.

Beinahe hätte Johann Jakob Hiller die Blutstropfen, die als Zeichen von der Dame Hand zurückgeblieben waren, vom Zementboden aufgeleckt, so kostbar waren ihm selbst geringste Reste des Publikums geworden. Er bückte sich tief, griff da und dort zu, nur nicht bei den Blechen, die wieder durch die Stanze wanderten. Wo blieben Anspruch und Teilnahme, die wir bei unserer Arbeit nicht fanden?

*) Das Buch erscheint in Kürze im Luchterhand Verlag

Syndikat

Autoren- und Verlagsgesellschaft

Welche Alternativen gibt es zum technokratisch verordneten Stillstand einerseits und zum fahrlässigen Raubbau an der äußeren und inneren Natur des Menschen andererseits? Hier wird nach nicht weniger gefragt als nach den Bedingungen und Möglichkeiten einer neuen Gesellschaft, einer neuen Kultur - jenseits der Krise

220 Seiten. Kart. DM 24,-

Als SYNDIKAT - REPRISE wieder zugänglich:

Henri Lefèbvre
Die Revolution der Städte

Ausgehend von einer Sozialgeschichte der Stadtentwicklung und von der Analyse der Stadt als sozialem Lebensraum, der die Alltagserfahrungen einer wachsenden Zahl von Menschen immer nachhaltiger bestimmt, formuliert Lefèbvre, man könnte sagen in letzter Minute, eine Kritik des "Urbanismus" als Institution und Ideologie.

200 Seiten. Broschur. DM 12,-

Am SYNDIKAT Interessierte werden regelmäßig durch 'Zirkulare' informiert:

Ich bin an regelmäßigen Informationen interessiert:

.....

.....

.....

bitte ausschneiden und einsenden an:
Autoren- und Verlagsgesellschaft Syndikat
Savignystr. 61 - 63, Postfach 174003
6000 Frankfurt/Main 1
Tel. 0611/751801-751781

Was lesen Autoren und was empfehlen sie? In der KONKRET-Buchkolumne gibt diesmal der Nürnberger Schriftsteller Ludwig Fels („Die Sünden der Armut") Kurztips

Ludwig Fels: Ich habe gelesen

Also, wenn ich mir ein Buch doppelt anschaffen müßte, dann wär das der Roman **„Unruhe um einen Friedfertigen"** von **Oskar Maria Graf,** der jetzt im Süddeutschen Verlag erschienen ist. Besser wurde meines Wissens das Entstehen des Faschismus noch nicht dargestellt. Am Schicksal eines jüdischen Schusters, der in einem bayrischen Dorf seine Armut lebt, wird deutlich gemacht, welche Menschen politischer Narretei geopfert werden. Die Schweine heißen wie du und ich.

Ein Lyrikband, in den ich schon wegen seiner bescheidenen Seitenanzahl verliebt bin, stammt von dem Schweizer Autoren **Jörg Steiner** und hat den bahnbrechenden Titel **„Als es noch Grenzen gab".** Daß solche Gedichte im Suhrkamp Verlag zu finden sind, hat mich echt gewundert. Steiner dichtet nicht, sondern er schreibt – damit keine Verwechslung zwischen Kunst und Kultur entsteht.

Neues gibt es von **Charles Bukowski,** dem amerikanischen Literaturrandalierer. Zum Beispiel **„Kaputt in Hollywood"** im Maro Verlag. Der Typ kommt mir vor wie eine Bierbüchse mit Gänsehaut, die einem das Gruseln auf Ami-Art lehrt. Seine Stories würden sogar die hiesigen Pornoproduzenten impotent machen. Er ist das Urbild des Scheinweltverächters.

„Gebet für Marilyn Monroe" von dem lateinamerikanischen Priester **Ernesto Cardenal** gibt es schon seit zwei Jahren, aber das Buch ist immer noch voll mit lesbarer Lyrik, an der sich auch ein Kommunist das urchristliche Herz erwärmen kann, weil es Gedichte gegen Diktatoren sind, aber auch gegen die einfache Folter der Pseudodemokratien. Lateinamerika hat uns die Vergangenheit und die Zukunft voraus, scheint es beim Lesen. Erschienen im Hammer Verlag, Wuppertal.

Was paßt noch in diese Empfehlungsliste? Auf alle Fälle der Fall **Peter-Paul Zahl,** der jetzt zum „normalen" Häftling „erzogen" wird, weil man ihm die Schreibmaschine gekascht hat im Gefängnis Köln-Ossendorf. Sein letztes Buch heißt **„Wie im Frieden",** gedruckt vom Literarischen Verlag Braun, und wer wissen will, wie das Schwulenpaar Doc Watson und Sherlock Holmes im paradiesischen Palästina sich biblisch einmachen lassen, der soll das und erst recht die anderen Geschichten lesen. Honorar in den Knast!

Gerhard Zwerenz: Mein Buchtip

Der junge, erfolgreiche und fantasievolle Buch-Hersteller Franz Greno sucht seine Gewinne dadurch zu verkleinern, daß er eine Verlagsgesellschaft Greno, 6053 Obertshausen, Offenbacher Straße gegründet hat und darin Autoren herausbringt, die ebenso gut und interessant wie unbekannt sind. So von dem Schweizer **Hans Jäger** („In den letzten 13 Jahren nur 11 Monate in Freiheit…") die Aufzeichnungen **„Wenn ich nicht geschrien hätte"** und den Erzählungsband **„Wenn ich mein Schweigen nicht gebrochen hätte",** Untertitel „Über den Schmerz der Strafe". Beide Bände nur im Schweizer Buchhandel zu haben. In der BRD bei Greno zu bestellen.

Diesen Mann wird man sich merken müssen. Und die Schweiz fragen, warum ihr Bestrafungswesen nicht menschlicher ist als etwa das bundesdeutsche, jedenfalls nicht so menschlich wie das dänische oder schwedische. Mag sein, daß die Gesellschaft mit der Strafe sich selbst bestraft. Warum aber trifft es die Untersten und Ärmsten und Schwächsten am härtesten?

Martin Walser
Der Grund zur Freude
99 Sprüche zur Erbauung des Bewußtseins

V. Teil

51. Relativ moralisch:
Ja, die Sowjetunion hätte in Prag nicht
eingreifen dürfen. Schweigend duldetest
du, daß wir den Völkermord
in Vietnam propagierten.

52. Gretchenfrage:
Immer wenn ich ihr erzählen will, wie die blaue
Suppe im Haus der Schriftsteller schmeckte und daß
Sahne darauf schwamm, sagt sie unab-
lenkbar: und Solschenizyn?

53. An Gemaßregelte
in sozialistischen Ländern:
Ich bin auf eurer Seite, seid aber ihr auch
auf meiner. Untersagt denen, die Kontinente
ausbeuten, in eurem Namen
aufzutreten wie human.

54. Reichweite der Moral:
Schikane gegen Schriftsteller im Osten wird
bei uns empört notiert. Nur gemeldet wird
die Ermordung Lumumbas, Allendes… Soll sich
darüber ein Schriftsteller freuen?

55. 21. August 1968:
Ein Versagen des Sozialismus, und gleich
wird wieder unvorstellbar die Welt, in
der es kein Verbrechen mehr wäre,
Kinder zu haben.

56. Deutsche Reisebücher:
Mit dem Industrie- und Handelskammerblick
reist unsereins durch Rußland, durch England,
tadelt die Teppichböden des Sozialismus und die
phantastischen Risse im Haus Shakespeares.

57. Biermann *oder* Das
gefundene Fressen:
Durchkreuzt die Zukunft, wieder ausgestrichen
die Möglichkeit. Darüber freuen sich,
die jetzt protestieren
wie schmerzbewegt.

58. Rhetorische Frage:
Wieso Würgen, wieso Ekel, wenn meine Zeitung
beim Austausch der Opfer Bukowski und Corvalan
beweist, daß ihr der Faschismus lieber ist
als der Sozialismus?

59. Der unaufhaltsame
Aufstieg des
Historischen Materialismus:
Auf der Ebene, auf der der Dissident verjagt wurde,
wächst keine Rechtfertigung mehr für den Sozialismus.
Wir müssen uns schon nach höheren Ebenen strecken.
Wie, zum Beispiel, wär's mit dem Himmel?

60. Wie schön wir's doch
haben:
Nicht wie die Dichter des Ostens plagt man uns
inhaltlich. Wir werden gewogen vom Kritiker
nur nach Qualität und die, heißt es, hat
mit Politik nichts zu tun.

Wer eine Neurose hat, ist ganz normal

Nicht alle Leiden sind Krankheiten. Der Psychologe Ernest Borneman zeigt, wie falsch es ist, sie samt und sonders der Medizin zu überantworten

In einem Leserbrief an KONKRET (1/77, Seite 6) kritisiert Christiane Busch meine Vermutung, daß ein großer Teil der angeblichen Neurosen unseres Zeitalters keine Krankheiten, keine abnormen Zustände, sondern Normen der bürgerlichen Gesellschaft seien und deshalb auch nicht mit psychotherapeutischen Mitteln behebbar. „Ich gestehe", schreibt sie, „mir reicht das nicht. Wenn ich eine Krankheit habe, dann will ich mich auch mit ihr auseinandersetzen."

Klarer kann man die charakteristische Illusion des bürgerlichen Zeitalters, daß seelisches Leiden stets krankhaft sei, kaum ausdrücken. Tatsächlich ist der Anteil des durch Krankheit erzeugten Leidens der Menschheit jedoch minimal. Im Widerspruch zu der bürgerlichen Vorstellung, daß alles menschliche Leiden heilbar sei, wenn man nur Geld genug hat, um den „richtigen" Arzt zu finden, entspringt die Mehrzahl aller menschlichen Leiden aber weder einer „Krankheit" der individuellen Seele noch einem „Defekt" des individuellen Körpers, sondern einer kollektiven, einer gesellschaftlichen Schuld, die auch nur kollektiv im politischen Prozeß der Gesellschaftsveränderung überwunden werden kann.

Die Flucht zum Arzt, zum Psychotherapeuten, zur Selbsterfahrungsgruppe, zum autogenen oder Sensitivitätstraining ist allzu oft nur eine Flucht vor der Erkenntnis, daß das persönliche Leiden nicht aus der Person kommt und deshalb auch nicht heilbar ist. Nichts fällt selbst dem „linken" Bürger der westlichen Industriekultur schwerer als sich mit seinem Leiden abzufinden und die Hoffnung aufzugeben, daß es therapierbar sei. Gibt es überhaupt eine Hoffnung, so ist sie nur dann berechtigt, wenn sie sich auf dem Mut, auf der Befriedigung und auf dem Stolz aufbaut, den man einzig und allein im politischen Kampf gegen die krankmachende Gesellschaft erringen kann.

Ich gebe zu, daß diese These gerade unter meinen Kollegen an den Lehrstühlen der Psychoanalyse und Sozialpsychiatrie der Bundesrepublik und Österreichs auf intensiven Widerstand stößt. So hat der Psychoanalytiker Hans Quint von der Universitätsnervenklinik Bonn, aufbauend auf dem Forschungsmaterial von Pause, argumentiert, daß in schweren Belastungssituationen, zum Beispiel in Kriegen, Unwetterkatastrophen oder Erdbeben, Neurosen eher ab- als zunehmen. Daraus hat er gefolgert, daß sich psychische Erkrankungen nicht aus gesellschaftlichen oder anderen Umwelteinflüssen deduzieren lassen, sondern nur von der „Persönlichkeitsstruktur" her erklärt werden können (Hans Quint in: „Praxis der Psychotherapie", Nr. 6, 1975). Aber wenn man Pauses sehr sorgfältig recherchiertes Material durcharbeitet, entdeckt man mit einiger Überraschung, daß es das Gegenteil dessen beweist, was Quint aus ihm herausliest. Denn gerade die Tatsache, daß unter bestimmten Umwelteinflüssen *keine* „neurotischen" Symptome auftauchen, zeigt den Primat der Umwelt über die individuelle „Persönlichkeitsstruktur".

Wenn Quint meint, das Anwachsen „neurotischer" Symptome in „permissiven" Gesellschaftsformen und -schichten beweise, daß bei zunehmender Tolerierung der Triebansprüche neurotische „Anlagen" als fundamentale Grundstörungen in Erscheinung treten, so ist das falsch. Genau das Gegenteil läßt sich damit beweisen: Nicht die individuelle Anlage, sondern das gesellschaftliche Angebot erzeugt die realitätsverneinende Entscheidung. Erst das pluralistische Angebot einer allzu großen Anzahl von Alternativen ruft jene Symptome hervor, die Quint als Resultate individualpsychologischer „Anlage" betrachtet.

Je kränker die Gesellschaft, umso alberner die Gesundbeter: Hare-Krishna-Anhänger

Jeder von uns, nicht nur der mit einer „psychopathischen Persönlichkeitsstruktur" Belastete, kann einer solchen Entscheidung zum Opfer fallen, wenn sie ihm nur verführerisch genug angeboten wird. Eben das ist ja das Kennzeichen einer Konsumgesellschaft im Gegensatz zu einer produktionsorientierten, auf Kreativität abzielenden Ordnung. Wo sich das Dilemma zwischen Realitätsbejahung und Realitätsverneinung dadurch regelt, daß die Gesellschaft einen Bonus auf Bejahung setzt (aber auch im negativen Falle, zum Beispiel in Katastrophensituationen, wo auch Davonlaufen keine Sicherheit garantiert, wo also Realitätsflucht keinen Vorteil außer dem der Selbstzerstörung bringt), schwindet die Versuchung der „neurotischen" Alternative.

Psychische „Krankheiten" sind also keine individualspezifischen Absolutismen, sondern Reaktionen des Individuums auf eine gesellschaftlich angebotene Möglichkeit der Flucht aus der Realität. Wo die Möglichkeit der Flucht nicht besteht, nimmt die Psyche sie auch nicht wahr. Die Psyche „erkrankt" entweder, weil sie weiß, daß sie gepflegt werden wird, oder weil sie sich negieren will. Beides sind legitime Reaktionen auf eine unerträgliche Umwelt. Ob es gerechtfertigt ist, solche Reaktionen in Angleichung an die somatische Medizin als „Krankheiten" zu bezeichnen, wird heute nicht nur von mir, sondern von einer wachsenden Anzahl von Kollegen in der Psychoanalyse, der Psychiatrie und der Sozialmedizin bezweifelt.

Die psychischen Beschwerden, die heute in der Praxis des niedergelassenen Arztes auftauchen (vom Facharzt ganz zu schweigen), haben ein Ausmaß erreicht, das allein von der Quantität der Fälle her die gestrige Difinition solcher Beschwerden als „Krankheiten" in Frage stellt. Wir können heute ohne Übertreibung sagen, daß in den Großstädten der westlichen Welt die Mehrzahl nicht nur der Erwachsenen, sondern schon der Kinder Symptome aufweist, die wir gestern noch als abnorm klassifiziert hätten. Kann man aber etwas als abnorm bezeichnen, das längst zur Norm geworden ist? Wo wir mehr psychisch verunsicherte als sichere Menschen vorfinden, da stellen sie die Regel und nicht

die Ausnahme dar. Ihre Symptome können nicht mehr als Anzeichen individualpsychischer Abweichungen von der sozialen Norm diagnostiziert werden, sondern müssen als die eigentliche Norm dieser Gesellschaft bewertet werden.

Die ungeheure Zahl medizinischer, pseudomedizinischer und gruppentherapeutischer Scharlatane, die heute in allen Ländern der westlichen Welt vorgeben, diese Symptome „heilen" zu können, deckt nicht nur die Überhandnahme einer neuen Berufsschicht von Großstadtschamanen auf, sondern stellt auch den Trost- und Hilfsbedarf einer ganzen Generation von psychisch verunsicherten Industriestädtern unter Beweis. Auch die Zunahme der Naturheiler und das Wuchern der religiösen Sekten, die dem gestörten Großstadtmenschen des Westens, vor allem den Jugendlichen, Trost und Stabilität anbieten (Hare-Krishna-Bewegung, Moon-Sekte, Church of Scientology usw.), ist ein Indiz katastrophal wachsender psychischer Verunsicherung.

Aber Verunsicherung ist nicht Krankheit; Verunsicherung ist ein soziogenes, kein individuogenes Syndrom. Sozial verursachte Verunsicherung kann nur durch Stabilisierung der Gesellschaft repariert werden. Eben dieser Aufgabe aber entziehen sich die Großstadtschamanen, die modernen Gesundbeter, weil sie davon profitieren, daß die Gesellschaft genauso unsicher bleibt, wie sie ist. Denn je kränker die bürgerliche Industriegesellschaft ihre Mitglieder macht, desto lauter klingeln die Kassen derjenigen, die vorgeben, den Leidenden „gesund" machen zu können.

Der ausgebildete Psychiater, Psychoanalytiker und Neurologe befindet sich hier vor einem Dilemma, das noch gravierender ist als das des Laien, der guten Glaubens meint, er könne andere in „Selbsterkenntnisgruppen", im „Sensitivitätstraining" oder in „Begegnungsgruppen", mit „Transaktionsspielen" oder Berührungsritualien, mit Atemübungen oder Meditation helfen. Denn der Laie weiß meist nicht genug von der Pathogenese der Symptome, um zu erkennen, daß sie mit keinem Therapeutikum, keiner Pharmakotherapie, keiner psychologischen oder psychiatrischen Behandlung zu „heilen" sind. Der ausgebildete Therapeut dagegen weiß dies und verdrängt es, weil er sonst erkennen müßte, daß die ganze langwierige und kostspielige Ausbildung, die er genossen hat, diesen Symptomen gegenüber nutzlos ist.

Er darf nach der Ethik seines Berufsstandes keinen Patienten abweisen, der hilfesuchend zu ihm kommt. So praktiziert er, was er gelernt hat, verschließt sich gegen die eigenen Zweifel und wehrt sich verbittert gegen die Kollegen, die erkannt haben, daß ihr Beruf überholt ist und daß die einzige Hilfe, die sie dem psychisch Leidenden in unserer westlichen Industriegesellschaft bieten können, die Veränderung dieser Gesellschaft ist. Das Ehrlichste, was wir als Ärzte, Psychiater und Psychoanalytiker für unsere Patienten tun können, ist ihnen zu sagen, daß niemand ihnen helfen kann. Helfen können sie sich nur selbst. Und das nur, indem sie an der Veränderung der Gesellschaft, die sie krank gemacht hat, aktiv mitwirken und dadurch wieder jenen Stolz, jene Sicherheit zurückgewinnen, die die bürgerliche Gesellschaft ihnen geraubt hat. ■

Ein Däniken des Feminismus?

Marielouise Janssen-Jurreit zu Ernest Bornemans Verriß ihres „Sexismus"-Buches in KONKRET 1/77

Ich frage mich, warum eine Zeitschrift wie KONKRET, die ich bisher sehr geschätzt habe, sich ohne weiteres an einer Diffamierungskampagne gegen mein Buch und an dem persönlichen, lang vorbereiteten Rachefeldzug des Herrn Borneman gegen mich beteiligt. Vor einem Jahr im November habe ich im „Vorwärts" eine Besprechung von Bornemans Buch „Das Patriarchat" geschrieben, in der ich seine Grundthese einer matristischen Urkultur, mit der dieses Buch steht und fällt, zurückgewiesen habe.

Nun besitzen Sie nicht einmal soviel journalistische Fairneß, auf diese Rezension und die ihr folgende unerfreuliche Kontroverse mit Borneman oder auf das Faktum hinzuweisen, daß Ernest Borneman in meinem Buch massiv angegriffen ist (Kapitel 8: „Matriarchate – Patriarchate, Mißverständnisse und offene Fragen"). Leserinnen und Leser, die zwar an der sozialistischen Theoriediskussion interessiert, aber Laien auf dem Feld der Vor- und Frühgeschichte und der Ethnologie sind, müßten nach der Lektüre meines Buches zwangsläufig zu der Einsicht kommen, daß Borneman sie in seinem Buch für dumm verkauft und ihnen einen Bären à la Erich Däniken aufgebunden hat.

Nur dem Umstand, daß neuere Kenntnisse auf diesem Gebiet unter den bundesdeutschen Linken so wenig verbreitet sind, verdankt es Borneman, daß er noch immer nicht der Scharlatanerie überführt ist. Nun könnte ich geduldig abwarten, bis sich der neueste Stand der Erkenntnis auch unter den westdeutschen Genossen herumgesprochen hat – immerhin habe ich vor einem Jahr im „Vorwärts" in meiner Besprechung bereits darauf hingewiesen, und eine sehr gute Zusammenfassung des marxistischen Forschungsstandes hat der des Feminismus gewiß unverdächtige Autor Klaus Ottomeyer in „Das Argument" 97 (Mai/Juni 76) gebracht. Aber all das hat die Redaktion von KONKRET offenbar nicht abgehalten – nach diesem Bericht kann ich nur annehmen „vorsätzlich" –, sich an Bornemans Rufmord meinem Buch gegenüber zu beteiligen, ohne die Befangenheit dieses Autors zu berücksichtigen, der ein elementares Interesse daran hat, mein Buch zu verreißen und es deswegen vermeidet, auch nur eine einzige meiner Thesen oder den Inhalt des Buches wiederzugeben.

Ich beschränke mich darauf, einige der gröbsten Falschbehauptungen richtigzustellen, die er mir in meiner Auseinandersetzung mit dem Sozialismus unterschiebt.

1. Ich verweigere nicht „jede Zusammenarbeit mit radikalen oder sozialistischen Parteien", sondern sage u.a. auf S. 716 meines Buches wörtlich: „Feministische und sozialistische Organisationen können Koalitionen bilden, um gemeinsame Ziele zu erreichen, aber auf der Grundlage der Gegenseitigkeit..."

2. Ich weise nicht den „Begriff der Evolution" zurück, sondern setze mich vor allem im 7. Kapitel meines Buches mit dem Evolutionismus des 19. Jahrhunderts als Theorie der geschichtlichen Entwicklung auseinander, die vom Aufbau eines Atoms oder einer Zelle bis hin zu den Abläufen der Geschichte ein und dasselbe Organisations- bzw. Entwicklungsprinzip unterstellte.

3. Ich verschweige nicht, „wie der Feminismus ... organisiert werden soll, damit er zu einer effektiven Gegenkraft werden kann", sondern sage im Schlußkapitel u.a.: „Da der Feminismus grundsätzlich andere psychologische, sexuelle und ökonomische Beziehungen zwischen Männern und Frauen anstrebt, in denen es keinerlei Privilegien mehr gibt, ist die Vorbedingung für diesen Kampf eine separate oder wenigstens auf eigene Faust handlungsfähige Organisation der Frauen. (Erst wenn es den Frauenorganisationen der etablierten Parteien, Gewerkschaften und Großverbände gelingt, organisatorisch und in ihrer politischen Zielsetzung sich eigene Handlungsspielräume zu verschaffen, könnten sie wichtige Träger des Frauenkampfes werden.)"

4. Ich habe mich nicht „von Anfang an aus der sozialistischen Bewegung ‚herausemanzipiert'", sondern sage auf S. 217 wörtlich: „die Absicht einer feministischen Kritik an Karl Marx und seinen Nachfolgern kann nicht darin bestehen, die Grundzüge seiner ökonomischen Theorien und die Beschreibung der Produktionsverhältnisse im Kapitalismus zurückzuweisen..."

Sie lassen mein Buch von einem Mann besprechen, der sein eigenes Buch zu diesem Thema als „das Kapital" der Frauenbewegung vorgestellt hat und sich ungeniert selbst in den Rang eines Karl Marx erhebt, und der seine Urteilsfähigkeit gegenüber dem Feminismus bereits vor ein paar Jahren dadurch unter Beweis gestellt hat, daß er Esther Vilar im „Spiegel" attestierte, sie habe mehr für die Befreiung der Frau getan als alle Kate Milletts dieser Welt. Seine „emphatische Unterordnung" unter die Ziele der Frauenbewegung pflegt er vor allem dadurch zu beweisen, daß er seine Einsichten bevorzugt im „Playboy" veröffentlicht.

Peggy Parnass

Auge um Auge?

In Hamburg hat ein NS-Verbrecher mal wieder Haftverschonung gekriegt. Es heißt, er sei krank. Warum nur Einbrecher im Knast verrecken dürfen, untersucht KONKRET-Autorin Peggy Parnass

Hier steht ein Mann für viele: SS-Untersturmführer Wilhelm Rosenbaum, 61. Ein Mann in den besten Jahren. Als er in den **aller**besten Jahren war, bot ihm der deutsche Staat Gelegenheit, in Polen 148 Juden eigenhändig zu ermorden. Das ist erwiesen. In Anbetracht der vielen Zeugen, die die Begegnung mit dem Kerl nicht überlebt haben, ist die Zahl wohl zu multiplizieren. Seine Sadismen und phantasievollen Sonderquälereien wurden nicht bestraft. Er ließ z. B. einem lebenden Mann beide Hände abhacken (Honka wartete wenigstens bis hinterher). Er erhängte Männer und Frauen. Machte mit der Pistole Treibjagd. Auf Menschenwild. Erschoß ein Kind auf dem Arm der Mutter.

Dieser Mann bekam 1968 nach sieben Jahren U-Haft zwar lebenslänglich. Aber immer wieder Haftunterbrechung. Zum Beispiel, als seine Frau krank war. Damit das Geschäft nicht kaputtging. Auch wenn er sich selber nicht ganz wohlfühlte. Immerhin ließ er sich dann ambulant behandeln. Oder weil Weihnachten war, gleich drei Wochen. Diesmal hat er sogar kurz vor Weihnachten sechs Monate Urlaub vom Knast gekriegt. Angeblich, weil er schwerkrank ist. Eine Krankheit, von der Ärzte und Mitgefangene bis jetzt nichts gemerkt haben, wie man hintenherum erfährt. Aber es wird ihm sicher nicht schwerfallen, Medizinerkumpel draußen zu finden, die ihm gerne eine Haftunfähigkeit attestieren. Daran hat's bei den Nazis nie gehapert.

Soviel Rücksicht wünscht man mancher Mutter, die im Knast sitzt, weil sie für ihre Familie geklaut hat. Manchem Mann, der eine Bank geknackt hat. Nur zur Information für die, die Eigentum höher schätzen als Leib und Leben: An Eigentumsdelikten hat's bei den Nazis auch nicht gefehlt. Die „wahnsinnigen Wiedergutmachungssummen", die Euch die Tränen in die Augen treiben, decken nicht einen Bruchteil von der uns geklauten Habe ab. Doch ich merk, ich werd kleinlich und komme ab vom Thema.

Ich müßte eigentlich zufrieden sein. Denn die gesamte Springerpresse schreibt so empört über Herrn Rosenbaum wie ich. Ich bin aber nicht zufrieden. Woll'n wir doch bei der Wahrheit bleiben: Es ist hier doch jedem völlig egal, ob Rosenbaum hinterm Ladentisch seiner Gattin rumsteht oder in Fuhlsbüttel das Archiv ordnet. Wie seit einem Jahr sein Kollege Dr. Hahn, ak-

Haftverschonter NS-Verbrecher Wilhelm Rosenbaum

Wolf Biermann

Die Drahtharfe
Balladen, Gedichte, Lieder.
Quartheft 82. 84 Seiten. DM 8.80

Mit Marx- u. Engelszungen
Gedichte, Balladen, Lieder.
Quartheft 31. 84 Seiten. DM 8.80

Für meine Genossen
Hetzlieder, Gedichte, Balladen.
Quartheft 62. 96 Seiten. DM 9.80

Deutschland.
Ein Wintermärchen
Quartheft 63. 72 Seiten. DM 8.80

Verlag Klaus Wagenbach

anzeige★

* Bei uns erscheinen als deutsche Erstveröffentlichung Texte von: *Marx, Lenin, Trotzki, Bucharin, Preobrashenski.*

* Bei uns erscheinen längst vergessene oder unterdrückte Texte
– von *Richard Müller* zur deutschen Revolution
– vom Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte 1918 (Originaldokumente)
– von *Rjasanov* über *Marx*
– von den Debatten in der SU der 20er Jahre (Originaldokumente)

* Bei uns erscheinen aktuelle Länderstudien zu BRD, Portugal, Spanien, USA, Lateinamerika, Südafrika, Italien u.a.

* Bei uns schreiben *Altvater, Armanski, Claudin, Damus, Fleischer, Krippendorf, Mandel, Medvedev, Meschkat, Rabehl, Schöller u.v.a.*

Bitte fordern Sie unseren Katalog unter Beifügung einer 50-Pfg.-Marke an: Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30

olle&wolter

tiver Mitarbeiter am Tod von 900 000 Juden.

Wir sind in Deutschland. Und da hat nun mal ein Mann wie Rosenbaum alle auf seiner Seite: die Humanen, weil sie auch solche Subjekte in den Mantel ihrer Menschlichkeit hüllen. Die Inhumanen sowieso. Weil er ja in ihrem Sinne gearbeitet hat.

Rosenbaum an sich kratzt die Hamburger und ihre Presse weder vorne noch hinten. Er kommt nur gerade gelegen, um einem Mann ganz anderer Art um die Ohren geschlagen zu werden. Dem Hamburger Justizsenator Prof. Ulrich Klug. Ein Mann, den ich in Baden-Baden während einer Fernsehdiskussion über die Funktion von Gerichtsgutachtern kennen und schätzen lernte. Noch bevor er nach Hamburg kam. Ein Mann, der nie enttäuschte. Ein Radikal-Liberaler, der sich vehement für die Fristenlösung, gegen die stupide Berufsverbotsschnüffelei, gegen eine Vergrößerung des Polizeiapparates und für humanere Vollzugsbedingungen, gegen die Todesstrafe und gegen „lebenslänglich" einsetzt. So konsequent liberal, daß er auch Verständnis für alle Attacken gegen seine eigene Person aufbringt.

Er ist auch der Mann, der verhinderte, daß der Richter am Oberlandesgericht, Günter Schultz, zum Senatspräsidenten gemacht wurde. Schultz, der zu Beginn seiner Karriere als Beisitzer an Rasseschande-Urteilen mitwirkte. Der Präsident des OLG stellte sich vor ihn. Er habe ja schließlich im Rahmen der damals geltenden Gesetze gehandelt. Jaja, das tut er immer.

Ich möchte unbedingt, daß dieser Justizsenator, solange er die Kraft dazu hat, im Amt bleibt. Auch wenn ich ihn im Falle Rosenbaum zwar folgen kann, aber nicht mag. Klar, daß die Rechten ihn nicht kippen wollen, weil sie meinen, daß er einem Massenmörder Zucker in den Arsch bläst. Sondern weil er gegen ihre eigenen brutalen Praktiken Sturm läuft.

Das klägliche SPD-Blatt „Hamburger Morgenpost" brauchte länger, um sich zu empören. Erst fand sie gar nichts dabei, einem weiteren Nazi eine weiße Weihnacht, einen grünen Frühling und einen goldenen Lebensabend zu bescheren. Erst nach tagelanger, lauwarmer Berichterstattung ging den Träg-Köppen auf, wie wenig opportun der Rauslassungszeitpunkt gewählt war. Ausgerechnet die Woche, in der der Hamburger Bürgermeister Klose Israel besuchte. Die Sache an sich – egal! Aber warum nicht 'ne Woche später?

Für wen wird diese Pressepose eigentlich aufgeführt? Gibt es hier noch jemand, der nicht weiß, daß Männer, die während der Hitlerzeit eine führende Rolle gespielt haben, heute, wieder respektiert, in richtunggebenden Positionen sitzen? Das gilt für Schul- und Hochschulbehörde, für Ministerien, Bundeswehr, Verfassungsschutz, Wiedergutmachungs- und Rückerstattungsgremien, Justiz und Polizei. Und da, wo einer dem Zahn der Zeit zum Opfer fällt, rückt seine Brut nach.

Mir scheint, meine Empörung wird nur von ehemaligen KZ-Insassen und einigen Mithäftlingen Rosenbaums geteilt. Sie protestieren schon seit Jahren gegen die Bevorzugung solcher Killer. Besonders die angebliche Haftunfähigkeit regt Mitgefangene immer wieder auf. Denis Pecic, Sprecher der Gefangenenvertretung: „Der betrügerische Kaufmann Henry Burmester, 56, starb qualvoll. Er hatte zwei Schlaganfälle hinter sich. Litt an Diabetes und an den Folgen einer Kriegsverwundung am Kopf. Er war teilweise gelähmt und schwer herzkrank. Trotzdem gab es für den zu 2½ Jahren verurteilten Mann keinen Gnadenerweis. Die Ärzte hielten ihn für haftfähig. Burmester starb im Oktober im UG-Lazarett." Mitgefangene haben Strafanzeige wegen unterlassener Hilfeleistung und fahrlässiger Tötung erstattet. Der Arme war aber beileibe nicht der einzige „Haftfähige", der in den letzten Jahren an etwas anderem als Altersschwäche im Gefängnis starb.

Ein humaner Strafvollzug? Das gleiche Recht für alle? Ein Recht, das dazu führt, daß Serge und Beate Klarsfeld einem Herrn Rosenbaum, einem Dr. Hahn, einem Herrn Lischka und ihren Konsorten nicht die Nase umdrehen dürfen. Auch böse Worte müssen sie sich verkneifen. Sonst würden sie bestraft. Sie sind es ja schon! Vorbestraft, weil sie wollten, daß wenigstens die Gerichte im Ausland sich einiger der Hiesigen annehmen. Die meisten Nazis haben ein reineres Führungszeugnis.

Häftlinge schrieben: „Offensichtlich sitzen heute noch Gesinnungsgenossen in staatlichen Ämtern. Wie anders ist es zu erklären, daß Rosenbaum dauernd begünstigt wird?" Das griff die KB-Zeitung „Arbeiterkampf" auf. Schon kam Rosenbaum mit einer einstweiligen Verfügung durch. Der „Arbeiterkampf" darf die Bevorzugung nicht mehr Bevorzugung nennen. Durch seinen schnellen Erfolg ermuntert, beantragte Rosenbaum jetzt, dem Kampfblatt von Gerichts wegen zu untersagen, „meinen bürgerlichen Namen zu erwähnen, um meine Resozialisierung nicht zu gefährden".

Das ist es eben. Davon reden auch Freunde und Kollegen von mir. „Resozialisierung und gleiche Praxis muß möglich sein. Wiederholungsgefahr ist doch nicht gegeben." Nee, sei denn, er tritt der Polizei bei. Und kriegt Order, in Brokdorf oder wo immer es nötig sein mag, Gelerntes umzusetzen.

Ich merk überhaupt, daß hier der Punkt ist, an dem meine Gespräche in Deutschland nicht mehr möglich sind. Ich stoß nur auf Entsetzen. Nicht etwa über Nazis („Mein Gott, das weiß man doch. Und mal muß das doch aufhören!"), sondern über meine Rachsucht. „Mensch, so kennt man dich ja gar nicht. Du bist ja richtig alttestamentarisch. Auge um Auge. Zahn um Zahn."

Ja, Freunde, gerne! Doch bei aller Rachlust, mit Haß und Schaum vorm Mund wird das wohl kaum möglich sein. Wo sollte die Rosensau so 'ne Menge Augen und Zähne herkriegen? Oder irgendeiner der andern?

An denen kann man sich nicht rächen. Aber Ihr habt recht, ich möchte gerne. Sonst ersticke ich eines Tages an meinem Haß. Ich hab jahrelang versucht zu vergessen, indem ich mich auf die heute Leidenden konzentrierte. Vielleicht wäre mir auch das Vergessen gelungen, wenn **Ihr** nicht so vergeßlich wärt. ■

Was Emma will

Seit Ende Januar gibt es „EMMA“, die erste feministische Publikumszeitschrift der Bundesrepublik. Startauflage: 200 000, redigiert von einem Kölner Frauen-Kollektiv, herausgegeben von Alice Schwarzer, die mit rund 150 000 Mark Erlös aus ihrem „Kleinen Unterschied“ auch das Startkapital für das Monatsblatt einbrachte

KONKRET: „Emma“ will das erste große feministische Monatsmagazin nicht nur in der BRD, ‚sogar in Europa‘ sein. Ist das nicht ein bißchen hochgegriffen? Woher nehmt Ihr den Mut, gleich mit 200 000 zu starten?

Schwarzer: Wir sind in der Tat das erste Unterfangen in dieser Größenordnung in Europa. Dies ist der erste Versuch von engagierten Journalistinnen, ein Profi-Blatt zu machen und damit an die Kioske zu gehen. Unser Anspruch ist ein Resultat unserer bisherigen Erfahrung. Wir haben ja in den letzten Jahren die Reaktionen gesehen von Frauen auf die Sachen, die wir publiziert haben. Der Frauenkalender wurde im vorigen Jahr mit 50 000 Exemplaren verkauft, ohne Werbung. Von meinem Buch sind jetzt 150 000 verkauft. Das sind Zahlen, an denen man sich orientieren kann. Wir halten die Auflage von 200 000 für sehr realistisch. Wir machen eine möglichst hohe Startauflage, weil vor allem am Anfang über uns gesprochen werden wird, und wenn dann Frauen auch in kleinen Orten an die Kioske gehen und uns lesen wollen, dann wollen wir auch da sein.

Lottemi Doormann, Ex-Feministin, führte das KONKRET-Interview mit Alice Schwarzer

KONKRET: „Emma“ will, wie Du in einem Rundschreiben gesagt hast, „keine Parolen dreschen, sondern hautnah an die Betroffenheit von Frauen und unseren wahren Interessen ansetzen“. Was heißt das?

Schwarzer: Es gibt gerade in der Bundesrepublik so ne linke Tradition des abstrakten Quasselns, mit dem eigentlich niemandem gedient ist. Natürlich gibt es Unterdrückte, natürlich gibt es Ausbeutung und Klassengegensätze, es gibt Geschlechtergegensätze, es gibt die Frauenmisere – na und? Das will an sich nichts besagen. Ich persönlich finde Parolen nie gut, mich interessiert Konkretes. Zum anderen denke ich, daß wir gerade in der Frauenfrage in einem Stadium sind, wo wir weit davon entfernt sind, die ganze Analyse schon gemacht zu haben, alle Antworten schon geben zu können. Ich glaube, daß wir noch ganz viel rauskriegen und lernen müssen zu sehen, zu begreifen, daß wir nicht ein paar Thesen haben können, die wir allem überstülpen. Wir müssen einfach hingucken, unsere täglichen Erfahrungen, die Realitäten aufarbeiten. Für mich persönlich war es gut, daß ich fünf Jahre in Frankreich war, denn es ist auch spezifisch deutsch, Parolen zu dreschen.

KONKRET: Und was meinst Du mit den „wahren Interessen?

Schwarzer: Unter dem Schlagwort „Emanzipation“ wird ja ganz viel verkauft. Von den verschiedensten Richtungen, mit den unterschiedlichsten Motiven. Und zum Teil hat sich dieses Schlagwort ja auch schon längst gegen die Frauen gerichtet. Jeder Schritt zur Befreiung kann auch ein Rückschritt sein, wenn er nicht von den Frauen bewußt getan wird und wenn ihn Frauen nicht mit Blick auf ihre Interessen tun.
Laß mich ein Beispiel geben: die Pille, oder: die freie Abtreibung – dafür haben wir gekämpft, müssen wir weiter kämpfen. Aber beides kann ein ungeheurer Bumerang sein für Frauen. Ich könnte mir vorstellen, daß Zeiten kommen, wo Männer sagen: Ach, bist schwanger, macht doch nichts, hier haste Geld, geh mal abtreiben, stell dich doch nicht so an. Oder auch, daß Frauen berufstätig sein sollen, daß man ihnen sagt: die moderne Frau, das ist nicht mehr son Drösel, der zu Hause sitzt, sondern die moderne Frau ist berufstätig. Gleichzeitig ist sie eine verantwortungsvolle Mutter und eine aufgeschlossene Partnerin und ist überhaupt so tolerant (sieht natürlich auch sehr tolerant über Seitensprünge ihren Mannes weg) – auch das wird ja als Emanzipation verkauft. In Wahrheit ist es die 100-Stunden-Woche und die Vergewaltigung der eigenen Bedürfnisse. Also ich will sagen, daß wir überlegen müssen, was denn nun in unserem Interesse ist, daß wir nicht schon wieder im Namen einer neuen Ideologie was übergeschlagen kriegen.

KONKRET: Gilt das auch für die vieldiskutierte Frage nach dem Verhältnis von Klassenkampf und Frauenfrage?

Schwarzer: Für mich ist historisch klar, daß die linke Forderung nach der Rechtfertigung, die ganze scheinbare Problematik Haupt- und Nebenwiderspruch, eigentlich nur ein Manöver war, um den Frauenkampf aufzuhalten. Diese Frage ist nicht mehr mein Problem. Die Berechtigung des Klassenkampfes war für mich noch nie ein Problem. Wenn der Feminismus aber ein Problem ist für den Klassenkampf, dann ist das sein Problem. Wir interessieren uns heute in erster Linie dafür, Frauen zu erreichen, und nicht Genossen davon zu überzeugen,

Willi Münzenberg
Buchversand Gmb'H

Literatur zum Thema Kernkraftwerke

Wüstenhagen, H. H.:
Bürger gegen Kernkraftwerke
rororo 1949, 105 S., kart. **3,80**

Autorengruppe des Projektes SAIU an der Uni Bremen:
Zum richtigen Verständnis der Kernenergie
Oberbaum-Verlag, 192 S., kart. **7,20**

Strohm, H.:
Friedlich in die Katastrophe
Eine Dokumentation über Kernkraftwerke — Verlag Association, 489 S., kart. ....**16,—**

Strohm, H.:
Das Risiko Kernenergie
Verlag Association, 97 S., kart. **6,—**

Strohm, H.:
Biologische Schäden durch Atomkraftwerke und energiereiche Strahlen
Verl. Association, 119 S., kart. **7,—**

Diese und weitere Titel finden Sie in unserer Buchliste „Umweltschutz"

Bitte anfordern / Rückporto erbeten

Willi Münzenberg
Buchversand Gmb'H
2900 Oldenburg - Bergstraße 1

Martin Henkel
Wir sind die junge Garde des Sekretariats.
Basis und Bürokratie bei der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken
ISBN 3-88153-000-2 Preis 8,80 DM

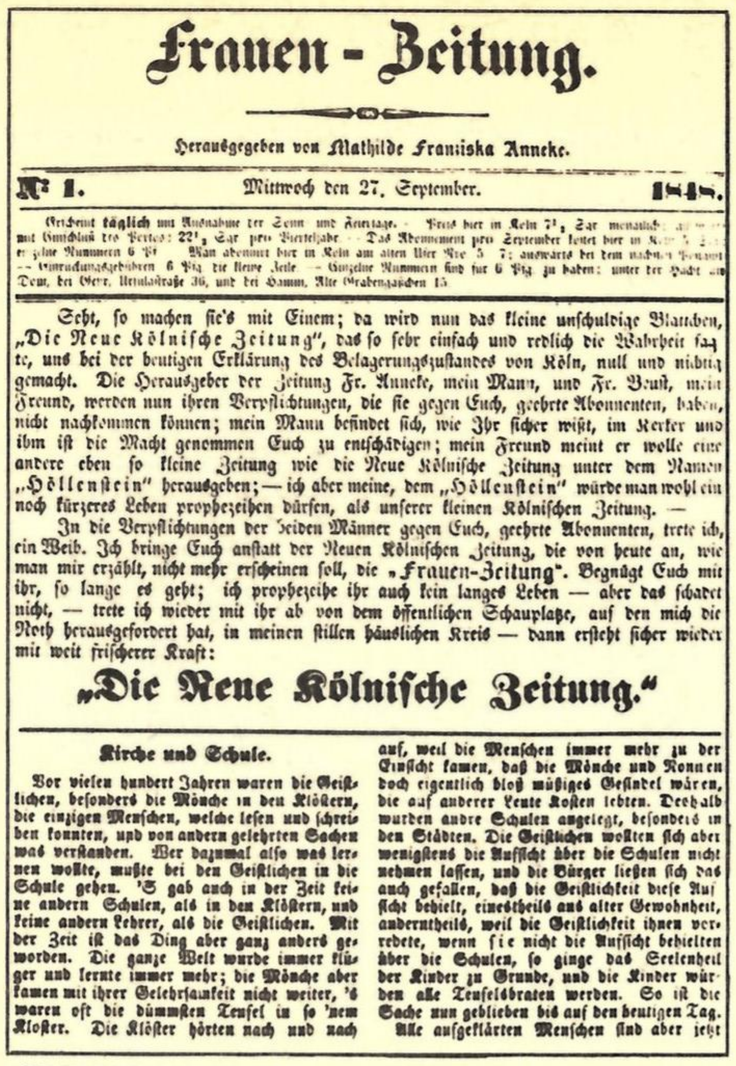
Das Weib im Conflict mit den socialen Verhältnissen
Mathilde Franziska Anneke und die erste deutsche Frauenzeitung

Inhalt: Die „Frauenzeitung" von 1848; die „Memoiren einer Frau aus dem Badisch-Pfälzischen Feldzuge", mit einem kommentierenden Text von M. Henkel und R. Taubert
ISBN 3-88153-001-0 Preis 11,– DM

edition égalité

463 Bochum Postfach 250 603

Vertrieb: Prolit, Gießen



Frauen-Zeitung.

Herausgegeben von Mathilde Franziska Anneke.

№ 1. Mittwoch den 27. September. 1848.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Preis hier in Köln 7½ Sgr. monatlich, mit Einschluß des Portos: 22½ Sgr. pro Vierteljahr. – Das Abonnement pro September leistet hier in Köln 7½ Sgr. Einzelne Nummern 6 Pf. – Man abonnirt hier in Köln am alten Markt No. 57; auswärts bei dem nächsten Postamt. – Einrückungsgebühren 6 Pfg. die kleine Zeile. – Einzelne Nummern sind für 6 Pfg. zu haben: unter der Pacht am Dom, bei Herr. Mittelstraße 36, und bei Hamm, Alte Grabengasschen 15.

Seht, so machen sie's mit Einem; da wird nun das kleine unschuldige Blatchen, „Die Neue Kölnische Zeitung", das so sehr einfach und redlich die Wahrheit sagte, uns bei der heutigen Erklärung des Belagerungszustandes von Köln, null und nichtig gemacht. Die Herausgeber der Zeitung Fr. Anneke, mein Mann, und Fr. Beust, mein Freund, werden nun ihren Verpflichtungen, die sie gegen Euch, geehrte Abonnenten, haben, nicht nachkommen können; mein Mann befindet sich, wie Ihr sicher wißt, im Kerker und ihm ist die Macht genommen Euch zu entschädigen; mein Freund meint er wolle eine andere eben so kleine Zeitung wie die Neue Kölnische Zeitung unter dem Namen „Höllenstein" herausgeben; — ich aber meine, dem „Höllenstein" würde man wohl ein noch kürzeres Leben prophezeihen dürfen, als unserer kleinen Kölnischen Zeitung. —

In die Verpflichtungen der beiden Männer gegen Euch, geehrte Abonnenten, trete ich, ein Weib. Ich bringe Euch anstatt der Neuen Kölnischen Zeitung, die von heute an, wie man mir erzählt, nicht mehr erscheinen soll, die „Frauen-Zeitung". Begnügt Euch mit ihr, so lange es geht; ich prophezeihe ihr auch kein langes Leben — aber das schadet nicht, — trete ich wieder mit ihr ab von dem öffentlichen Schauplatze, auf den mich die Noth herausgefordert hat, in meinen stillen häuslichen Kreis — dann ersteht sicher wieder mit weit frischerer Kraft:

„Die Neue Kölnische Zeitung."

Kirche und Schule.

Vor vielen hundert Jahren waren die Geistlichen, besonders die Mönche in den Klöstern, die einzigen Menschen, welche lesen und schreiben konnten, und von andern gelehrten Sachen was verstanden. Wer dazumal also was lernen wollte, mußte bei den Geistlichen in die Schule gehen. 'S gab auch in der Zeit keine andern Schulen, als in den Klöstern, und keine andern Lehrer, als die Geistlichen. Mit der Zeit ist das Ding aber ganz anders geworden. Die ganze Welt wurde immer klüger und lernte immer mehr; die Mönche aber kamen mit ihrer Gelehrsamkeit nicht weiter, 's waren oft die dümmsten Teufel in so 'nem Kloster. Die Klöster hörten nach und nach auf, weil die Menschen immer mehr zu der Einsicht kamen, daß die Mönche und Nonnen doch eigentlich bloß müßiges Gesindel wären, die auf anderer Leute Kosten lebten. Deßhalb wurden andre Schulen angelegt, besonders in den Städten. Die Geistlichen wollten sich aber wenigstens die Aufsicht über die Schulen nicht nehmen lassen, und die Bürger ließen sich das auch gefallen, daß die Geistlichkeit diese Aufsicht behielt, einestheils aus alter Gewohnheit, anderntheils, weil die Geistlichkeit ihnen vorredete, wenn sie nicht die Aufsicht behielten über die Schulen, so ginge das Seelenheil der Kinder zu Grunde, und die Kinder würden alle Teufelsbraten werden. So ist die Sache nun geblieben bis auf den heutigen Tag. Alle aufgeklärten Menschen sind aber jetzt

„EMMA"-Vorläufer von 1848

wie politisch wir sind. Außerdem ist nicht alles, was sich links nennt, links…

KONKRET: Besteht nicht bei einer so breiten Zielgruppe, wie Ihr sie im Auge habt, die Gefahr, es zu vielen recht machen zu wollen? Läuft das nicht auf eine Art „Große-Frauen-Koalition" hinaus, die letztlich verwässernd, entpolitisierend wirkt, und könnte statt dessen möglicherweise der Schlafzimmerkrieg dabei herauskommen? Daß die Leute aus den Augen verlieren, wo sie eigentlich politisch Hebel ansetzen könnten, damit sich auch ihre ganz subjektive weibliche Problematik lösen läßt?

Schwarzer: Hinter dem Anspruch von „Emma", eine Zeitung für *alle* Frauen zu werden, steht unsere Überzeugung, daß alle Frauen, querdurch bis zur gern zitierten Frau Henkel, Probleme haben, die alle Frauen angehen. Die allerdings unterschiedliche Formen annehmen, wenngleich weniger als wir nomalerweise annehmen. Ich habe mich radikalisiert in der Konfrontation mit der Realität: daß die Arbeiterfrau mehr gemein hat mit der Frau des bürgerlichen Mannes, als es bisher im öffentlichen Bewußtsein ist. Man muß sich auch mal fragen, warum die Menschen z. B. auf den „Kleinen Unterschied" leidenschaftlicher reagieren als auf einen Report über Leichtlohngruppen – weil ihnen das näher geht.

KONKRET: Nun, offenbar gibt es sehr unterschiedliche Strategien, Fraueninteressen durchsetzen zu wollen.

Schwarzer: Nichts scheint mir letztlich anti-emanzipatorischer als die Haltung der *einen* Wahrheit und des *einen* Weges. Was nicht heißt, daß es nicht ein Ziel und eine Richtung gibt, die Dialektik in dieser Sache immer wieder zu entwickeln, verschiedene Antworten, unterschiedliche Bedürfnisse, unterschiedlichen Leidensdruck, unterschiedliche Etappen zu akzeptieren. Ich setze meine absolute Priorität in der außerparlamentarischen, außerinstitutionellen Bewegung. Mit diesem Hintergrund kannst du dann bewußt in die Institutionen gehen.

KONKRET: Wollt Ihr Leserinnen der traditionellen Frauenzeitschriften wie „Für Sie", „Brigitte" für „Emma" gewinnen, und wie habt Ihr das im Konzept berücksichtigt?

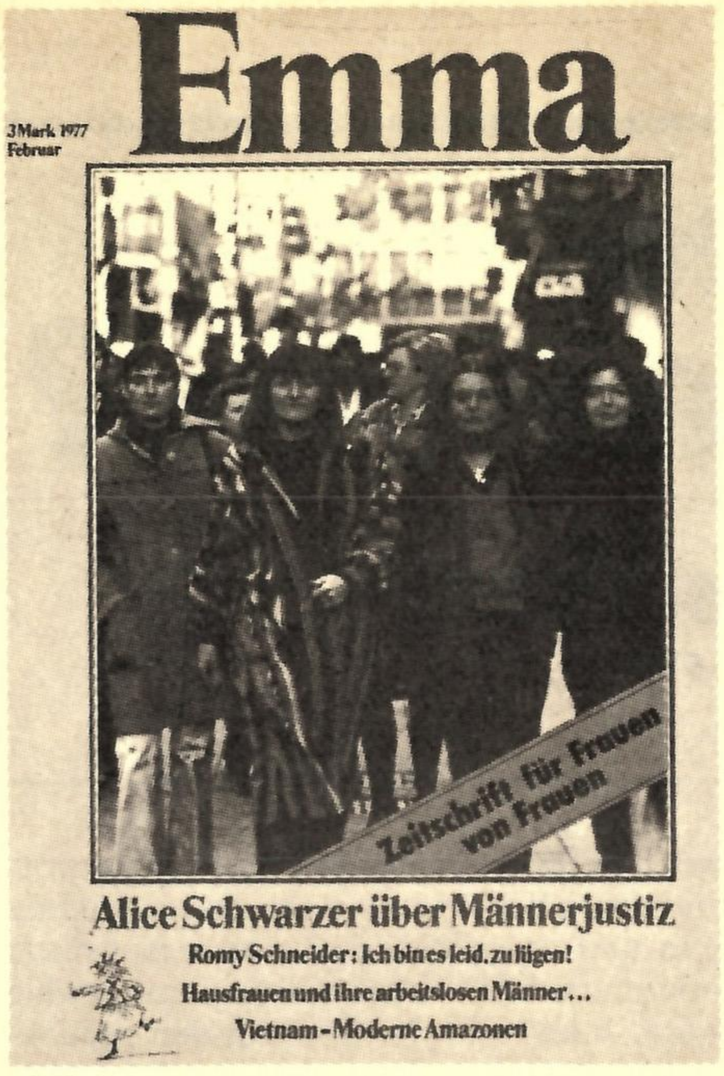
Schwarzer: Ja aber gewiß doch, wenn nicht, könnten wir's gleich lassen. Frauenkampf heißt, daß man nicht in der kleinen Bande der bereits Erleuchteten oder sich für erleuchtet Haltenden bleibt, sondern daß man versucht, auch andere Frauen, die in Ansätzen schon motiviert, beunruhigt, irritiert sind, zu ermuntern, zu ermutigen, zu bestärken. Selbstverständlich interessiert uns die „Brigitte"- oder „Für Sie"-Leserin. Da ist es ganz klar, daß wir auch überlegen, was interessiert an den anderen Frauenzeitschriften eigentlich die Frauen so? Was ist schlecht daran, und was ist gut? Wobei wir aber schon glauben, daß wir auf absehbare Zeit für Frauenblätter mit über einer Million Auflage nicht gleich eine Konkurrenz im engeren Sinne sein werden, sondern daß wir von Frauen zusätzlich gelesen werden.

KONKRET: Welche Themen außer den sogenannten „Frauenthemen" werden denn in „Emma" regelmäßig vertreten sein?

Schwarzer: Wir wollen schon eine Palette haben, vom klassischen Frauenthema; z. B. Verhütung oder so – bis zum klassisch als politisch begriffenen Thema, also z. B. Situation in Chile oder Erklärung der Bundesregierung oder internationale Verflechtung des Kapitels. Wir werden mit solchen Themen versuchen, anders umzugehen als bisher damit umgegangen worden ist, d. h. wir werden immer versuchen, es vom Standpunkt der Betroffenheit der Frauen her zu erarbeiten.
Das ist ein großer Anspruch, und wir können nicht sagen, daß wir schon eine lange Latte von Autorinnen haben, die das alles aus dem ff können. Erst mit „Emma" ist ja ein Forum da, wo man sich das überhaupt erlauben kann, wo sowas entwickelt werden kann.

KONKRET: „Emmas" Anspruch ist, auch „journalistisch eine grundsätzlich neue, eine ‚weibliche', d. h. eine menschliche Qualität" zu erarbeiten. Wie wird diese Qualität im Blatt umgesetzt werden, anders gefragt: Wie wird sich „Emma" von den von Männern gemachten Blättern unterscheiden?

Schwarzer: Der visuelle, der sinnliche Aspekt, die Präsentation – in der Form wie in der Sprache – ist eine Frage, die uns in der Redaktion sehr stark bewegt. Wir gehen da von uns selbst aus. Wir spekulieren übrigens grundsätzlich sehr wenig auf die anonyme Leserin, wir fragen uns am allermeisten: was gefällt uns selbst. Ich guck mir auch keinen Bleifriedhof an. Wenn ich z. B. KONKRET aufschlage, bin ich in weiten Teilen sehr gelangweilt, weil das alles nicht schön präsentiert ist und ich auch keine Fotos sehe. Dann ärger ich mich und lese das gar nicht erst, auch wenn es furchtbar schlau ist und furchtbar konsequent und wichtig. Schließlich ist Form ja auch Inhalt. Wir haben viel Fotos, Zeichnungen, Humor. Wir denken, daß so ein „Befeuern wie mit'm Maschinengewehr: Jetzt emanzipiert euch mal!" gar nichts bringt. Daß in so einem Heft auch Passagen kommen müssen, die vielleicht einfach zum Gucken sind, wo man sich mal ausruhen kann, wie die Geschichte von der Irmtraud Morgner im er-



Erste „EMMA"-Nummer: „Neue menschliche Qualität"

sten Heft von „Emma", wo Irmtraud nicht am Ende sagt: „Frauen der Welt, erhebt euch!", sondern einfach was erzählt, über einen Moment im Leben eines kleinen Mädchens. Solche Sachen sind sehr wichtig.

KONKRET: Irmtraud Morgner hat gemeint, daß Frauen aufgrund ihrer sozialen Lebensbedingungen auch einen spezifischen Stil haben zu schreiben...

Schwarzer: Ja, auch in ihrem stärkeren Ausgeliefertsein an die Realität, nicht im Elfenbeinturm sitzen können und da 'ne Bücherwand schreiben, sondern einfach Sich-Stellen-Müssen. „Emma" könnte ein Forum werden, das solchen weiblichen Qualitäten die Möglichkeit gibt, sich zu entfalten. Aber noch sind wir in einer Phase, wo Frauen erst ganz langsam anfangen, überhaupt den Kopf zu heben.

KONKRET: Führt das nicht dazu, daß Frauen, wenn sie schreiben, möglicherweise einen verbisseneren Stil haben?

Schwarzer: Also, das glaube ich überhaupt nicht. Es ist ja bekannt, daß Frauen gerade bei Reportagen die besseren Journalistinnen sind. Doch zu den weiblichen Qualitäten: Es ist ja richtig, daß es weibliche Qualitäten gibt, aber ich sehe auch eine Entwicklung, die mir sehr gefährlich scheint: nicht alles, was weiblich ist, ist Qualität. Ein paar Tausend Jahre Unterdrückung zeugen nicht nur Gutes, zeugen auch sehr viel Schlechtes. Und es gibt auch viele miese weibliche Eigenschaften. Ich denke, daß das, was kulturell heute weibliche Qualitäten sind, wie Spontaneität, Emotionen, konkretes Bezogensein auf das Leben und sozialeres Verhalten, nur gepflegt werden darf, wenn man es mit sogenannten „männlichen" Qualitäten koppelt. Emotion ohne Aggressivität oder Ratio, wo es nötig ist, liefert dich aus, da bist du 'ne tolle Krankenschwester. Es ist äußerst gefährlich, sich auf solcher Weiblichkeit auszuruhen. Die Qualitäten des herrschenden Geschlechts sind ja nicht zufällig die Qualitäten des herrschenden Geschlechts. Und ich denke schon, daß Männer auch einiges haben, wovon man lernen kann. Es gibt da so eine ganz neue Ideologie mit Erdscholle und Mondrhythmus, die mir sehr suspekt ist.

KONKRET: Wünscht Ihr Euch, von emanzipatorisch eingestellten oder bemühten Männern gelesen zu werden?

Schwarzer: Mein Gott. Es ist so, daß wir unsere Zeitung für Frauen machen. Wir richten uns ohne jegliche Konzession an Frauen. Selbstverständlich richten wir uns damit automatisch auch an Männer, die sich davon betroffen fühlen. Wir werden aber die besondere Problematik von Männern sicherlich sehr selten zum direkten Gegenstand in „Emma" machen. Der indirekte wird's immer sein, denn in dem Moment, wo du dich um Frauenemanzipation kümmerst, hast du natürlich in 95 Prozent der Fälle auch mit Männern zu tun. Es gibt ja nichts „Weiblicheres" als sein Leben mit einem Mann zu teilen. Und von daher wird die Existenz der Männer natürlich, wenn wir was über Frauen aussagen, Rechnung getragen. Aber z.B. der Artikel, den wir über Männersterilisation im ersten Heft haben, ist ein Artikel über die Sterilisation eines Mannes, er ist aber geschrieben von der Frau, die zu diesem Mann gehört.

KONKRET: Wäre es auch denkbar, daß ein solcher Artikel in „Emma" von einem Mann geschrieben werden könnte?

Schwarzer: Wir haben uns entschlossen, daß in „Emma" kein Mann schreiben soll. Wir machen ein Blatt, das nicht nur von Frauen handelt, sondern das aus der Betroffenheit von Frauen gemacht werden soll, und von daher ist es eigentlich selbstverständlich, daß kein Mann drin schreibt. Das kann kein Mann schreiben – Männer stecken nun mal nicht in unserer Haut. Bei der Übermacht von männerbeherrschten Blättern, in denen Frauen ihnen gegenüber wirklich in einem ungeheuren Ausmaß benachteiligt und unterdrückt sind, erlauben wir uns die provozierende Haltung: Hier, ihr Lieben, nicht! Wir reservieren dieses Blatt für weibliche Autoren. Das ist eine politische Entscheidung. Denn es täte uns nicht weh, auch ab und zu einen Mann schreiben zu lassen. Obwohl der Fall sicherlich nur äußerst selten auftreten würde – ich jedenfalls habe in den letzten Jahren kaum Gescheites von Männern zu Frauenfragen gelesen. ■

EXTRA Dienst sucht Finanziers

Zur Zeit haben wir „nur" 7000 Geldgeber. Das sind unsere Abonnenten, die zweimal in der Woche den Dienst per Post bekommen. Monatlich fast 300 Seiten – randvoll mit Hintergrund-Informationen aus unseren Redaktionsbüros in Westberlin und Bonn, von unseren Korrespondenten im In- und Ausland. Dazu Dokumentationen, Reports, internationaler Digest, linke Diskussionen.

Das kostet inklusive Porto neun Mark im Monat. Nicht billig, zugegeben. Doch soviel ist unseren Abonnenten unsere Unabhängigkeit wert. Denn nur von ihnen sind wir abhängig. Von niemand sonst.

1977 wollen wir das Redaktionsprogramm und das Korrespondentennetz erweitern. Dazu brauchen wir Sie als neuen Geldgeber. Daß Sie auch den EXTRA-Dienst brauchen, werden Sie bald festgestellt haben.

Wir machen Ihnen ein EXTRA-Angebot, uns richtig kennenzulernen: Ein Vorzugsabo für Leser von KONKRET.

11 Monate EXTRA-Dienst für 90 DM. Das heißt: Sie sparen den Abo-Preis von vier Wochen

Das Abonnement beginnt am 1.Februar '77.

☐ Ich mache von dem Angebot eines Vorzugsabonnements für den berliner EXTRA dienst Gebrauch und überweise den Betrag für 1977 im voraus bis zum 15.2. 1977 auf das Postscheckkonto Verlag + Druck Berlin West 8521-108 (oder lege einen Verrechnungsscheck bei). Das Jahresabonnement ermäßigt sich dadurch von DM 99.– auf DM 90.–. Ich nehme zur Kenntnis, daß das Abonnement sich um jeweils 3 Monate verlängert, wenn es nicht spätestens einen Monat vor Ablauf der Verpflichtungszeit gekündigt wird.

Name . . . . . .

Straße . . . . . .

Ort . . . . . .

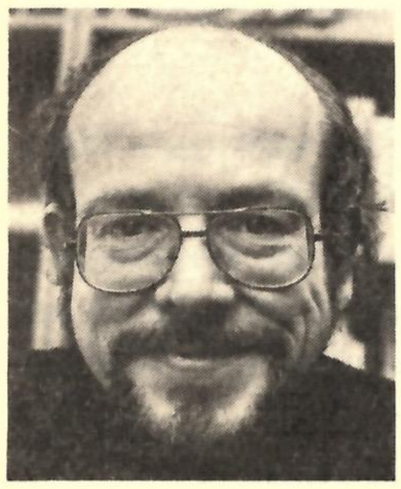
Datum . . . . . .

Unterschrift . . . . . .

☐ Ich möchte noch kein festes Abonnement aufgeben, sondern erst eine Probenummer haben.

Was machen wir jetzt, Genossen?

KONKRET-Diskussion über linke Perspektiven '77



Jrs Jaeggi ist Professor für Soziologie an der Freien Universität Berlin und Autor des linken Standardwerks „Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik"

Urs Jaeggi

Man sagt es zu leicht: „Überall gehen Frust und Resignation um" (KONKRET, 11/76). Wie denn? Wo denn? Was im Ergebnis der Bundestagswahlen kam überraschend, haben wir nicht im voraus gewußt? Die Folgen eines knappen Sieges der sozialliberalen Koalition; der sich gegen die SPD-Parteilinke richtende Ärger?

Man hatte sich auch eine knappe Niederlage vorstellen können, und einige – ich habe dazu gehört – hätten, trotz Strauß, Dregger u. a., einen Regenerationsprozeß der SPD für nützlich, wenn nicht für notwendig gehalten. Gegen den mit der jetzigen Politik unaufhaltsamen Abbröckelungsprozeß der SPD hätte eine klare Oppositionsrolle von Gutem sein können. Zu dieser Einsicht gehört natürlich auch: eine Kohl-Regierung wäre eine schwierige, für uns nicht günstige Alternative gewesen; aber eine tragbare (auch ertragbare). Es hätte sich sicher der Rechtstrend verstärkt, aber es wäre keineswegs zwangsläufig ein Faschisierungsprozeß eingeläutet worden. Es hätte eine CDU/CSU-Regierung an der ökonomischen Entwicklung nicht viel ändern können (weder negativ, natürlich auch nicht positiv). Der Radikalenerlaß und die Folgeerscheinungen wären ein zentrales Problem geblieben, aber, angesichts einer in der Opposition wesentlich freieren SPD, gegenüber dem jetzigen Zustand kein verschärftes. Auch die Hochschulpolitik hätte wenig Änderung erfahren; usw. Verschlimmert hätten sich die Dinge, aber nicht wesentlich.

Das sind Spekulationen. Nicht spekulativ ist es, ganz nüchtern festzustellen: die heutigen Parteigruppierungen in der Bundesrepublik repräsentiert nicht die Meinung der Bevölkerung; sie hat falsche Konturen.

Helmut Schmidt verhöhnt, auf diesem Hintergrund, die Linken, die für die sozialdemokratische Partei gestimmt haben, wenn er links von der SPD ein Wählerpotential von 0,5 Prozent sieht. Es mag richtig sein und ist richtig, daß eine sozialistisch orientierte SPD nicht mehr regierungsfähig wäre. Jetzt nicht. Nicht unter den gegebenen Umständen. Nur: solche Überlegungen nehmen halt die Misere vorweg, bestätigen sie. Es ist nicht zufällig, daß viele Linken, wie es Walter Jens formulierte, aus Notwehr für die SPD plädierten, obwohl diese, an der CDU von 1946 gemessen, eine eher konservative und, mit der SPD von 46 verglichen, eine Partei à la Bismarck ist.

Die Linken haben sich (nochmals) verleugnet. Mit welchem Ziel? Um Schlimmeres zu verhüten, eben aus Notwehr, und das alles alle (vier) Jahre wieder?

Die DKP-Protestwähler haben eine neue Antwort gesucht; eine ebenso hilflose. Ich bin – dies einschätzend – noch immer dafür, daß die Linke in der SPD versucht, ihren Standpunkt zu vertreten, für ihn zu kämpfen. Ob sie dies allerdings in der bisherigen organisatorischen Form weiter tun kann und soll? Sie muß, bis hin zu möglichen Austritten und Ausschlüssen, eine sozialistische Politik konkret formulieren. Sie muß mit anderen Gruppen nicht bloß reden, sondern, wo notwendig, auch weiterhin gemeinsame Aktionen durchstehen. Sie muß radikaler reagieren und agieren als die DKP, zum Beispiel. Und die Kritik an der DKP darf nicht den „bürgerlichen" oder den „Chaoten" überlassen bleiben.

Die DKP hat sich hinlänglich diskreditiert. Der Fall Biermann ist keine Entgleisung; leider. Ich habe, zur Zeit des Polen-Aufstandes, angesichts der hysterisch antikommunistischen Reaktion, differenziert zu urteilen versucht; ich habe den CSSR-Einmarsch sofort abgelehnt, aber, jedenfalls solange genauere Auskünfte fehlten, auch hier noch immer differenziert argumentiert. Usw. Wir dürfen jetzt nicht unbesonnen ins andere Extrem verfallen. Nur: eine nicht antikommunistische DDR-Kritik kann nur bedeuten: schonungslose Kritik. Angesichts dessen, was dort (und die realen Errungenschaften ändern daran nichts) zynisch „realer Sozialismus" genannt wird und im Interesse eines sich demokratisierenden Sozialismus: es ist zum Beispiel notwendig, nicht bloß die „Bürokratisierung", sondern auch die Folgen der bedingungslosen Verschmelzung von Partei und Staat und die durch diese Verschmelzung verursachten Deformationen konsequent aufzuzeigen. (Wobei, aufgrund der Konsolidierung und der bisherigen Erfahrungen, die Forderung nach Zulassung nichtdiskriminierter politischer Oppositionsgruppen, auch Parteien, berechtigt ist, notwendig.)

Es sind dies nicht „innere" Angelegenheiten der DDR; die DKP/SEW „verordnet" Kommunisten und Nichtkommunisten kritikloses Loyalitätsverhalten der DDR/UdSSR gegenüber, was nicht bloß für die von ihr angestrebte „Bündnispolitik", sondern, wie die Wahlen zeigten, auch für die Verbreiterung ihrer Basis selbstmörderische Konsequenzen hat. Und weil dies so ist, kann die DKP in der jetzigen Form noch nicht einmal den Kern für eine breitere Linkspartei abgeben. Man wird, wozu es in den letzten Wochen schüchterne Anzeichen gibt, die DKP ihrem eigenen Regenerierungsprozeß überlassen müssen.

Auf absehbare Zeit jedenfalls wird man eine notwendige, radikale Erneuerung der DKP (so erfreulich der DKP-interne Protest gegen die Biermann-Ausbürgerung auch ist) nicht erwarten dürfen. Die DKP-Führung und die publizistischen Organe der DKP haben, nicht nur im Fall Biermann ablesbar, gezeigt, wie sie stumpf und wirkungslos nach einer Bündnispolitik ruft, die sie selbst permanent verunmöglicht. Konsequente „Euro-Kommunisten" sind in der offiziellen DKP-Leseart „Anti-Kommunisten". Ich übersehe dabei nicht: parteiintern ist das alles heute bis zu einem gewissen Punkt diskussionsfähig; öffentlich geführte Diskussionen wären notwendig.

Frust und Resignation? Die Linken in der Bundesrepublik verwenden, nicht unbegründet, viel Zeit darauf, ihre eigenen Schwächen zu analysieren, ihre Gespaltenheit, die internen Verfeindungen und Spannungen. Reflexion ist nützlich, notwendig; anders ist es unmöglich, Sozialist zu sein: hier wie dort. Resignation ist das nicht. Zum Beispiel: die nicht ohne Erfolg gebliebenen Proteste und Aktionen gegen den Radikalenerlaß machen deutlich: politische Erfolge sind möglich. Auch Veränderungen in der Parteienstruktur. So wenig heute jemand eine Zauberformel hat: die Sozialisten in der Bundesrepublik, die mit guten Gründen die DKP/SEW weder als Mitglied noch als Wähler wählen, können und dürfen sich nicht mehr um jeden Preis einer SPD verpflichtet fühlen, die ihnen gegenüber keine Solidarität kennt. Keinen Pardon. Siehe Radikalenerlaß. Siehe die zum Teil aus ridikülen Gründen und Anlässen geführten Parteiausschlüsse wegen „Zusammenarbeit" mit Kommunisten. Daß es möglich ist, eine schlagkräftige sozialistische Partei aufzubauen, haben die Franzosen gezeigt. Noch in der gewiß nicht progressiven Schweiz gelang es einer sozialistischen Gruppierung, auf Anhieb die fünf Prozent (die 5-Prozent-Klausel gibt es nicht) zu überwinden.

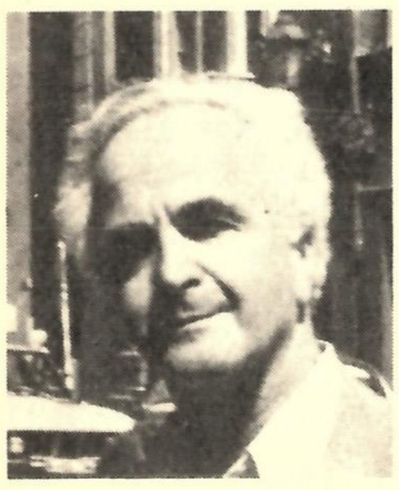
Eines ist allerdings aus den Oktoberwahlen zu lernen. Es wird nicht mehr genügen, im lässig (sympathischen) Stil des Sozialistischen Büros die Neugründung einer Partei zu bereden und zerreden. Noch weniger wird kleinen Splittergruppen eine Neugründung gelingen. Eine Parteineugründung auf theoretisch/strategischer Ebene ist ein politisches Abenteuer. Kern

müßte die SPD-Linke bilden und hier eine breite Gruppe. Die dabei zu erwartenden Loyalitätskonflikte und Karriereängste und so fort kennen wir. SPD-Prominente haben nicht umsonst, offen und verdeckt, schon vor den Wahlen durchblicken lassen, daß jede neue sozialistische Partei als extremistisch abzustempeln sei; Diskriminierungen im vornhinein.

Jetzt freilich sollte die SPD, im eigenen Interesse, solche Initiativen tolerieren. Auf die Dauer wird – ein parteiintern selbst immer wieder vorgetragenes Argument – die Spannweite unerträglich. Ausschließungsverfahren sind keine Lösung. Zirkelverbote auch nicht. Natürlich wird man vernünftigerweise von der SPD außer Toleranz keine „Förderung" erwarten dürfen und können. Wohl aber eine in den verschiedenen Gremien und an der Basis ohne Diskriminierung geführte Diskussion.

Historisch haben – außer bei der ursprünglichen Spaltung der SPD und der KPD, Abspaltungen von der SPD nicht reüssiert. Und beschwörend wird immer wieder das Parteienbild der Weimarerzeit angeführt: das ist endlich zu *vergessen.* Weil die historische Parallele hinkt. Eine längst fällige und nicht nur, aber auch vor dem Hintergrund der Entwicklung in Westeuropa notwendige Parteikorrektur hat mit Weimar nichts zu tun. Die Resignation, daß in der Bundesrepublik links von der SPD „nichts zu machen" sei: *diese* Resignation wäre gefährlich.

Die „Spaltung" der SPD ist *eine* mögliche Antwort. Das Für und Wider ist genau zu prüfen. Meine These: nur um den Preis, daß die SPD-Mehrheit die Genossen vom linken Flügel nicht länger bloß als Solidaritätsreservisten und Prügelknaben, sondern als politische Kraft entsprechend berücksichtigt werden, scheint eine zumindest kurzfristig politisch kaum wünschbare Zersplitterung der SPD aufhaltbar. ■



Kurt Hirsch ist Organisator und Geschäftsführer des „Presseausschuß Demokratischer Initiative", einer Vereinigung demokratischer Schriftsteller von Bernt Engelmann über Walter Jens, Siegfried Lenz, Erika Runge, Günter Wallraff, Martin Walser bis Johannes Mario Simmel

Kurt Hirsch

Beim letzten Lesen der November-Ausgabe von KONKRET fiel mir die Geschichte jenes Orientalen ein, der meinte, Schokolade sei gut und Zwiebel schmecke vorzüglich, wie bekömmlich müsse dann erst Schokolade mit Zwiebel sein.

Redaktion und Autoren sind sicherlich sehr stolz darauf, ihren Lesern ein Heft mit pluralistischem Inhalt vorgelegt zu haben. Nach Duden bedeutet Pluralismus „Gegeneinanderwirken mehrerer Gruppen". In diesem Sinne muß die KONKRET-Ausgabe vom November als gelungen bezeichnet werden, denn sie hat sicherlich dazu beigetragen, das „Gegeneinanderwirken", d.h. die Gegensätze zu verstärken und die wenigen noch vorhandenen Gemeinsamkeiten zu verringern und damit die Kluft aller Linken zu vertiefen.

Hermann L. Gremliza „steffelt" von einer neuen kämpferischen sozialistischen Organisation, obwohl er wissen sollte, daß der Zusammenschluß mehrerer – in sich schon zerstrittener – Tischgesellschaften aus München, Frankfurt, Köln und Hamburg noch keine „sozialistische Organisation" ergeben, sondern sich nach kurzer Zeit in noch mehr Gruppen aufspalten würden. Mario Soares propagiert einen neuen Helmut-Schmidt-Sozialismus, Rudi Dutschke berichtet begeistert über seine Gespräche mit italienischen Kommunisten, um noch besser gegen die DKP polemisieren zu können. Gretchen Dutschke weiß über die CSSR mehr Böses als die Springer-Presse und der „Bayernkurier" zu berichten.

In den letzten 25 Jahren haben wir uns nicht über einen Mangel an Theorien zu beklagen, sondern vielmehr über das Fehlen einer politischen Konzeption der Linken, die das Mögliche möglich und das Machbare machbar werden läßt. Deshalb schuldet der Inhalt dieses November-Heftes die Antwort der von Gremliza gestellten Frage „Und was machen wir jetzt, Genossen?" und trägt zur Desorientierung der hier angesprochenen Leser bei.

Selbstverständlich haben Gremliza und alle anderen recht, wenn sie fordern, daß die DKP Begriffe wie „antikommunistisch" weniger großzügig handhaben sollte, und daß sie bereit sein sollte, anstelle hauseigener Monologe freundschaftliche Dialoge mit andersdenkenden Linken zu führen.

Die von Gremliza angeführten Wahlresultate der DKP stehen sicherlich in keinem Verhältnis zu dem selbstzufriedenen Verhalten vieler Funktionäre dieser Partei und es besteht kein Grund, daß Robert Steigerwald eine Diskussion mit Rudi Dutschke ablehnt. Soll und kann man aber eine Partei nur nach diesen und anderen Kriterien be- und verurteilen? Sollte man ihr nicht auch Pluspunkte für die Aktivität ihrer Mitglieder in Betrieben und Gewerkschaften, für ihre Arbeit in Gemeindeverwaltungen zubilligen? Sind die von vielen beklagten Mängel u. a. nicht darauf zurückzuführen, daß Funktionäre dieser Partei ein halbes Jahrhundert verfolgt wurden und daß bei manchen ihrer Kinder diese Diskriminierung durch Berufsverbote fortgesetzt wird? Waren die gleichen Mitglieder der DKP mit ihren schlechten Wahlresultaten nicht überrepräsentiert bei Aktionen gegen die bundesdeutsche Wiederaufrüstung, gegen Notstandsgesetze, amerikanische Intervention in Vietnam und nicht zuletzt gegen neonazistische Aktivitäten der Bundesrepublik?

Wir würden in ein stupides Proporzdenken verfallen, wenn wir eine Partei nur allein nach ihren Wahlergebnissen beurteilen wollten. Beweisen ein Teil der Beiträge dieses Heftes nicht die Gefahr einer kaum mehr sichtbaren Trennungslinie zwischen legitimer Kritik an kommunistischen Parteien und undifferenziertem Antikommunismus? Einen Antikommunismus, der sich nicht zuletzt auch gegen jene wendet, die sich auf linker Seite, sei es aus Überzeugung oder Opportunismus, seiner bedienen. (Bundestagswahl 1976: Freiheit oder Sozialismus)

Nicht große theoretische Auseinandersetzungen haben uns in den letzten Jahrzehnten weitergebracht, sondern kleine Schritte gemeinsamer Aktionen. Diese erfordern allerdings weniger Taktik und Distanzierung als mehr persönliches Engagement.

Gerhard Zwerenz schrieb zutreffend: „Nicht der Faschismus, sondern der Antifaschismus ist gegenwärtig unser Problem." Es ist notwendig, gemeinsame Aktivitäten gegen die von Gollwitzer und Gremliza aufgezeigte Rechtsentwicklung in den Vordergrund zu stellen, ohne hierbei theoretische Meinungsverschiedenheiten zu negieren.

Warum war es z.B. möglich, hunderttausende Menschen gegen die bundesdeutsche Aufrüstung zu aktivieren (Kampf gegen den Atomtod), warum konnte man eine Volksbewegung gegen die Notstandsgesetze durchführen und weite Teile der bundesdeutschen Bevölkerung gegen den Vernichtungskrieg der USA in Vietnam mobilisieren? Zweifellos geschah dies nicht durch das Herausstellen theoretischer Gegensätze.

Ist die Tatsache, daß drei Auflagen der Schwarzbücher von Bernt Engelmann eine Gesamtauflage von etwa 500 000 Exemplaren erreichten und damit zur Politisierung zweier Wahlkämpfe beitrugen, nicht Beispiel für eine ideologisch nicht gebundene antifaschistische Zusammenarbeit?

Es soll hier keinem politischen Eintopf-Gericht das Wort gesprochen werden. Was wir brauchen ist nicht die gemanagte, sondern die aktionsbedingte Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte im vorparlamentarischen Raum, um gegebenenfalls in bestimmten Fällen Bundestagsabgeordnete in ihren Bemühungen um Reformen zu unterstützen.

Warum sollte es z.B. in diesem Sinn nicht möglich sein, in Bayern und Baden-Württemberg auf parlamentarischer und nicht-parlamentarischer Ebene Aktionen durchzuführen, die sich gegen die Sabotage des Gesetzes zur Schwangerschaftsunterbrechung wenden? Warum sollten nicht bundesweite Aktionen gegen den Mißbrauch des Bundesrates und dessen Etablierung als zweiten Bundestag denkbar sein?

Sollten wir nicht statt uns auseinanderzuschreiben und auseinanderzureden, gemeinsam befristete Aktionen durchführen und damit die Frage beantworten, „Was machen wir jetzt, Genossen?" Einer Zeitschrift wie KONKRET käme bei solchen Aktionen eine besonders hilfreiche publizistische Unterstützungsrolle zu, wenn sie dazu beitragen würde, solche Aktivitäten auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu bringen. ■

Hermann L. Gremliza's

konkret ex-press

Feine Leute 76 oder Unrat bei Gabriele

Gabriele Henkel, Gattin des gleichnamigen Waschmittelkonzerns, gab einen Empfang zum achtzigsten Geburtstag von Carlo Schmid. Anneliese Friedmann, Witwe und Erbin des Verlegers Werner Friedmann, schrieb darüber einen Bericht. Henri Nannen, Chefredakteur des „Stern", veröffentlichte diesen am 23. Dezember 1976. Die Zahl der Arbeitslosen war gerade dabei, die 1 100 000-Grenze zu überschreiten.

„Carlo zu Ehren" stand in der steilen Schrift der Hausfrau auf der girlandenverzierten Karte, die zu einem Essen einlädt. Zwei Dutzend Gäste, handverlesen

die Guten ins Henkel-Töpfchen?

nach dem Prinzip, das ihr den Ruf eintrug, Deutschlands genialste Gastgeberin zu sein: ein bißchen Politik, ein bißchen Kunst und Wissenschaft, ein bißchen Glanz, durchmischt von Freundschaft und Familie.

Im Bißchen-Pöttchen, wo

nicht Geld zählt, sondern Geist, oder wenigstens Witz und Charme. Smoking und Manieren obligat.

Damit nicht jeder Witzbold meint, er könne. Frau Friedmann jedenfalls ist, wer weiß unter welcher Rubrik, reingekommen:

Aus der Nieselnacht taucht die weißverschlämmte Klinkerfassade auf, vor der schwarzlackierten Eingangstür zwei Lorbeerbäume, denen Weihnachtskugeln und Lämpchen ins Laub gewunden sind. Gabriele als blondlockiger Engel in schwarzem Samt

Jessas, Erzengelin Gabriele. Frau Friedmann ist als bißchen Witz geladen.

empfängt

unbefleckt, kein Wunder bei *der* Firma

in der Halle. „Professorchen, wie reizend – guten Abend, Minister Friderichs – ach Walter, Küßchen – hallo Mildred, du auch in Schwarz – Grüß Sie, lieber Hochhuth!"

Bei Küßchen-Walter handelt es sich um den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Professorchen bleibt beim schwarzen Engel fast so inkognito wie Unrat einst im blauen.

Im kleinen Salon Kerzenlicht und Champagner aus schmalen Kelchen, eine Schüssel voller Frühlingsblumen vor dem Kamin. Der Schriftsteller Friedrich Torberg,

bißchen Kunst

Conny Ahlers mit Frau,

bißchen Politik, durchmischt von Familie,

der Fernsehjournalist Scholl-Latour.

bißchen Wissenschaft (Romanistik).

„Wer ist denn der dort drüben?" murmelt Marx-Biograph Fritz Raddatz in seinen fußsackgroßen Bart, den er nach Art seines Helden trägt.

„Ach egal, ‚gnädige Frau' oder ‚Professor' paßt immer, darum ist es so wichtig, daß man bald einer wird."

Nämlich Professor. Gnädige Frau ist man schon.

Der Bundespräsident charmiert die Damen und dann kommt

nicht, was Sie denken: es ihnen, sondern:

Carlo. „Du wärst es gewesen – dich hätt ich geliebt", zitiert Carlo Baudelaires Gedicht... Milder Glanz des riesigen Lüsters spiegelt sich im weißen Marmorboden des Eßzimmers in den antiken Spiegelwänden... Das macht Gabriele niemand nach. Die Blumen, weiße Anemonen und Christrosen, hat sie selber gesteckt – Stengel für Stengel.

Eigenhändig. Mit denselben Händen, mit denen sie doch gerade noch zwei Dutzend Gäste verlesen hatte, Smoking für Smoking.

Nach der Steinbutt-Pastete, leicht wie frischer Schnee, hebt der Hausherr das Glas. Konrad Henkel

prüft, ob Somat auch sein Geschirr kristallklar spült?

macht nicht viele Worte, doch läßt er

spülen?

spüren, wie hoch er den Freund schätzt.

war nicht versprochen, Geld zähle nicht?

„Wie ist das: Altwerden", frage ich Carlo Schmid, „macht es weiter? oder nur entfernter?"

Frau Friedmann ist hoch in den Vierzigern, Frau Henkel auch schon rüstig – man kann sich nicht früh genug erkundigen, wann man weiter wird, das Flügelkleid nicht mehr paßt und auch ein in Ehren enthaarter Präsident beim Zuruf „Küßchen" zusammenzuckt.

Es folgt ein kleines Privatissimum über die vierfache Bedeutung des Begriffs Schicksal bei den Griechen. Schicksal! sagt Carlo Schmid auch jetzt. Er habe es so recht als Fatum erfahren...

das bekanntlich vom Schicksal kommt wie die Armut von der Powerteh.

Nach der Wildente und dem 66er Bordeaux, von dem die Hausfrau

der Engel,

kündet, sie habe ihn eigenhändig

Tröpfchen für Tröpfchen wie Stengel für Stengel: Gabriele scheint einfach alles mit der Hand zu machen.

in die Kristallflasche umgefüllt, „ganz, ganz vorsichtig"...

Nichts gegen Handarbeit, aber wenn wir schon große Welt spielen, dann bitt' ich mir aus, daß der Gastgeber den Bordeaux schweigend dekantiert und nicht mit der Erklärung dieser Selbstverständlichkeit und gar mit ihrer Übersetzung belästigt. An solcher Tafel muß man ja befürchten, daß der Kaviar nicht gar ist.

Die braunen

auch ne schöne Farbe

Kerzen sind heruntergebrannt. Irgend jemand

Ist denn auch irgend jemand da? Wie ist der denn reingekommen? An Gabrieles verlesenden Händen vorbei?

bringt das Wort ins Gespräch von dem gewissen Alter, ab dem jeder

weiter wird?

für sein Gesicht verantwortlich sei. Carlo Schmid schreibt es Lavater zu und lächelt.

Worüber? Darüber, daß es nicht von Lavater sondern fünfzig Jahre älter (respektive weiter) ist und er das weiß, auch wenn er nicht weiß, von wem es ist, und sich freut, was man dieser Gesellschaft alles erzählen kann? Darüber, daß er, ein durchschnittlicher Schwätzer, dessen Vorlesungen eine fröhliche Wissenschaft und dessen Übersetzungen aus dem Französischen der Beweis waren, daß er sich in zwei Sprachen nicht auskennt, ein Professorenleben damit bestritten hat, unter sozialdemokratischen Geschäftsführern als einer aufzufallen, der „Gallia est omnis divisa" sagen konnte? Darüber, daß ein ganzes Schock Wissenschaftler, Künstler, Glänzer, Charmeure und Charmeusen, ein Chefredakteur und seine Sybille bereit sind, nichts zu merken und nötigenfalls Lavater, dem bekannten Erfinder des Wasserclosetts, noch ganz andere Entdeckungen zuzutrauen.

„Ich bin Carlo Schmid, weiter nichts", sagt er.

Daß dies schon genug ist, muß daran liegen, daß die Leute, die Empfänge zu seinen Ehren geben oder besuchen, nicht einmal das von sich sagen können. NB. **Theo Sommer** war, zu seiner Ehre, nicht dabei.

konkret Heft 3/77 erscheint am 24. Febr. 77

Winfried Thomsen über „Atom's Family"

Eine ehrenwerte Familie

„Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung." (Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 6, Abs. 1)

Der Bund zeugte die VEBA, die VEBA zeugte die Preußenelektra, die Preußenelektra zeugte die NWK. Siemens aber zeugte die KWU. Die NWK und die KWU aber zeugen Brokdorf.

In Brokdorf läßt sich die NORDWESTDEUTSCHE KRAFTWERKE AG/NWK ein Atomkraftwerk bauen. Den Reaktor dafür liefert die KRAFTWERK UNION AG/KWU.

Die NWK aber ist eine Tochter (67,8 %) der PREUSSISCHE ELEKTRIZITÄTS AG, deren Mutter (86,5 %) die VEBA ist, ihrerseits eine Tochter (44 %) des BUNDES, der damit Urgroßvater der NWK ist. Die KWU aber ist eine Tochter von SIEMENS AG (100 %).

Die KWU hat eine außereheliche Tochter (100 %), die INTERATOM (Internationale Atomreaktor-Bau AG). Verheiratet ist die KWU mit NUKEM GmbH Geschäftsbereich: Brennstoffe). NUKEM aber ward gezeugt (18 %) von der RIO TINTO ZINC CORPORATION LTD. (Geschäftsbereich: Uransuche) und dem Konzern DEGUSSA (45 %), der seinem Sprößling zwei Stiefmütter verschaffte: die RHEINISCH-WESTFÄLISCHES ELEKTRIZITÄTSWERK AG (25 %) UND DIE URANGESELLSCHAFT mbH (12 %). Diese vier NUKEM-Eltern und KWU-Vater SIEMENS sind die Großeltern der RBG (Reaktor-Brennelemente GmbH). Die RBG ist nämlich die Tochter von KWU (60 %) und NUKEM (40 %).

Nun ist SIEMENS-Schwiegersohn NUKEM aber auch Schwiegersohn des BUNDES, da mit dessen Tochter VEBA in zweiter Ehe verheiratet. VEBA und NUKEM haben zwei Kinder: die KEWA (Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungs GmbH) – je 25 % – und – zu je 40 % – die URANIT GmbH (Geschäftsbereich: Anreicherung). Die BUNDES-Enkelin KEWA hat dank einer zweiten und dritten Ehe der VEBA zwei Stiefväter: BAYER AG (25 %) UND HOECHST AG (25 %). Und KEWA-Schwester URANIT GmbH hat durch die dritte VEBA-Ehe ebenfalls Herrn HOECHST (20 %) zum Stiefvater; KEWA und URANIT sind mithin nicht nur leibliche, sondern gleich auch noch Stiefschwestern.

Damit nicht genug. NUKEM-Mutter URANGESELLSCHAFT (12 %) ist auch eine Tochter der NUKEM-Ehefrau VEBA (zu 33 %) und ebenso im Geschäftsbereich Uransuche tätig wie die URANERZBERGBAU-GmbH & Co KG, eine Tochter (74 %) der anderen NUKEM-Mutter RHEINISCH-WESTFÄLISCHES ELEKTRIZITÄTSWERK AG (25 %). Die URANGESELLSCHAFT ist aber nicht nur eine Tochter der VEBA, sondern auch ihre Urenkelin, und das kommt so:

Bundestochter VEBA hat eine Tochter (54 %), die GESELLSCHAFT FÜR ENERGIEBETEILIGUNG mbH. Zusammen mit ihrem Bruder SALZGITTER AG, einem Sohn des BUNDES (100 %), hat die VEBA auch einen Sohn: RUHRKOHLE AG heißt das Geschwisterkind (VEBA 27 %, SALZGITTER 11 %). Nach dem Vorbild seiner Eltern wiederum hat RUHRKOHLE AG (67 %) mit seiner (Halb-)Schwester GESELLSCHAFT FÜR ENERGIEBETEILIGUNG (25 %) ein Töchterlein gezeugt: die STEAG AG (Geschäftsbereich: Anreicherung). Die STEAG aber ist – genau wie ihre Oma mütter- und väterlicherseits, die VEBA – auch Mutter (33 %) der URANGESELLSCHAFT, die ihrerseits als NUKEM-Mutter VEBAS Schwiegermutter ist. Außerdem ist die STEAG, genau wie ihre Halbschwester, die VEBA-NUKEM-Tochter URANIT GmbH, im Geschäftsbereich Anreicherung tätig.

Natürlich hat die URANGESELLSCHAFT auch einen Vater (33 %); und der heißt METALLGESELLSCHAFT AG und ward gezeugt von DRESDNER BANK AG (über 25 %) und der ALLGEMEINEN VERWALTUNGSGESELLSCHAFT FÜR INDUSTRIEBETEILIGUNGEN (über 25 %), die auch nicht von schlechten Eltern ist. Sie ist eine Tochter von Herrn ALLIANZ-VERSICHERUNGS AG (33 %) und Frau DEUTSCHE BANK (33 %) und hat aus deren zweiter Ehe Herrn SIEMENS (33 %) zum Stiefvater.

So ist die VEBA also verheiratet mit dem Sohn (NUKEM) der Urenkelin (URANGESELLSCHAFT) des Schwiegervaters (SIEMENS) ihres Mannes, und die Mutter ihres Mannes ist gleichzeitig ihre Tochter, ihre Schwiegermutter sowie Großmutter und Schwester ihrer Töchter KEWA und URANIT. Als Großvater der VEBA-Tochter URANGESELLSCHAFT ist VEBA-Sohn und -Schwiegersohn RUHRKOHLE AG Vater seiner Mutter und damit sein eigener Großvater. Die METALLGESELLSCHAFT ist ein Enkelkind von SIEMENS, aber auch der Urenkel des BUNDES, so daß der BUND Vater von SIEMENS ist. Da aber die URANGESELLSCHAFT eine Enkelin des BUNDES und eine Urenkelin von SIEMENS ist, fungiert SIEMENS auch als Vater des BUNDES, während die URANGESELLSCHAFT als Großmutter der Enkel von BUND und SIEMENS – RBG, URANIT GmbH, NUKEM – auch als Mutter der Kinder dieser Großväter gelten darf. Einfach gesagt, ist es ungefähr so: der BUND und SIEMENS sind mit sich selbst und allen anderen Beteiligten verheiratet, deren Kinder und Väter, ihre eigenen Großväter und Enkel.

Deshalb ist es kein Wunder, wenn die KWU, die Tochter des URANGESELLSCHAFT-Urgroßvater SIEMENS, jetzt zusammen mit der NWK, der Enkelin der URANGESELLSCHAFT-Urgroßmutter und -mutter sowie BUNDES-Tochter VEBA, dieser Sippschaft jetzt zu Brokdorf ein weiteres Atomei legen und ausbrüten wollen – was grundgesetzmäßig „unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung" geschieht. ■

Dem macht das ewige Rauf und Runter nichts aus.

Dieser Reißverschluß hat Hand und Fuß: Er rostet nicht und rastet ein und geht nur dann auf, wenn er muß.

Denn Wrangler ist Qualität. Wrangler Jeans & Jackets gibt es in allen möglichen Formen, Farben und Größen.

Wrangler®

Home office: Greensboro Carolina USA.